



Resoconto integrale

della seduta n. 169 del 3 aprile 2008

Wortprotokoll

der 169. Sitzung vom 3. April 2008

XIII. Legislatura
XIII. Legislatur
2004 - 2008



**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG**

SEDUTA 169. SITZUNG

3.4.2008

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 147/07: "Obiettivi formativi generali ed ordinamento della scuola dell'infanzia e del primo ciclo di istruzione."
..... pag. 3

INHALTSVERZEICHNIS

Landesgesetzentwurf Nr. 147/07: "Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe."
..... Seite 3

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.06 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

LADURNER (Sekretärin - SVP): *(Legge il processo verbale - verliest das Sitzungsprotokoll)*

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Per la seduta odierna si sono giustificati il consigliere Heiss (matt.) e gli assessori Frick e Widmann (matt.).

Punkt 152 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 147/07: "Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe."*

Punto 152) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 147/07: "Obiettivi formativi generali ed ordinamento della scuola dell'infanzia e del primo ciclo di istruzione."*

Ricordo che ieri è stato letto la relazione sul disegno di legge. Prego adesso il Presidente della I. commissione legislativa di leggere la relazione della commissione.

DENICOLÒ (SVP): *Die Arbeiten der Kommission*
Die 1. Gesetzgebungskommission hat den Landesgesetzentwurf Nr. 147/07 in den Sitzungen vom 30. November 2007, vom 19. Dezember 2007, vom 18. Jänner 2008, vom 7., 21. und 29. Februar 2008 behandelt. Am 20. November 2007 hat zudem im Landtagssaal eine Anhörung mit den Experten Prof. Italo Fiorin, Prof. Rainer Brockmeyer und Prof. Pamela Oberhuemer sowie Vertretern verschiedener Institutionen und Verbände stattgefunden. An den Arbeiten der Kommission nahmen auch der Landesrat für deutsche und ladinische Schule und Berufsbildung, Bildungsförderung, Universität und Forschung Dr. Otto Saurer, die Landesrätin für Arbeit, Innovation, Forschung, Genossenschaftswesen und italienische Schule und Berufsbildung Luisa Gneccchi, der Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur Dr. Florian Mussner, die Hauptschulamtsleiterin Dr. Bruna Rauzi Visintin, der Schulamtsleiter Dr. Peter Höllrigl, der Abteilungsdi-

rektor im italienischen Schulamt Dr. Claudio Vidoni, der Abteilungsdirektor im deutschen Schulamt Dr. Arthur Pernstich, der Abteilungsdirektor im ladinischen Schulamt Dr. Alexander Oswald Prinoth, der Direktor des Landesamtes für Schulordnung Dr. Klaus Schwarzer, die stellvertretende Direktorin des Landesamtes für Schulordnung Dr. Karin Egarter, die Inspektorinnen für Grund- und Sekundarschulen Dr. Ulrike Pircher Wegleiter und Dr. Eva Margherita Lanthaler, der Inspektor für den Religionsunterricht Dr. Christian Alber, der Inspektor im italienischen Schulamt Dr. Walter Cristofolotti und der Direktor der italienischen Kindergartendirektion Brixen Dr. Gianfranco Cornella teil. Im Rahmen der Sitzung vom 30. November 2007 wurde auf Antrag der Vorsitzende des Rates der Gemeinden Arnold Schuler zum Landesgesetzentwurf Nr. 147/07 angehört. Herr Schuler verwies auf die Führungskosten der Kindergärten, die gemäß Artikel 8 des Entwurfes zu Lasten der Gemeinden gehen und ersuchte die Landesregierung den Gemeinden keine weiteren Spesen für die Verwaltungs- und Bildungstätigkeit der neuen Kindergartensprengel aufzuerlegen, sondern mittels der eigens vorgesehenen Vereinbarungen eine tragbare Kostendeckung auszuhandeln. Der Vorsitzende des Rates der Gemeinden schlug zudem vor, in den Kindergärten, in denen die entsprechende Aufnahmefähigkeit vorgesehen ist, auch Kleinkinder im Alter von 6 Monaten bis 3 Jahren von ausgebildeten Pädagoginnen oder Tagesmüttern zu betreuen. Mit einer solchen Maßnahme könnte man die Ressourcen im Kleinkinderbereich besser nutzen und in jenen Gemeinden, in denen es aus Kostengründen keine Kindertagesstätten gibt, die Möglichkeit einer Kleinkinderbetreuung garantieren.

Landesrat Otto Saurer erinnerte daran, dass der gegenständliche Gesetzentwurf die Kindertagesstätten nicht betrifft, obwohl laut den neuesten Forschungen der frühkindliche Bereich nicht mehr von einem reinen Betreuungssystem, sondern auch von einem modernen Bildungswesen mitgetragen werden sollte. Dabei müssen natürlich die Ausbildung und die Kompetenzen des entsprechenden Personals in den Kindertagesstätten in jeder Hinsicht erhöht werden. Die künftige Finanzierung der autonomen Kindergärten, so Landesrat Saurer, wird sicher noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen Land und Gemeinden sein, wobei der didaktische Teil samt Direktionen von der Landesverwaltung und der organisatorische Teil betreffend die Führung der Strukturen von der zuständigen Gemeinde übernommen wird.

Landesrätin Luisa Gneccchi fügte auf Anfrage der Abgeordneten Klotz und Stocker hinzu, dass die Kindergärten nach der Reform in jeder Hinsicht ein tragender Bestandteil des Schul- und Bildungssystems in Südtirol werden. Die Kinder haben dann das gesicherte Recht auf einen Kindergartenplatz und die Finanzierung dieser Neuorganisation wird noch ausgiebig mit den Gemeinden diskutiert werden. Zurzeit steht in der Landesregierung die Debatte über die Durchführungsverordnung zu den Kindertagesstätten an, wobei ein zentraler Punkt die Anbindung an das künftige Kindergartenwesen und die entsprechende Ausbildung und Spezialisierung des pädagogischen Personals sein wird.

Der Präsident des Rates der Gemeinden Arnold Schuler bestätigte im Rahmen seiner Replik, dass es bezüglich der Finanzierung und der geplanten Zusammenlegung der Strukturen im frühkindlichen Bereich noch längere Verhandlungen zwischen Land und Gemeinden geben wird. Derzeit kommen die Gemeinden im Kindergarten Sektor für fast Zweidrittel der Gesamtkosten auf und die bessere Ausbildung des pädagogischen Personals wird auch erhebliche Mehrausgaben mit sich bringen. Was den vom Abg. Urzi angesprochenen Transport von Kindergartenkindern betrifft, erinnerte Herr Schuler daran, dass dabei keine eigenen Zubringerdienste organisiert werden, sondern dass die Kinder unter der Aufsicht einer eigenen Begleitperson den Schülerbeförderungsdienst in Anspruch nehmen können.

Nach Abschluss der Anhörung des Rates der Gemeinden betonte Landesrat Otto Saurer im Rahmen der Erläuterung des Gesetzentwurfes, dass die gesamte Reform des Schulwesens auf die Kinder und Jugendlichen, die in ihrer Eigenschaft als Lernende die Hauptakteure sämtlicher Maßnahmen im Bildungsbereich sind, ausgerichtet ist. In diesem Sinne muss gemäß dem kürzlich erstellten Bildungsleitbild die individuelle Lernberatung und die Dokumentation der Lernerfolge unterstützt und verstärkt werden. Nach der Verabschiedung der Reform müssen dann die großen Spielräume des autonomen Kindergartens in seiner Rolle als Bildungsinstitution, auf die auch Prof. Pamela Oberhumer im Rahmen der Anhörung verwiesen hat, ausgefüllt und die Kompetenzen der autonomen Schulen gesteigert werden. Die didaktische und pädagogische Innovation hätte im Gesetzentwurf durchaus klarer und prägnanter akzentuiert werden können, die aktuelle Formulierung stellt in dieser Hinsicht einen Kompromiss dar, der mit den Gewerkschaften vereinbart worden ist. Die Lehrfreiheit wird vom gegenständlichen Entwurf überhaupt nicht beschränkt, unterstrich Landesrat Saurer abschließend, die entsprechenden Rahmenrichtlinien wird die Landesregierung auch im Sinne des Referates von Prof. Italo Fiorin nach der Verabschiedung der Reform ausarbeiten.

Landesrätin Luisa Gneccchi verwies in ihrer Stellungnahme auf den langen Werdegang des Gesetzentwurfs, der in den italienischen autonomen Schulen intensiv diskutiert und auch kritisiert worden ist. Der Landesschulrat hat zum Abschnitt betreffend die Neuordnung des Kindergartenwesens ein positives Gutachten abgegeben, während es zum Teil betreffend die Unterstufe divergierende Urteile gegeben hat. Dabei wurde vor allem Artikel 1, der die allgemeinen Grundsätze zum künftigen Bildungssystem des Landes beinhaltet, von mehreren Seiten beanstandet. Zu diesem Punkt kündigte Landesrätin Gneccchi eine ausgedehnte Diskussion in der Kommission und im Landtagsplenum an.

Die Abgeordnete Eva Klotz verwies auf eine klare Trendwende im Schulbereich, weil mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die bisher geltenden Richtlinien und Lehrpläne aus den Achtziger-Jahren abgeschafft werden sollen. Die Abgeordnete begrüßte grundsätzlich die Aufhebung der detaillierten Lehrpläne im Sinne eines fortschreitend individualisierten und personalisierten Lernens in der europäischen Schule, wie es die sog. Lissabon-Tagung angeregt hat. Allerdings sollten nicht nur die Lernenden als Hauptsubjekte in den Vordergrund

gestellt werden, sondern auch die zentrale Funktion des Lehrers muss aufgewertet und reformiert werden. In diesem Zusammenhang erinnerte die Abgeordnete an die negativen Erfahrungen im Schulsystem in Deutschland, das fast ausschließlich auf die Schüler als Hauptakteure ausgerichtet worden ist und die Anerkennung des Lehrberufes sträflich vernachlässigt hat. Was die Reform des Kindergartenwesens betrifft, erinnerte die Abg. Klotz an die kritischen Aussagen der direkt Betroffenen im Rahmen der Anhörung. Scheinbar wurde das Kindergartenpersonal über die geplanten Neuerungen nur spärlich informiert, was bei der Einrichtung der autonomen Kindergärten, die zudem ohne Übergangsfristen umgesetzt werden soll, zu großen Anlaufsschwierigkeiten führen könnte. In diesem Zusammenhang werden auch die Kriterien für die Aufteilung der verfügbaren Finanzmittel auf die autonomen Kindergärten gut überlegt sein, weil dadurch ein gefährlicher Wettbewerb um die Gunst der Eltern zwischen den verschiedenen Einrichtungen entbrennen könnte. Auch die vorgesehene Dokumentation des Bildungsweges der Kindergartenkinder in der Form eines Curriculums birgt die Gefahr einer ausufernden Bürokratisierung in sich, so die Abgeordnete. Hier sollte die Landesregierung bei der Festlegung der entsprechenden Richtlinien die Bedenken der Gewerkschaften ernst nehmen, weil diese neuen Vorgaben die Arbeit in den Kindergärten und die Aufgaben des Personals für die nächsten Jahre entscheidend prägen werden. In Bezug auf die beabsichtigte Forcierung des individualisierten und personalisierten Lernens stellte sich Abg. Klotz abschließend die Frage, ob dessen praktische Umsetzung aufgrund der aktuellen finanziellen und personellen Ausstattung der Schulen und Kindergärten überhaupt machbar ist.

Der Abgeordnete Franz Pahl begrüßte die Vorlage des Gesetzentwurfes und bedankte sich bei allen Akteuren des Schulwesens für deren erfolgreiche Arbeit in den vergangenen Jahren. Er betonte die grundlegende weltanschauliche Weichenstellung der geplanten Reform und verwies auf die im Jahre 1988 festgelegten Bildungsziele, die einen guten Ausgleich von Religions- und Lernfreiheit garantierten. Aufgrund der neuen Herausforderungen einer immer komplexer werdenden Gesellschaft, unter anderem auch durch die zunehmende Islamisierung der westlichen Welt, ist es dringend notwendig die grundlegenden Bildungsziele klar festzulegen. Hier muss auch die Politik zu ihrer Verantwortung stehen, wenn es darum geht, welches Menschenbild und welche Weltanschauung man in den Lernzielen einer modernen Schule verankert. In diesem Zusammenhang verwies der Abgeordnete auf laizistische Kräfte, die schon lange mit Vehemenz die Trennung von Religion und Schulleben verlangen. Wenn aber die Vermittlung abendländischer Grundwerte und eine ethische Weltsicht aus den Schulprogrammen verschwindet, riskiert man eine Abwendung der Jugend von unserem christlichen Weltbild und eine ausufernde Orientierungslosigkeit der nachkommenden Generationen. Aus diesem Grund muss der Religionsunterricht in den Schulen weiterhin angeboten werden, natürlich ohne Pflicht für die Jugendlichen dieses Angebot anzunehmen. Die Lehrfreiheit ist mit diesem Prinzip durchaus zu vereinbaren, weil das christliche Weltbild die absolute Willensfreiheit des Einzelnen propagiert, der aus dieser Freiheit heraus jedoch zugleich aufgerufen ist,

Verantwortung für sich und die gesamte Gesellschaft zu übernehmen. Diese fundamentale Gewissensfreiheit für Schüler und Lehrende bringt daher auch keine Diskriminierung der verfassungsrechtlich abgesicherten Religionsfreiheit mit sich, weil diese bei den fundamentalen Menschenrechten und den ethischen Grundwerten, wie die Gleichheit aller Bürger oder die demokratischen Prinzipien, an ihre natürliche Grenze stößt. Die Lehrenden sind folglich trotz des gültigen Toleranzprinzips angehalten dieses ethische Welt- und Menschenbild zu akzeptieren und auch den Jugendlichen zu vermitteln, weil die angesprochene Lehrfreiheit ebenfalls durch die gesellschaftlichen Grundwerte eingeschränkt wird. Andernfalls riskiert man einen kompletten Werteverfall und Werterelativismus im westlichen Abendland sowie ein Abdriften der Jugend in riskante Beliebigkeit und totale Orientierungslosigkeit. Abschließend machte Abg. Pahl die Anwesenden darauf aufmerksam, dass derzeit über 10.000 Moslems in Südtirol leben und dass sich deren Zahl jedes Jahr beträchtlich erhöht. Die Politik ist daher angehalten, sich mit dieser besorgniserregenden Entwicklung auseinanderzusetzen und eine ideologische Diskussion über die bestmögliche Integration der ausländischen Kinder auch in Hinblick auf die künftige Ausrichtung der Schul- und Bildungspolitik im Lande in die Wege zu leiten. In diesem Zusammenhang kündigte der Abgeordnete die Vorlage eines Änderungsantrages zu Artikel 1 an, der dem abendländischen Welt- und Gottesbild Rechnung trägt und weltanschauliche Konflikte im Schulwesen zum Schaden der Schüler vermeidet.

Abgeordneter Alessandro Urzi sprach sich prinzipiell für die Verankerung der christlich-europäischen Grundwerte im Artikel betreffend die allgemeinen Grundsätze des künftigen Bildungssystems des Landes aus. Die Formulierung der entsprechenden Textpassage sollte jedoch nochmals überarbeitet werden, um die notwendige Konsolidierung ethisch-moralischer Grundsätze im Schulwesen besser mit den entsprechenden Vorbehalten der laizistischen Bevölkerungsteile vereinbaren zu können. Ein zentrales Anliegen stellt hingegen die Förderung des Zweitsprachenunterrichts dar, wie sie des Öfteren im Rahmen der Anhörung verlangt worden war. Die derzeitige Formulierung im Gesetzentwurf sei viel zu restriktiv und entspricht in keiner Weise der außergewöhnlichen sprachlichen Aufnahmefähigkeit der Schüler und den Erfordernissen der modernen Südtiroler Gesellschaft. Zudem muss das Problem der Schülertransporte und der Zubringerdienste zu den Kindergärten gelöst werden, da ansonsten einige periphere italienische Kindergärten von der definitiven Auflösung bedroht sind.

Vorsitzender Herbert Denicolò nahm zu den Ausführungen der Abg. Klotz Stellung und betonte, dass in der Südtiroler Schul- und Bildungspolitik nach wie vor das Kind im Mittelpunkt sämtlicher Maßnahmen stehen muss. Die zentrale Aufgabe eines jeden Bildungssystems ist und bleibt die individuelle Förderung und Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder, damit sie sich gemäß ihrer eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten zu zukunftsfähigen Mitgliedern unserer Gesellschaft entfalten können. Der Vorsitzende begrüßte außerdem die neue Autonomie der Kindergärten, die sich unter Einbeziehung des jeweiligen Territoriums und der Eltern zu einer modernen Struktur für frühkindliches Lernen entwickeln können. Dabei sollte jedoch das für

die Kleinkinder so wichtige spielerische Lernen, das in der vorliegenden Fassung des Gesetzentwurfes nicht vorkommt, ins Auge gefasst werden. Die geplante Vertretung der autonomen Kindergärten im Landesschulrat ist angesichts der anstehenden Reformen im Bildungsbereich sicherlich unzureichend, vielmehr sollte auf Landesebene ein eigener Landesbeirat für das Kindergartenwesen eingerichtet werden, der zusammen mit den anderen Gremien im Bildungsbereich einen neuen Landesbildungsrat bilden könnte. In der Unterstufe wäre zudem eine bessere Vernetzung mit den Angeboten der Musikschulen und den Jugendvereinen zu diskutieren und eine Ausdehnung der geltenden Schülercharta auf die Grund- und Mittelschüler durchaus überlegenswert. Auch die Organisation des sog. offenen Lernens außerhalb des starren Klassenverbundes und die äußerst wichtige Dokumentation des individuellen Lernweges der Kinder und Schüler sollten unbedingt gefördert und unterstützt werden. Abschließend regte der Vorsitzende eine eingehende Diskussion über die angesprochene Einbindung der Kleinkinder in das Bildungssystem an, die nur mit dem tatkräftigen Einsatz von spezifisch ausgebildeten pädagogischen Personal und entsprechenden strukturellen und räumlichen Ressourcen in die Wege geleitet werden kann.

Schulamtsleiter Dr. Peter Höllrigl räumte ein, dass die Schule derzeit mehr auf ihre eigene Organisation als auf die verschiedenen Bedürfnisse der Kinder ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang sind die neuen Lissabon-Kriterien wegweisend, die einschneidende Reformen für ein modernes Schulwesen in Europa vorsehen. Der vorliegende Gesetzentwurf knüpft an diese Kriterien an und sieht das individualisierte und personalisierte Lernen als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung und Ausbildung der Schüler. Dabei muss berücksichtigt werden, dass jedes Kind unterschiedlich aber mit Erfolg lernen kann. Die Rolle des Lehrers ändert sich damit natürlich, er muss sich bemühen jedes einzelne Kind in der Klassengemeinschaft auf seinem individuellen Lernweg zu begleiten und weiterzubringen. Aus diesem Grund wird schon seit längerer Zeit massiv in die Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals investiert, um es mit den neuen Lern- und Unterrichtsformen vertraut zu machen. Dies gilt auch für die Pädagogen im Kindergarten, der sich zunehmend von einem Betreuungsort zu einer zukunftsweisenden Bildungsinstitution entwickeln wird. Abschließend bemerkte der Schulamtsleiter, dass Deutschland im schulischen Bildungsbereich nicht unbedingt ein Vorbild darstellt, weil zum einen die entsprechenden PISA-Daten nicht besonders erbaulich ausgefallen sind und zum anderen die soziale Herkunft große Auswirkungen auf den Bildungs- und Berufsweg der Schüler hat. Südtirol setzt hingegen nach wie vor auf das grundlegende Recht auf Bildung für alle und wird in Zukunft verstärkt das individualisierte und personalisierte Lernen fördern, um im Bildungsbereich weiterhin im europäischen Spitzenfeld mithalten zu können. Was die externe Evaluation der Schulen betrifft, erklärte Dr. Höllrigl, dass die Verwaltung nur mehr den Rahmen definiert während die konkrete Ausgestaltung desselben in den Verantwortungsbereich der autonomen Schulen fällt. Allerdings muss dann mittels Leistungskontrollen und statistischen Daten Rechenschaft über die entsprechenden schu-

lischen Entwicklungen gegeben werden, damit sich die verschiedenen Akteure und Betroffenen über den Qualitätsstand der verschiedenen Institutionen informieren können. Die interne Evaluation in den Schulen und in Zukunft auch in den autonomen Kindergärten dient hingegen der Lernkontrolle mit der entsprechenden Dokumentation des Lernerfolgs der Schüler. Hier können durchaus neue Formen der Dokumentation gefunden werden, die es unter aktiver Beteiligung der Schüler und Kinder ohne zusätzliche Bürokratie erlauben die Lernfortschritte in klarer und professioneller Art und Weise nachzuweisen. Inspektorin Dr. Ulrike Pircher Wegleiter erklärte im Zusammenhang mit den Curricula, dass sich die Reform der gesamtstaatlichen Lehrpläne im Jahre 2004 auch auf die geltenden Lehrpläne in Südtirol ausgewirkt hat. Nach mehrjähriger intensiver Arbeit liegen nun die Entwürfe für die Lehrpläne aufgeteilt auf die verschiedenen Fächer vor und werden nach der formellen Verabschiedung für die Schulen als verbindliche Lernziele einzuhalten sein. Die Entscheidung über die Art und Weise wie die verschiedenen Kompetenzen der Schüler in den einzelnen Fächern erreicht werden, steht dabei natürlich den autonomen Schulen zu.

Im Rahmen seiner Replik erklärte Landesrat Otto Saurer, dass man in ganz Europa immer mehr vom klassischen Frontalunterricht abgeht und auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Schüler, die natürlich auch ihre eigene Persönlichkeit mit in den Lernprozess einbringen, eingehen soll. Im Mittelpunkt des Schul- und Bildungswesens ist und bleibt jedoch das Kind, das als Hauptakteur vom Lehrer in seiner neuen Rolle als Begleiter und Berater auf seinem langen Ausbildungsweg gefördert und unterstützt wird. Dabei soll das offene Lernen in kleinen Gruppen intensiviert und das Selbstvertrauen der Schüler in ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten gefestigt werden. Der Dokumentation der Lernfortschritte, die auch auf den Kindergarten ausgedehnt wird, kommt in diesem Zusammenhang eine tragende Rolle zu, weil damit die einzelnen Lernerfolge der Schüler und Kinder bis in die Oberstufe lückenlos nachgewiesen werden können.

Landesrätin Luisa Gneccchi verwies nochmals auf die neue Rolle der Kindergärten, in deren Mittelpunkt die Kinder bleiben und die in Zukunft enger mit den autonomen Schulen zusammenarbeiten werden. Auch die Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Mitarbeiterinnen und die Betonung des vorschulischen Charakters werden zu prägenden Elementen der neuen autonomen Kindergärten. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es wichtiger diese grundlegende Reform zu verabschieden und das Recht der dreijährigen Kinder auf einen Kindergartenbesuch zu verankern als das alte Landesgesetz Nr. 36 aus dem Jahre 1976 abzuändern. Die daraus folgenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die entsprechenden Kollektivverträge und die normative und wirtschaftliche Behandlung des Personals werden unmittelbar nach der Umsetzung der Reform in Angriff genommen. Was die Einschreibungen in die italienische Schule betrifft, betonte Landesrätin Gneccchi, dass vor allem in den Oberschulen ein kontinuierlicher Zuwachs von Neueinschreibungen zu verzeichnen sei. Zurzeit beträgt der Anteil ausländischer Kinder und Schüler ca. 14 Prozent, was unter anderem zur Folge hat, dass in Vergangenheit außer in Gossensass

keine italienischen Kindergärten geschlossen wurden. Die italienische Schule in Südtirol hat außerdem die vom Landesgesetz über die Schulautonomie vorgesehenen Spielräume weitestgehend ausgenutzt, wobei eine starke Tendenz zur Ganztageschule zu verzeichnen und ein besonderer Augenmerk auf die Erlernung der zweiten Landessprache gelegt worden ist. Der vorliegende Gesetzentwurf berücksichtigt im Sinne von Artikel 19 des Sonderstatutes die Unterschiede der drei Schulsysteme in Südtirol, so Landesrätin Gneccchi abschließend, und greift keineswegs in die bisher erprobten Unterrichtspraktiken der Schulen ein.

Nach Abschluss der Generaldebatte wurde der Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 147/07 mit 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Die Kommission war mit den vom Rechtsamt des Landtages, nach Absprache mit den zuständigen Ämtern der Landesverwaltung von Amts wegen vorgeschlagenen sprachlichen und technischen Verbesserungen und Korrekturen, die im beiliegendem Gesetzestext unterstrichen sind, einverstanden.

Die Kommission genehmigte die einzelnen Artikel mit den aus dem beiliegenden Gesetzestext hervorgehenden Änderungen mit folgendem Abstimmungsergebnis:

Artikel 1: Die Kommission debattierte ausgiebig über die grundlegenden Richtlinien des künftigen Bildungssystems des Landes, im Besonderen über den in Absatz 2 Buchstabe c) enthaltenen Hinweis auf die christlichen Wurzeln der europäischen Kultur und Bürgerschaft, und genehmigte, nach Ablehnung eines von Landesrätin Gneccchi eingebrachten Streichungsantrages zum gesamten Artikel, einen von der Abgeordneten Klotz vorgelegten Änderungsantrag zu Absatz 1, der den Erwerb von sozialen Kompetenzen, die zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft befähigen, zum Gegenstand hat. In der Folge wurde ein weiterer von der Abgeordneten Klotz eingebrachter Änderungsantrag zu Absatz 2 Buchstabe a) betreffend die Ziele der Südtiroler Bildungspolitik und die Förderung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung mehrheitlich genehmigt. Anschließend wurde nach einer eingehenden Diskussion über die Notwendigkeit der Anführung des Legalitätsprinzips im Gesetzestext und der Ablehnung zweier von der Abgeordneten Klotz eingebrachter Änderungsanträge, ein von der Abgeordneten Stocker vorgelegter Ersetzungsantrag zu Absatz 2 Buchstabe b) mehrheitlich genehmigt. Der vom Abgeordneten Pahl zu Absatz 2 Buchstabe c) vorgelegte Ersetzungsantrag wurde im Anschluss an eine intensive Debatte über die Verankerung der christlichen Wurzeln in der Bildungsreform mehrheitlich genehmigt. Nach der Ablehnung zweier von der Abgeordneten Klotz eingebrachter Zusatzanträge, wurde der von Landesrat Saurer eingebrachte Änderungsantrag, der in Absatz 2 die Einfügung eines neuen Buchstabens d) betreffend die Kenntnis der lokalen Geschichte von Seiten der Schülerinnen und Schüler vorsieht, mehrheitlich genehmigt. Zuvor wurde noch ein vom Abgeordneten Urzi vorgelegter Abänderungsantrag, der im italienischen Text des Änderungsantrages den Begriff "insegnamento" durch den Begriff "conoscenza" ersetzt, einstimmig genehmigt. Anschließend genehmigte die Kommission einen von Landesrat Saurer vorgelegten Änderungsantrag zu Absatz 3, der die Orientierung und die Ein-

gliederung in die Arbeitswelt als wesentliche Aufgabe des Bildungssystems definiert. Ein weiterer von Landesrat Saurer eingebrachter Änderungsantrag zu Absatz 5, der auch die Musikschulen in das Bildungssystem des Landes eingliedert, wurde mehrheitlich genehmigt. Die Kommission genehmigte darauf mehrheitlich einen ebenfalls von Landesrat Saurer vorgelegten Änderungsantrag zu Absatz 9, der für die Verwirklichung der Schulpflicht und des Bildungsrechts, unter anderem auch eine besondere Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schulen auf der einen Seite und den Musikschulen auf der anderen Seite vorsieht. Schließlich wurde der von Landesrat Saurer vorgelegte Änderungsantrag, der die Einfügung eines neuen Absatzes 9-bis betreffend die Entfaltung und Entwicklung der Person und die entsprechende Förderung der Bildungswege und des Bildungserfolges vorsieht, mehrheitlich genehmigt. Zuvor wurden noch eine Reihe von Abänderungsanträgen der Abgeordneten Klotz und Urzi zu diesem Zusatzantrag abgelehnt. Die Kommission genehmigte den so geänderten Artikel schlussendlich mit 3 Jastimmen und 2 Enthaltungen.

Artikel 2: Nach einer eingehenden Diskussion über die didaktische und pädagogische Ausrichtung des Kindergartens wurden die von der Abgeordneten Stocker und vom Vorsitzenden eingebrachten Änderungsanträge zu Absatz 1 zurückgezogen. Der vom Abgeordneten Pahl vorgelegte Änderungsantrag zu Absatz 1, der auch die religiöse Entwicklung der Kinder in die Bildungsziele des Kindergartenwesens mit einbezieht, wurde mehrheitlich genehmigt. In der Folge lehnte die Kommission zwei von der Abgeordneten Klotz eingebrachte Änderungsanträge zu Absatz 1 ab, während ein von der Abgeordneten Stocker zum selben Absatz vorgelegter Streichungsantrag betreffend die Berücksichtigung der mehrsprachigen Situation in Südtirol mehrheitlich genehmigt wurde. Nach einer umfassenden Erörterung der Zweckmäßigkeit eines Hinweises auf die Förderung einer Kindheitskultur in Harmonie mit dem örtlichen Umfeld, wurde der entsprechende Änderungsantrag der Abgeordneten Klotz zu Absatz 1 mehrheitlich genehmigt. Ein von der Abgeordneten Klotz zu Absatz 2 vorgelegter Änderungsantrag betreffend den verpflichtenden Besuch des Kindergartens im Vorschulalter wurde ebenso wie einer vom Abgeordneten Urzi zum selben Absatz eingebrachter Änderungsantrag in Bezug auf die angemessenen Strukturen und Verbindungen zur Gewährleistung des Rechtes auf den Kindergartenbesuch mehrheitlich abgelehnt. In der Folge wurden zwei weitere von der Abg. Klotz zu den Absätzen 3 und 4 vorgelegte Änderungsanträge betreffend die Integration und Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen und die Regelung der Arbeitszeitverpflichtung des Kindergartenpersonals abgelehnt, während der ebenfalls von der Abgeordneten Klotz eingebrachte Streichungsantrag zu Absatz 5 einstimmig genehmigt wurde. Die Kommission genehmigte den geänderten Artikel schließlich mit 2 Jastimmen und 1 Enthaltung.

Artikel 3: Der von der Abgeordneten Klotz zu Absatz 1 eingebrachte Änderungsantrag betreffend die Planung der Lern- und Bildungstätigkeiten der Kindergärten und die Erstellung der entsprechenden Leitbilder wurde mehrheitlich abgelehnt. Artikel 3 wurde darauf mit 2 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 4: Nach der Ablehnung eines von der Abgeordneten Klotz eingebrachten Streichungsantrages zu Absatz 4, wurde der Artikel mit 2 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 5: Im Anschluss an eine eingehende Debatte über die Miteinbeziehung des von der Errichtung der autonomen Kindergärten und von der Neuordnung der jeweiligen Sprengel betroffenen Kindergartenpersonals und der entsprechenden Gewerkschaftsorganisationen bei der Erstellung der neuen Verteilungspläne, wurde eine Reihe von Streichungs- und Änderungsanträgen, die von der Abgeordneten Klotz vorgelegt wurden, mehrheitlich abgelehnt. Der Artikel wurde mit 3 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 6: Nach einer kurzen Debatte über die Größe der künftigen Kindergartenabteilungen, wurden zwei von der Abgeordneten Klotz vorgelegte Änderungsanträge zu Absatz 1 abgelehnt. In der Folge wurden zwei weitere Änderungsanträge der Abgeordneten Klotz zu Absatz 2 betreffend das Plansoll des Kindergartenpersonals abgelehnt. Nach der Ablehnung eines von der Abgeordneten Klotz zu Absatz 4 vorgelegten Änderungsantrages betreffend die Kindergärtnerinnen mit Koordinierungsaufgaben, behandelte die Kommission einen Änderungsantrag der Abgeordneten Klotz zu Absatz 5, der die Kriterien für die Zuteilung der Kindergärtnerinnen und des pädagogischen Personals für die Abteilungen der Kindergärten betrifft, sowie einen Streichungsantrag derselben Abgeordneten zu Absatz 6 und lehnte alle drei Anträge mehrheitlich ab. Darauf debattierte die Kommission ausführlich über die Begleitung und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und der entsprechenden Sprachkompetenzen und lehnte, nachdem der Abgeordnete Urzi seine Änderungsanträge zu Absatz 7 zurückgezogen hat, einen von der Abgeordneten Klotz zum selben Absatz eingebrachten Änderungsantrag mehrheitlich ab. Nach der Ablehnung eines von der Abgeordneten Klotz vorgelegten Änderungsantrages, der die Einfügung eines neuen Absatzes 7-bis betreffend die Errichtung von Kindergartenabteilungen mit verlängertem Stundenplan vorsieht, wurde ein weiterer Änderungsantrag zu Absatz 8 der Abgeordneten Klotz zum selben Thema mehrheitlich abgelehnt. In der Folge wurden zwei ebenfalls von der Abgeordneten Klotz eingebrachte Änderungsanträge zu den Absätzen 8-bis bzw. 9 betreffend das pädagogische Personal und die stellvertretenden Direktorinnen der Kindertagesstätten abgelehnt während im Rahmen einer nach getrennten Teilen erfolgten Abstimmung der erste Teil des von der Abgeordneten Klotz vorgelegten Änderungsantrages, mit dem ein neuer Absatz 9-bis betreffend die Verwendung des Kindergartenpersonals, das für die pädagogische Arbeit dauerhaft für ungeeignet erklärt wurde, in den Artikel eingefügt wird, mehrheitlich genehmigt wurde. Abschließend wurde im Anschluss an eine kurze Diskussion über die Auffassung von Kindergärten mit weniger als zehn Kindern einer von der Abgeordneten Klotz vorgelegter Änderungsantrag zu Absatz 11 mehrheitlich abgelehnt. Der gesamte geänderte Artikel 6 wurde schließlich mit 2 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 7 wurde mit 2 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 8: Nach der Ablehnung eines vom Abgeordneten Urzi eingebrachten Änderungsantrages zu Absatz 4 betreffend die Beiträge für

gleichgestellte Kindergärten, wurde der Artikel mit 3 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 9 wurde mit 3 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 10: Die Kommission lehnte mehrheitlich zwei von der Abgeordneten Klotz vorgelegte Änderungsanträge betreffend den Kindergartenkalender und die entsprechenden Jahresstundenkontingente ab und genehmigt den Artikel mit 2 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.

Artikel 11: Nach einer eingehenden Debatte über die vorgezogene Einschreibung in die Kindergärten, genehmigte die Kommission einen von den Landesräten Saurer und Gneccchi vorgelegten Änderungsantrag, mit dem ein neuer Absatz 3 betreffend die Errichtung von sog. Brückenabteilungen in den Kindergärten hinzugefügt wird. Zuvor wurde ein von der Abgeordneten Klotz eingebrachter Abänderungsantrag zum Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt. Der geänderte Artikel wurde mit 2 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 12 und 13 wurden jeweils einstimmig genehmigt.

Artikel 14: Im Anschluss an eine ausgedehnte Diskussion über die Förderung des Zweitsprachenunterrichts an den Grund- und Mittelschulen und über die Zulässigkeit innovativer Projekte des Sprachenlernens, wurde ein von der Abgeordneten Klotz vorgelegter Änderungsantrag zu Absatz 5 mehrheitlich abgelehnt. Der Artikel wurde einstimmig genehmigt.

Artikel 15: Nachdem Landesrat Saurer seinen zu Absatz 1 Buchstabe d) vorgelegten Änderungsantrag zurückgezogen hatte, lehnte die Kommission einen von der Abgeordneten Klotz eingebrachten Änderungsantrag zu Absatz 1 Buchstabe e) betreffend die Einhaltung von Artikel 19 des Sonderstatutes bei der Erstellung der Rahmenrichtlinien des Landes für die Festlegung der Curricula im Bereich innovativer didaktischer Vorhaben im Sprachenlernen mehrheitlich abgelehnt. Die Kommission behandelte darauf einen weiteren von Landesrat Saurer vorgelegten Änderungsantrag zu Absatz 5, der nach einer detaillierten Diskussion über das Ausmaß und die Gliederung des Pflichtcurriculums und des Wahlpflicht- und Wahlbereiches in den Grund- und Mittelschulen mehrheitlich genehmigt wurde. Der geänderte Artikel wurde von der Kommission mit 3 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 16: Nach der Genehmigung eines von den Landesräten Saurer und Gneccchi vorgelegten Änderungsantrages zu Absatz 4 betreffend die Unterrichtszeiten in der Ganztageschule, genehmigte die Kommission den geänderten Artikel mit 3 Jastimmen und 2 Enthaltungen.

Artikel 17 wurde mit 3 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Der von Landesrat Saurer eingebrachte Änderungsantrag, der die Einfügung eines neuen Artikels 17-bis in den Gesetzentwurf vorsieht und der die Anerkennung außerschulischer Angebote zum Gegenstand hat, wurde mit 2 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt. Zuvor genehmigte die Kommission einstimmig einen dazu von den Landesräten Saurer und Gneccchi vorgelegten Abänderungsantrag, der Absatz 2 des Änderungsantrages ersetzt und die Kriterien für die Anerkennung der Angebote der Musikschulen betrifft.

Artikel 18: Im Anschluss an eine längere Debatte über die Einführung und Erprobung von innovativen Bewertungsformen und -dokumenten wurde der von Landesrat Saurer vorgelegte Änderungsantrag zu Absatz 2 mehrheitlich genehmigt. Der geänderte Artikel wurde mit 2 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 19: Nach der Genehmigung eines von Landesrat Saurer vorgelegten Änderungsantrages zu Absatz 3, der ebenfalls innovative Bewertungsformen betrifft, wurde der geänderte Artikel mit 2 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 20 wurde mit 3 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 21 wurde nach einer kurzen Diskussion über die Landesbeiräte für Evaluation mit 2 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 22 wurde mit 3 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Der von Landesrat Saurer eingebrachte Änderungsantrag, der die Einfügung eines neuen Artikels 22-bis in den Gesetzentwurf vorsieht und der die die Richtigstellung eines Verweises im Landesgesetz Nr. 37/1992 über die Vermögensgüter im Schulbereich zum Gegenstand hat, wurde mit 3 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Ein weiterer von Landesrat Saurer eingebrachter Änderungsantrag, der die Einfügung eines neuen Artikels 22-ter in den Gesetzentwurf vorsieht, der die verwaltungsmäßige Verantwortung der Lehrpersonen und den Abschluss einer entsprechenden Versicherungspolice betrifft, wurde mit 4 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 23: Der von Landesrat Saurer eingebrachte Ersetzungsantrag zum gesamten Artikel, der das Inkrafttreten und die Anwendung des Gesetzes betrifft, wurde mit 3 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt. Zuvor genehmigte die Kommission mehrheitlich einen von Landesrat Saurer vorgelegten Änderungsantrag, der dem Ersetzungsantrag einen Absatz 4 betreffend die Lehrgänge am Musikkonservatorium hinzufügt.

Artikel 24 wurde mit 3 Jastimmen und 2 Gegenstimmen genehmigt.

Im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen kündigte die Abgeordnete Klotz ihre Stimmenthaltung zum Gesetzentwurf Nr. 147/07 an, weil der Landtag in Zukunft bei der Ausarbeitung und Genehmigung der neuen Rahmenrichtlinien für die Grund- und Mittelschule keinen Einfluss mehr haben wird. Die Erhaltung der Tiroler Identität und des muttersprachlichen Prinzips im Bildungssystem sei ihr ein Herzensanliegen, weshalb sie ohne eine rechtlich-verbindliche Absicherung dieser Punkte in den künftigen Rahmenrichtlinien des Landes dem Gesetzentwurf nicht zustimmen könne. Zudem muss im Plenum nochmals ausführlich über die neue Organisation der Kindergärten diskutiert werden, wobei im Vorfeld alle direkt Betroffenen ausführlich über die Reform informiert werden sollten.

Abgeordneter Urzi betonte, dass vor allem die Förderung des Zweitsprachenunterrichts weiter ausgebaut und die Autonomie der einzelnen Schulen bei der Erprobung innovativer didaktischer Modelle erhalten werden sollte. Er kritisierte die von der Kommission genehmigte Streichung des Hinweises auf die mehrsprachige Realität in Südtirol, der seiner Meinung nach in einer modernen Bildungsreform unbedingt enthalten sein muss und viel wichtiger als ein Verweis auf die christli-

chen Wurzeln des Abendlandes oder auf die religiöse Erziehung im Kindergarten erscheint. Auch die Gefahr der definitiven Schließung der kleineren Kindergärten in der Peripherie, von der vor allem die italienische Sprachgruppe betroffen ist, wurde nicht gebannt, weshalb der Abgeordnete aus den angeführten Gründen seine Gegenstimme zum Gesetzentwurf angekündigt hat.

Vorsitzender Denicolò kündigte seine Jastimme zum Gesetzentwurf an, verwies zugleich aber auch auf eine verstärkte Einbindung der Gewerkschaften und Interessensvertretungen bei der Anwendung des Gesetzes, vor allem was den Erlass der künftigen Rahmenrichtlinien und die anstehenden Personalfragen in Schule und Kindergarten betrifft. Er ersuchte die Landesregierung die Länge des Zeitrahmens vor der Schließung der kleinen Kindergärten nochmals zu überdenken und wies ausdrücklich darauf hin, dass der gegenständliche Gesetzentwurf allen Eingeladenen vor der Anhörung vom 20. November 2007 übermittelt worden ist; zudem haben alle bei der Anhörung Anwesenden eine Ablichtung des Entwurfes erhalten, weshalb sämtliche Interessensvertretungen und Gewerkschaften den Text zeitgerecht erhalten haben. Abschließend erinnerte der Vorsitzende daran, dass die 1. Gesetzgebungskommission bei der Behandlung des Gesetzentwurfes Nr. 147/07 eine ganztägige Anhörung und zehn Kommissionssitzungen von einer Gesamtdauer von 39 Stunden abgehalten hat. In der Schlussabstimmung wurde der Landesgesetzentwurf Nr. 147/07 in seiner Gesamtheit mit 3 Ja-Stimmen (des Vorsitzenden Denicolò und der Abgeordneten Thaler H. und Pahl), 1 Enthaltung (der Abgeordneten Klotz) und 1 Gegenstimme (des Abgeordneten Urzi) genehmigt.

I lavori della commissione

La I commissione legislativa ha trattato il disegno di legge provinciale n.147/07 nelle sedute del 30 novembre 2007, 19 dicembre 2007, 18 gennaio 2008 nonché 7, 21 e 29 febbraio 2008. Inoltre il 20 novembre 2007 nell'aula consiliare si è tenuta un'audizione con gli esperti prof. Italo Fiorin, prof. Rainer Brockmeyer e prof.ssa Pamela Oberhuemer nonché con rappresentanti di diverse istituzioni e associazioni. Ai lavori della commissione hanno partecipato anche l'assessore alla scuola e formazione professionale tedesca e ladina, diritto allo studio, università e ricerca scientifica dott. Otto Saurer, l'assessora al lavoro, innovazione, ricerca, cooperative e scuola e formazione professionale italiana Luisa Gnecchi, l'assessore ai lavori pubblici, scuola e cultura ladina dott. Florian Mussner, la sovrintendente scolastica dott.ssa Bruna Rauzi Visintin, l'intendente scolastico dott. Peter Höllrigl, il direttore della ripartizione intendenza scolastica italiana dott. Claudio Vidoni, il direttore della ripartizione intendenza scolastica tedesca dott. Arthur Pernstich, il direttore della ripartizione intendenza scolastica ladina dott. Alexander Oswald Prinoth, il direttore dell'ufficio ordinamento scolastico dott. Klaus Schwarzer, la direttrice sostituta dell'ufficio ordinamento scolastico dott.ssa Karin Egarter, le ispettrici per le scuole primarie e secondarie dott.ssa Ulrike Pircher Wegleiter e dott.ssa Eva Margherita Lanthaler, l'ispettore per l'insegnamento della religione dott. Christian Alber, l'ispettore dell'intendenza scolastica ita-

liana dott. Walter Cristofoletti e il direttore del circolo didattico scuola dell'infanzia in lingua italiana di Bressanone dott. Gianfranco Cornella. Sul disegno di legge provinciale n. 147/07 è stato sentito su richiesta, nella seduta del 30 novembre 2007, il presidente del consiglio dei comuni Arnold Schuler. Egli ha citato le spese di gestione delle scuole dell'infanzia che secondo l'articolo 8 del disegno di legge andranno a carico dei comuni e ha chiesto alla Giunta provinciale di non gravare i comuni con ulteriori oneri per il funzionamento didattico-amministrativo dei nuovi circoli di scuola dell'infanzia, ma invece di arrivare a negoziare un soluzione sostenibile per la copertura dei costi nel quadro degli accordi appositamente previsti a tale scopo. Il presidente del consiglio dei comuni ha inoltre proposto di accogliere nelle scuole dell'infanzia, in cui è prevista la relativa capacità ricettiva, a cura di assistenti pedagogiche con la formazione prevista oppure di Tagesmütter, anche bambini e bambine dai sei mesi ai tre anni di età. Con tale misura si sfrutterebbero meglio le risorse per quanto riguarda la prima infanzia e si potrebbe garantire l'assistenza alla prima infanzia nei comuni, in cui per motivi di costi non esistono microstrutture.

L'assessore Otto Saurer ha ricordato che il presente disegno di legge non concerne le microstrutture, anche se secondo le più recenti ricerche la prima infanzia non dovrebbe più rientrare nel semplice sistema assistenziale, ma fare parte di un moderno sistema educativo. Di conseguenza la formazione e le competenze del personale nelle microstrutture vanno potenziate sotto ogni punto di vista. A detta dell'assessore il futuro finanziamento di scuole per l'infanzia autonome sarà sicuramente ancora oggetto di trattative fra la Provincia e i comuni, fermo restando che della parte didattica si occuperanno l'amministrazione provinciale assieme alle direzioni, mentre i comuni competenti provvederanno alla gestione delle strutture.

L'assessora Gneccchi ha aggiunto, su richiesta della consigliere Klotz e Stocker, che dopo la riforma le scuole dell'infanzia diventeranno un elemento portante del sistema scolastico e formativo in Alto Adige. Le bambine e i bambini avranno assicurato il diritto a un posto in un asilo e il finanziamento di questa riorganizzazione verrà ancora ampiamente discusso con i comuni. Attualmente in Giunta si sta discutendo del regolamento di attuazione per le microstrutture e un punto centrale è il collegamento con il futuro sistema della scuola dell'infanzia e la relativa formazione e specializzazione del personale pedagogico.

Nel corso della sua replica il presidente del consiglio dei comuni Arnold Schuler ha confermato che per quanto riguarda il finanziamento e il previsto accorpamento delle strutture per la prima infanzia ci vorranno ancora trattative piuttosto lunghe tra la Provincia e i comuni. Attualmente i comuni coprono quasi due terzi dei costi per le scuole dell'infanzia e il miglioramento della formazione del personale pedagogico comporterà notevoli costi aggiuntivi. Per quanto riguarda il trasporto delle bambine e dei bambini, citato dal consigliere Urzì, Schuler ha ricordato che non vengono organizzati appositi servizi navetta, ma che i bambini e le bambine utilizzano il servizio di trasporto scolastico con la sorveglianza di una persona di accompagnamento.

Conclusasi l'audizione del consiglio dei comuni l'ass. Otto Saurer, illustrando il disegno di legge, ha sottolineato che tutta la riforma della

scuola è incentrata sui bambini e sui giovani che in qualità di studenti sono gli attori principali di tutte le misure concernenti istruzione e formazione. Secondo il "Bildungsleitbild" (concetto di formazione), di recente elaborato, la consulenza educativa individualizzata e la documentazione di apprendimento e successo formativo vanno favorite e implementate. Dopo l'approvazione della riforma, i vasti campi d'azione della scuola dell'infanzia autonoma, nel suo ruolo di istituzione educativa - citato anche dalla prof.ssa Pamela Oberhuemer nel corso dell'audizione - andranno riempiti e le competenze della scuola autonoma ampliate. L'innovazione in campo didattico e pedagogico avrebbe potuto benissimo essere sottolineata in modo più chiaro e incisivo, ma l'attuale formulazione è il risultato di un compromesso concordato con i sindacati. L'ass. Saurer ha infine rimarcato che il presente disegno di legge non limita assolutamente la libertà di insegnamento. Dopo l'approvazione della riforma la Giunta provinciale elaborerà le relative indicazioni, anche sulla base di quanto affermato dal prof. Italo Fiorin nella sua relazione.

Nella sua presa di posizione l'assessora Luisa Gnechi ha ricordato il lungo iter del disegno di legge, ampiamente discusso e anche criticato nelle scuole italiane autonome. Il consiglio scolastico provinciale ha espresso parere positivo in merito al capo del disegno di legge concernente la riforma della scuola dell'infanzia, mentre ha espresso pareri divergenti per quanto riguarda il primo ciclo di istruzione. Da più parti sono giunte critiche soprattutto all'articolo 1, contenente i principi generali del futuro sistema provinciale di istruzione e formazione. L'assessora Gnechi ha preannunciato che a tale riguardo avrà luogo un'ampia discussione, prima in commissione e poi in aula.

La cons. Eva Klotz ha fatto notare un chiaro cambiamento di tendenza nel mondo della scuola, perché con il presente disegno di legge verranno aboliti le linee guida e i programmi degli anni '80. In linea di massima la consigliera condivide l'abolizione di piani di studio dettagliati, per dare più spazio a uno studio sempre più individualizzato e personalizzato nel quadro della scuola europea, sulla scia della strategia di Lisbona. Tuttavia non bisogna mettere in primo piano unicamente chi apprende come soggetto principale, ma va pure rivalutata e riformata la funzione centrale dell'insegnante. A tale riguardo la consigliera ha citato le esperienze negative fatte in Germania, dove il sistema scolastico è stato incentrato quasi esclusivamente sugli alunni, tralasciando in modo inammissibile il riconoscimento della professione di insegnante. Per quanto riguarda la riforma della scuola dell'infanzia la cons. Klotz ha rammentato le osservazioni critiche dei diretti interessati nel corso dell'audizione. A quanto pare, il personale delle scuole dell'infanzia sa poco o niente della prevista riforma, il che potrebbe portare a considerevoli difficoltà di avviamento nella realizzazione delle scuole dell'infanzia autonome, per di più avviate senza periodo transitorio. A tale riguardo bisognerà riflettere molto bene sulla suddivisione tra le scuole dell'infanzia autonome dei mezzi finanziari disponibili, onde evitare di far nascere una pericolosa concorrenza fra le varie strutture per conquistare il favore dei genitori. Inoltre, secondo la consigliera, la prevista documentazione del percorso educativo dei bambini e delle bambine sotto forma di curriculum nasconde il pericolo

di un'eccessiva burocratizzazione. Al momento di stabilire le indicazioni generali la Giunta provinciale farebbe bene a prendere sul serio le riserve avanzate dai sindacati, perché queste nuove direttive caratterizzeranno nei prossimi anni in modo determinante il lavoro nelle scuole dell'infanzia e i compiti del personale. Per quanto riguarda l'intenzione di accelerare l'apprendimento individualizzato e personalizzato, la consiglia si è chiesta infine se ciò sia fattibile con l'attuale organico e con i mezzi finanziari attualmente a disposizione delle scuole e scuole dell'infanzia.

Il cons. Franz Pahl ha salutato con favore la presentazione del disegno di legge, e ringraziato tutti gli attori del sistema scolastico del proficuo lavoro degli ultimi anni. Egli ha sottolineato il fondamentale lavoro preparatorio svolto per impostare concettualmente la prevista riforma e rimanda agli obiettivi formativi stabiliti nel 1988 che garantivano un buon accordo fra libertà religiosa e libertà di studio. Con le nuove sfide di una società che sta diventando sempre più complessa, fra le altre cose anche per la progressiva islamizzazione del mondo occidentale, è cosa urgente e necessaria stabilire con chiarezza gli obiettivi formativi fondamentali. E qui anche la politica deve farsi carico dell'onere di decidere quale concezione dell'uomo e del mondo mettere alla base degli obiettivi didattici di una scuola moderna. A tale proposito il consigliere ha citato alcuni poteri laici che da tempo vanno chiedendo con forza la divisione fra religione e mondo della scuola. Se però la trasmissione dei valori fondamentali della cultura occidentale e una visione etica del mondo dovessero scomparire dai programmi di scuola, si rischiano un allontanamento dei giovani dalla nostra visione cristiana del mondo e un dilagante disorientamento delle generazioni future. Per questo motivo bisogna continuare a proporre nelle scuole l'ora di religione, naturalmente non obbligatoria. La libertà d'insegnamento è assolutamente conciliabile con questo principio, perché la visione cristiana del mondo contempla l'assoluta libera volontà della persona, che in virtù di questa libertà è però anche chiamata ad assumere responsabilità per sé e per tutta la società. Questa fondamentale libertà di coscienza per studenti e insegnanti non implica alcuna discriminazione della libertà di fede sancita dalla Costituzione, perché per quanto riguarda i diritti umani fondamentali e i valori etici fondanti, come l'uguaglianza di tutti i cittadini oppure i principi democratici, essa tocca il suo limite naturale. Pertanto gli insegnanti sono invitati, nonostante il valido principio di tolleranza, ad accettare questa visione etica del mondo e della persona e a trasmetterla ai giovani, perché la citata libertà d'insegnamento è anche limitata dai valori fondanti della società. Altrimenti si rischiano il completo declino e il relativismo dei valori occidentali e per i giovani c'è un rischio di pericoloso qualunquismo e totale disorientamento. Infine il cons. Pahl ha fatto notare ai presenti che attualmente in Alto Adige vivono più di 10.000 mussulmani e che la cifra aumenta notevolmente di anno in anno. Per questo motivo la politica deve confrontarsi con questo preoccupante sviluppo e avviare una discussione ideologica sulla migliore integrazione possibile dei bambini stranieri, anche tenendo conto del futuro orientamento della politica altoatesina nel settore dell'istruzione e della scuola. A questo proposito il consigliere ha annun-

ciato che presenterà un emendamento all'articolo 1, con cui intende tenere conto della concezione occidentale del mondo e di Dio ed evitare conflitti ideologici nel settore della scuola a danno delle alunne e degli alunni.

Il cons. Alessandro Urzì ha dichiarato di essere, in linea di principio, favorevole all'ancoraggio dei fondamentali valori culturali europei nonché di quelli cristiani nell'articolo contenente i principi generali del futuro sistema educativo provinciale di istruzione e formazione. Tuttavia andrebbe rivista la formulazione del passaggio in questione per riuscire a conciliare meglio il necessario consolidamento di principi etico-morali con le relative riserve delle parti laiche della popolazione. Una questione centrale è invece la promozione dell'apprendimento della seconda lingua, chiesta più volte nell'ambito dell'audizione. L'attuale formulazione nel disegno di legge è troppo restrittiva e non corrisponde in alcun modo alle straordinarie capacità di apprendimento linguistico degli alunni e alle esigenze della moderna società altoatesina. Inoltre va risolto il problema del trasporto scolastico e dei servizi navetta delle scuole per l'infanzia, poiché altrimenti alcuni asili italiani periferici rischiano la chiusura definitiva.

Il presidente Herbert Denicolò, prendendo posizione sulle considerazioni della consigliera Klotz, ha sottolineato che in Alto Adige nella politica in materia di istruzione e formazione i bambini e le bambine dovranno continuare a essere al centro di tutte le misure, così com'è stato fino ad oggi. Il compito centrale di ogni sistema educativo è e resta il sostegno individuale assieme allo sviluppo della personalità dei bambini, affinché a seconda delle loro attitudini e capacità possano svilupparsi e diventare componenti della nostra società in grado di affrontare il futuro. Il presidente vede inoltre con favore la nuova autonomia delle scuole dell'infanzia che con il coinvolgimento del territorio e dei genitori possono diventare una struttura moderna per l'apprendimento in tenera età. A tale riguardo bisogna però considerare l'apprendimento ludico, così importante nella prima infanzia, che nell'attuale versione del disegno di legge non viene citato. In considerazione delle imminenti riforme nel settore educativo, la prevista rappresentanza delle scuole dell'infanzia autonome in seno al Consiglio scolastico provinciale è sicuramente insufficiente, piuttosto bisognerebbe istituire a livello provinciale un'apposita consulta provinciale per le scuole dell'infanzia che assieme ad altri organi nel settore educativo potrebbero formare un nuovo consiglio educativo provinciale. Per quanto riguarda il primo ciclo di istruzione bisognerebbe discutere un collegamento migliore con le offerte delle scuole musicali e con le associazioni giovanili e vale la pena considerare l'eventualità di estendere lo Statuto dello studente, attualmente in vigore, agli alunni delle scuole elementari e medie. Anche l'organizzazione del cosiddetto apprendimento aperto, al di fuori di un rigido gruppo formante una classe e l'importantissima documentazione del percorso di apprendimento individuale di bambini e alunni vanno assolutamente incentivati e sostenuti. Infine il presidente ha suggerito una discussione approfondita in merito all'accennata integrazione della prima infanzia nel sistema educativo, che potrà essere avviata solo con l'aiuto fattivo di personale pedagogico appositamente formato e le relative risorse strutturali e logistiche.

L'intendente scolastico dott. Peter Höllrigl ha ammesso che attualmente la scuola è più orientata verso la propria organizzazione che verso le varie esigenze delle bambine e dei bambini. E qui i criteri di Lisbona che prevedono incisive riforme per un sistema scolastico moderno aprono nuove prospettive. Il presente disegno di legge si aggancia a questi criteri e introduce l'apprendimento individualizzato e personalizzato come condizione imprescindibile per un pieno sviluppo e un'ottima formazione degli alunni. Bisogna tener conto del fatto che ogni bambino studia in modo diverso, ma è in grado di studiare con profitto. Naturalmente con ciò il ruolo dell'insegnante cambia. L'insegnante deve sforzarsi ad accompagnare e portare avanti ogni singolo bambino della classe nel suo percorso individuale di apprendimento. Per questo motivo già da tempo stiamo investendo parecchio nella sensibilizzazione e nell'aggiornamento del personale insegnante, per abituarlo alle nuove forme di apprendimento e insegnamento. Ciò vale anche per gli educatori nelle scuole dell'infanzia che da luogo di assistenza si svilupperanno sempre più in istituzioni formative d'avanguardia. Infine l'intendente scolastico ha osservato che per quanto riguarda l'educazione in ambito scolastico la Germania non è necessariamente il modello da seguire, perché da un lato lì i risultati dello studio PISA non sono stati particolarmente esaltanti e dall'altro l'estrazione sociale ha notevoli ripercussioni sul percorso formativo e sulla carriera professionale degli alunni. L'Alto Adige continua a puntare sul fondamentale diritto allo studio per tutti e in futuro sosterrà maggiormente l'apprendimento individualizzato e personalizzato, per continuare a restare fra i migliori a livello europeo nel campo dell'istruzione e della formazione. In riferimento alla valutazione esterna delle scuole il dott. Höllrigl ha spiegato che l'amministrazione si limita a definire il quadro, mentre l'assetto concreto rientra fra le responsabilità delle scuole autonome. Tuttavia si dovrà rendere conto dei relativi sviluppi mediante verifiche di rendimento e dati statistici, affinché i vari attori e gli interessati possano informarsi sul livello di qualità delle varie istituzioni. La valutazione interna nelle scuole, e in futuro anche nelle scuole dell'infanzia autonome, serve invece alla verifica didattica con la relativa documentazione del successo formativo degli alunni. E qui si possono senz'altro trovare nuove forme di documentazione che con la partecipazione attiva degli alunni e dei bambini consentono senza ulteriori oneri burocratici di documentare i progressi in modo chiaro e professionale.

Riguardo ai curricoli l'ispettrice dott.ssa Ulrike Pircher Wegleiter ha spiegato che la riforma del 2004 dei piani di studio nazionali ha avuto ripercussioni anche sui piani di studio vigenti in Alto Adige. Dopo un intenso lavoro durato vari anni adesso sono pronte le bozze per i piani di studio, suddivisi per le varie materie. Dopo la loro approvazione formale, le scuole dovranno attenersi come obiettivi didattici vincolanti. Le decisioni sul modo in cui gli alunni debbano raggiungere le varie competenze nelle singole materie spetta naturalmente alle istituzioni scolastiche autonome.

Nell'ambito della sua replica l'ass. Otto Saurer ha spiegato che in tutta Europa si va sempre più abbandonando il classico insegnamento frontale e che bisogna occuparsi delle esigenze individuali dei bambini

e alunni che naturalmente contribuiscono con la loro personalità al processo di apprendimento. Al centro del sistema educativo di istruzione e formazione vi è e resta però il bambino, che quale attore principale è aiutato e sostenuto dall'insegnante in qualità di guida e consigliere nel suo lungo percorso formativo. Va favorito maggiormente l'apprendimento aperto in piccoli gruppi e aumentata la fiducia degli alunni nelle proprie capacità e abilità. La documentazione dei progressi nell'apprendimento, che viene estesa anche alla scuola dell'infanzia, viene così ad avere un ruolo centrale, perché grazie a ciò diventa possibile documentare in modo completo i singoli risultati ottenuti dagli alunni e bambini fino al secondo ciclo di istruzione.

L'assessora Luisa Gneccchi si è ancora riferita al nuovo ruolo delle scuole dell'infanzia, al cui centro restano i bambini e che in futuro collaboreranno più strettamente con le istituzioni scolastiche autonome. Anche la formazione e l'aggiornamento delle collaboratrici pedagogiche e l'importanza data al carattere prescolastico diventeranno elementi pregnanti delle nuove scuole dell'infanzia autonome. Attualmente è più importante varare questa riforma e sancire il diritto dei bambini di tre anni a frequentare la scuola dell'infanzia che modificare la vecchia legge provinciale n. 36 del 1976. Le conseguenti trattative con i sindacati sui relativi contratti collettivi, l'inquadramento giuridico e il trattamento economico del personale inizieranno subito dopo l'attuazione della riforma. Per quanto riguarda le iscrizioni nelle scuole italiane, l'assessora ha sottolineato che è soprattutto nelle scuole superiori che si registra un continuo aumento delle nuove iscrizioni. Attualmente i bambini e alunni stranieri formano circa il 14%, il che fra l'altro ha fatto sì che, a parte Colle Isarco, non è stato chiuso alcun asilo italiano. Inoltre in Alto Adige la scuola italiana ha usato al massimo gli spazi d'azione previsti dall'autonomia scolastica. Si registra una forte tendenza alla scuola a tempo pieno ed è data particolare attenzione all'apprendimento della seconda lingua. L'assessora ha concluso affermando che il presente disegno di legge ai sensi dell'articolo 19 dello Statuto speciale tiene conto delle differenze fra i tre sistemi scolastici in Alto Adige e non interferisce assolutamente nelle comprovate pratiche didattiche.

Conclusa la discussione generale, il passaggio alla discussione articolata sul disegno di legge provinciale n. 147/07 è stato approvato con 2 voti favorevoli e 2 astensioni.

La commissione si è dichiarata d'accordo sulle correzioni linguistiche e tecniche proposte d'ufficio dall'ufficio legale del Consiglio provinciale d'intesa con gli uffici competenti dell'amministrazione provinciale; nel presente testo di legge tali correzioni sono sottolineate.

La commissione ha approvato i singoli articoli con le modifiche riportate nell'allegato testo di legge con il seguente esito:

Articolo 1: la commissione ha discusso a fondo sugli orientamenti principali del futuro sistema provinciale d'istruzione e formazione, e particolarmente sul riferimento alle radici cristiane della cultura e cittadinanza europea al comma 2, lettera c). Respinto l'emendamento soppressivo dell'intero articolo presentato dall'assessora Gneccchi, è stato approvato un emendamento della cons. Klotz al comma 1, avente per oggetto l'acquisizione di competenze sociali finalizzate alla partecipa-

zione. Quindi è stato approvato a maggioranza un ulteriore emendamento della cons. Klotz al comma 2, lettera a), avente per oggetto gli obiettivi della politica altoatesina dell'istruzione e la promozione dello sviluppo culturale, sociale ed economico. Quindi, dopo approfondita discussione sulla necessità di richiamare il principio della legalità nel testo di legge e respinti due emendamenti della cons. Klotz, è stato approvato a maggioranza un emendamento della cons. Stocker al comma 2, lettera b). L'emendamento del cons. Pahl al comma 2, lettera c) è stato approvato all'unanimità, dopo intensa discussione sull'ancoraggio delle radici cristiane nella riforma dell'istruzione. Respinti due emendamenti aggiuntivi della cons. Klotz, è stato approvato a maggioranza l'emendamento dell'ass. Saurer mirante a introdurre, al comma 2, una nuova lettera d) sulla conoscenza della storia locale da parte di alunne e alunni. Prima era stato approvato all'unanimità un emendamento del cons. Urzi tendente a sostituire, nel testo italiano, la parola "insegnamento" con "conoscenza". Quindi la commissione ha approvato un emendamento dell'ass. Saurer al comma 3, che definisce l'orientamento e l'inserimento nel mondo del lavoro come funzione essenziale del sistema formativo. Un ulteriore emendamento dell'ass. Saurer al comma 5, che inserisce le scuole di musica nel sistema provinciale di formazione, è stato approvato a maggioranza. Quindi la commissione ha approvato a maggioranza un altro emendamento dell'ass. Saurer al comma 9, che per il compimento dell'obbligo scolastico e del diritto all'istruzione prevede fra l'altro anche una particolare collaborazione fra scuole d'infanzia e scuole da una parte, e le scuole di musica dall'altra. Poi è stato approvato a maggioranza l'emendamento dell'ass. Saurer tendente all'aggiunta di un comma 9-bis, riguardante la crescita e lo sviluppo della persona nonché la promozione dei relativi percorsi formativi e del successo in essi. Dapprima era stata respinta una serie di subemendamenti della cons. Klotz e del cons. Urzi a detto comma aggiuntivo. L'articolo così emendato è stato infine approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articolo 2: dopo un'approfondita discussione sull'orientamento didattico e pedagogico della scuola dell'infanzia sono stati ritirati gli emendamenti al comma 1 del presidente e della cons. Stocker. L'emendamento del cons. Pahl al comma 1, tendente a comprendere anche lo sviluppo religioso dei bambini fra le finalità formative della scuola dell'infanzia, è stato approvato a maggioranza. La commissione ha quindi respinto due emendamenti della cons. Klotz al comma 1, approvando invece a maggioranza un emendamento soppressivo della cons. Stocker al medesimo comma, riguardante la considerazione da portare alla realtà plurilingue dell'Alto Adige. Dopo un esauriente dibattito sull'opportunità di un riferimento alla promozione di una cultura dell'infanzia in armonia con l'ambiente locale, è stato approvato a maggioranza il relativo emendamento della cons. Klotz al comma 1. Un emendamento della cons. Klotz al comma 2, riguardante l'obbligo di frequenza della scuola dell'infanzia in età prescolare, è stato respinto a maggioranza, come anche l'emendamento del cons. Urzi allo stesso comma, riguardante adeguate strutture e collegamenti per garantire l'esercizio del diritto alla frequenza della scuola dell'infanzia. Sono stati quindi respinti altri due emendamenti della cons. Klotz ai commi 3 e 4, ri-

guardanti integrazione e inclusione dei bambini disabili e la regolamentazione dell'orario di lavoro obbligatorio del personale delle scuole d'infanzia, mentre è stato approvato all'unanimità l'emendamento soppressivo del comma 5, anch'esso presentato dalla cons. Klotz. La commissione ha quindi approvato l'articolo così emendato con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 3: l'emendamento della cons. Klotz al comma 1 riguardo alla programmazione delle misure per la concreta attuazione dei processi di apprendimento e dei progetti educativo-formativi è stato respinto a maggioranza. Quindi l'articolo 3 è stato approvato con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 4: respinto un emendamento della cons. Klotz soppressivo del comma 4, l'articolo è stato approvato con 2 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 5: in seguito a un'approfondita discussione sul coinvolgimento del personale delle scuole d'infanzia - nonché dei rispettivi sindacati - interessato dall'istituzione delle scuole d'infanzia autonome e dalla nuova regolamentazione dei rispettivi circoli nell'elaborazione dei nuovi piani di distribuzione, è stata respinta a maggioranza una serie di emendamenti della cons. Klotz, in parte soppressivi. L'articolo è stato approvato con 3 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Articolo 6: dopo breve discussione sulle dimensioni delle future sezioni delle scuole dell'infanzia sono stati respinti due emendamenti della cons. Klotz al comma 1. Quindi sono stati respinti due ulteriori emendamenti della cons. Klotz al comma 2 riguardanti l'organico delle scuole dell'infanzia. Respinto un emendamento della cons. Klotz al comma 4 riguardante le insegnanti coordinatrici, la commissione ha trattato un emendamento della cons. Klotz al comma 5, riguardante i criteri di assegnazione delle insegnanti e del personale pedagogico alle diverse sezioni, quindi un emendamento soppressivo della medesima consigliera al comma 6, respingendoli a maggioranza tutti e tre. Quindi la commissione ha discusso a fondo di sostegno e promozione per i figli di immigrati e per le loro competenze linguistiche, e dopo che il cons. Urzi aveva ritirato i propri emendamenti al comma 7, ha respinto a maggioranza un emendamento della cons. Klotz allo stesso comma. Respinto quindi un emendamento della cons. Klotz tendente a introdurre un nuovo comma 7-bis sull'istituzione di sezioni delle scuole dell'infanzia con orario prolungato, è stato respinto a maggioranza anche un ulteriore emendamento della cons. Klotz al comma 8 sul medesimo argomento. Sono stati respinti anche due emendamenti ai commi 8-bis risp. 9, sempre della cons. Klotz, riguardanti il personale pedagogico e le vice-direttrici di circolo. È stata invece approvata a maggioranza, in una votazione per parti separate, la prima parte dell'emendamento della cons. Klotz mirante all'introduzione di un comma 9-bis sul personale delle scuole dell'infanzia di cui sia stata accertata la definitiva inidoneità all'attività pedagogica con bambini. Infine, dopo breve discussione sulla chiusura di scuole dell'infanzia con meno di dieci bambini, è stato respinto a maggioranza un emendamento della cons. Klotz al comma 11. L'articolo così emendato è stato quindi approvato con 2 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

L'articolo 7 è stato approvato con 2 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articolo 8: respinto un emendamento del cons. Urzì al comma 4 riguardante i contributi alle scuole dell'infanzia paritarie, l'articolo è stato approvato con 3 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

L'articolo 9 è stato approvato con 3 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Articolo 10: la commissione ha respinto a maggioranza due emendamenti della cons. Klotz riguardanti il calendario delle scuole dell'infanzia e il rispettivo orario annuale, e ha approvato l'articolo con 2 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Articolo 11: dopo un'approfondita discussione sull'iscrizione anticipata alla scuola dell'infanzia, la commissione ha approvato un emendamento dell'ass. Saurer e dell'assessora Gneccchi mirante all'aggiunta di un nuovo comma 3 sulla costituzione di cosiddette sezioni-ponte. In precedenza era stato respinto a maggioranza un relativo subemendamento della cons. Klotz. L'articolo così emendato è stato approvato con 2 voti favorevoli e 2 astensioni.

Gli articoli 12 e 13 sono stati entrambi approvati all'unanimità.

Articolo 14: in seguito a una prolungata discussione sulla promozione dell'insegnamento della seconda lingua nelle elementari e medie e sull'ammissibilità di progetti innovativi nell'apprendimento delle lingue, un emendamento della cons. Klotz al comma 5 è stato respinto a maggioranza. L'articolo è stato approvato all'unanimità.

Articolo 15: ritirato dall'ass. Saurer il proprio emendamento al comma 1, lettera d), la commissione ha respinto a maggioranza un emendamento della cons. Klotz al comma 1, lettera e), riguardante l'osservanza dell'articolo 19 dello Statuto speciale in sede di elaborazione delle indicazioni provinciali per la definizione dei curricoli nell'ambito di progetti didattici innovativi per l'apprendimento delle lingue. La commissione ha quindi trattato un emendamento dell'ass. Saurer al comma 5, che è stato approvato a maggioranza dopo una discussione dettagliata su misura e composizione del curriculum obbligatorio nonché sulla quota riservata alla scuola e la quota facoltativa nelle scuole elementari e medie. L'articolo così emendato è stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articolo 16: approvato un emendamento dell'ass. Saurer e dell'assessora Gneccchi al comma 4 riguardante l'orario delle lezioni nella scuola a tempo pieno, la commissione ha approvato l'articolo così modificato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni.

L'articolo 17 è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

L'emendamento dell'ass. Saurer mirante all'introduzione di un nuovo articolo 17-bis e avente per oggetto il riconoscimento di offerte formative extrascolastiche è stato approvato con 2 voti favorevoli e 1 astensione. La commissione aveva prima approvato all'unanimità un relativo subemendamento dell'ass. Saurer e dell'assessora Gneccchi sostitutivo del comma 2 e riguardante i criteri per il riconoscimento dell'offerta formativa delle scuole di musica.

Articolo 18: in seguito a una lunga discussione sull'introduzione e sulla sperimentazione di forme e di documenti innovativi di valutazione, è stato approvato a maggioranza l'emendamento dell'ass. Saurer al comma 2. L'articolo così emendato è stato approvato con 2 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Articolo 19: approvato un emendamento dell'ass. Saurer al comma 3, anch'esso riguardante forme innovative di valutazione, l'articolo così emendato è stato approvato con 2 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

L'articolo 20 è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 21: dopo una breve discussione sui comitati provinciali di valutazione, l'articolo è stato approvato con 2 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

L'articolo 22 è stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni.

L'emendamento dell'ass. Saurer mirante all'introduzione di un nuovo articolo 22-bis e mirante alla correzione di un richiamo nella legge provinciale n. 37/1992 sul patrimonio scolastico, è stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni.

Un ulteriore emendamento dell'ass. Saurer mirante all'introduzione di un nuovo articolo 22-ter, riguardante la responsabilità amministrativa del personale insegnante e la stipulazione di una relativa polizza assicurativa, è stato approvato con 4 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 23: l'emendamento dell'ass. Saurer sostitutivo dell'intero articolo, riguardante entrata in vigore e applicazione della legge, è stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni. Dapprima la commissione aveva approvato a maggioranza un emendamento dell'ass. Saurer che aggiunge all'emendamento sostitutivo un comma 4 sui programmi del conservatorio.

L'articolo 24 è stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni.

In sede di dichiarazioni di voto la cons. Klotz ha annunciato la propria astensione sul disegno di legge n. 147/07, perché in futuro il Consiglio provinciale non avrà più alcuna influenza su elaborazione e approvazione delle nuove indicazioni provinciali per le scuole elementari e medie. Il mantenimento dell'identità tirolese e del principio della madrelingua nel sistema formativo costituiscono per lei un obiettivo della massima importanza, per cui ella non può approvare il disegno di legge senza una garanzia giuridica su questi punti nelle future indicazioni provinciali. Inoltre in aula si dovrà ancora discutere a fondo sulla nuova organizzazione delle scuole dell'infanzia, e dapprima si dovranno esaurientemente informare tutti i diretti interessati sui contenuti di questa riforma.

Il cons. Urzi ha dichiarato che soprattutto si deve potenziare ulteriormente l'insegnamento della seconda lingua, e mantenere l'autonomia delle singole scuole nella sperimentazione di modelli didattici innovativi. Ha criticato la soppressione, approvata dalla commissione, del riferimento alla realtà plurilingue dell'Alto Adige, che secondo lui deve invece assolutamente esserci in una moderna riforma scolastica, e che appare molto più importante di un richiamo alle radici cristiane dell'occidente o all'educazione religiosa nella scuola dell'infanzia. Non è stato scongiurato neanche il rischio della definitiva chiusura delle scuole d'infanzia più piccole in aree periferiche, che riguarda soprattutto il gruppo linguistico italiano. Pertanto egli ha annunciato il proprio voto contrario al disegno di legge.

Il presidente Denicolò ha annunciato il proprio voto favorevole al disegno di legge, e ha anche ricordato il maggiore coinvolgimento di sindacati e associazioni di categoria nell'applicazione della legge, che ri-

guarda soprattutto l'emanazione delle future indicazioni provinciali e le questioni del personale di scuole e scuole d'infanzia. Egli ha chiesto alla Giunta di riconsiderare ancora il lasso di tempo che precede la chiusura di piccole scuole d'infanzia. Ha quindi ricordato che il presente disegno di legge è stato fatto pervenire a tutti gli invitati prima dell'audizione del 20 novembre 2007, e che tutti i presenti all'audizione hanno ricevuto una fotocopia del disegno stesso: dunque tutte le rappresentanze e i sindacati hanno avuto in tempo il testo di legge. Infine il presidente ha ricordato che per la trattazione del disegno di legge n. 147/07 la commissione legislativa ha tenuto un'audizione di un'intera giornata e dieci sedute per una durata complessiva di 39 ore. In sede di votazione finale il disegno di legge provinciale n. 147/07 nel suo complesso è stato approvato con 3 voti favorevoli (del presidente Denicolò e dei consiglieri Thaler H. e Pahl), 1 astensione (della consigliera Klotz) e 1 voto contrario (del consigliere Urzi).

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

ROSA THALER ZELGER

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

PRÄSIDENTIN: Die Generaldebatte ist eröffnet. Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Danke, Frau Präsidentin! Allein die Tatsache, dass die erste Gesetzgebungskommission 10 mehr oder weniger ganztägige Sitzungen abgehalten hat, denen eine ganztägige und eine halbtägige Anhörung mit den Vertretern der Gewerkschaften und den Vertretern des Personals, also des Schulamtes, bzw. den Vertretern des Kindergartenpersonals vorausgegangen sind, zeigt, welche Bedeutung dieser Gesetzentwurf hat und wie gründlich man sich mit den vorgeschlagenen Änderungen befasst hat. Die Gründlichkeit war sehr wichtig, da, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Annahme dieses Gesetzentwurfes insgesamt vier bestehende Landesgesetze gänzlich abgeschafft bzw. außer Kraft gesetzt werden. Das Kindergartengesetz wird in den meisten Artikeln abgeändert. Somit handelt es sich hier sicherlich um eine bedeutende und weitreichende Änderung im Bildungswesen, nämlich um das zweite Bildungsgesetz. Wir haben uns vor circa zwei Monaten gründlich mit dem sogenannten "Bildungs-Omnibusgesetz" befasst, welches verschiedene Maßnahmen in der Schulfürsorge vorgesehen hat, sprich die Bewertung des Personals, Änderungen im Zusammenhang mit der Personalordnung und den Stammrollen, welche es heute nicht mehr gibt, sowie mit den lokalen Rollen, die Beauftragungen und dergleichen mehr. Mit dem "Bildungs-Omnibusgesetz" wurde auch die Berufsmatura mit Änderungen in verschiedenen Bildungsbereichen eingeführt. Der vorliegende Gesetzentwurf befasst sich mit allgemeinen Bildungszielen und mit der Ordnung von Kindergarten und Unterstufe. Es handelt sich also wieder nicht um einen ganzen Wurf, denn dann müsste dieser auch die sogenannte

Oberschulreform beinhalten. Aber man ist noch nicht soweit, weil auch der Staat nicht weiß, welchen Weg er diesbezüglich gehen will. Wir sind in Südtirol dabei, die staatlichen Vorgaben betreffend Kindergarten und Unterstufe, Bildungsziele und -ordnung zu übernehmen. Wir haben aus den Anhörungen gehört, dass es die italienischen Schulen nicht so ernst nehmen und das Ganze sehr locker angegangen wird, während in der deutschen Schule schon seit Jahren experimentiert wird. Diesbezüglich hat es Neuerungen gegeben. Man hat sich langsam, aber nachhaltig darauf vorbereitet. Man hat mit den Lehrern und den verschiedenen Experten im Schulwesen gesprochen. Die Lehrer hoffen sehr stark, dass mit der Genehmigung dieses Gesetzentwurfes - wir gehen davon aus, dass er genehmigt wird - wieder Ruhe in die Schule einkehren wird. Das ist das oberste Ziel. Der größte Wunsch der Lehrer und der betroffenen Personen, die im Schulwesen bzw. im Kindergarten tätig sind, ist, dass vor allem nach der Behandlung und Genehmigung dieses Gesetzentwurfes wieder Ruhe in die Schule bzw. in den Kindergarten einkehren möge. Dann können sich die Lehrer endlich wieder ihrer Hauptbeschäftigung widmen, nämlich zu unterrichten und die jungen Leute auszubilden. Unterricht ist nicht immer nur Bildung, Bildung ist mehr als nur Unterricht. Wir haben uns gründlich mit diesem Gesetzentwurf auseinandergesetzt, damit wir für die nächsten 10 Jahre eine Grundlage haben. Gerade im Bereich des Schulwesens braucht es Verlässlichkeit, weil die Lehrer und all jene, die sich mit dem Schulwesen befassen, sowie Eltern und Schüler die Zukunft planen wollen. Die Schule ist ein Grundstein für das Leben der Erwachsenen. Insofern ist es sehr wichtig, dass man weitsichtig planen kann, dass man Regelungen trifft, von denen man beim besten Wissen und Gewissen davon ausgehen kann, dass sie zumindest für die nächsten 10 Jahre Bestand haben werden.

Außerdem wird es mit der Reform der Oberschule neue Bestimmungen geben müssen, da das Ganze eng zusammenhängt. Insofern wurde hier ein großer Schritt getan, indem man all das jetzt auch als Ganzes organisiert, als Ganzes plant und als Ganzes mit den jeweiligen Wirkungen betrachtet. Das bedeutet, dass, ausgehend vom Kindergarten, nicht mehr die Betreuungsidee, sondern immer mehr der Vorschulcharakter im Mittelpunkt steht. In diesem Punkt hat es große Auseinandersetzungen gegeben, weil natürlich die Vertreterinnen des Kindergartenwesens davor warnen, den Kindergarten allzu sehr zu "verschulen". Im Zusammenhang mit den Kindergärten hat es große Diskussionen über die Rolle des kindlichen Spiels gegeben. Die vorgebrachten Sorgen sind sicher ernst zu nehmen, damit es nicht zur "Verschulung" des Kindergartens kommt, sondern das Kind auch noch Kind sein darf und es nicht bereits im Kindergarten überfordert wird. Das Kind soll keine Haltung erfahren, die seine sozialen Kompetenzen, seine Kreativität und dergleichen einengt.

Im Zusammenhang mit der Verzahnung mit den Grundschulen, das heißt, dass ein oder mehrere Kindergärten in der Organisation und Führung mit einer Grundschule zusammengefasst werden können, haben die Kindergärtnerinnen eine gewisse Angst bekundet. Sie verweisen darauf, dass ein Volksschuldirektor wenig Einblick in

die Notwendigkeiten bzw. die Bedürfnisse des Kindergartens hat. Aber es wird sicherlich Situationen geben, in denen diese Zusammenführung notwendig sein wird, wenn man einzelne Sektionen bzw. kleine Kindergärten erhalten will. Diesbezüglich, Herr Landesrat Saurer, ersuche ich Sie nochmals, die Zeiten nicht zu eng zu begrenzen. Im Gesetzentwurf ist immer noch die Bestimmung enthalten, dass, wenn ein Kindergarten zwei Jahre hintereinander nicht die vorgesehene Anzahl an Kindern vorweisen kann, dieser Kindergarten dann geschlossen wird. Ich hatte bereits in der Kommission mehrmals darauf verwiesen, dass dieser Zeitraum zu kurz sei. Man sollte fünf Jahre abwarten, denn die Schließung eines Kindergartens ist eine sehr schwerwiegende Maßnahme, weil sie entsprechende Folgen für das Dorfleben haben kann. Es ist immer von Vorteil, wenn die Kinder - gerade Vorschulkinder - in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können, weil sie sonst in den nächstgelegenen größeren Ort gebracht werden müssen. Wir kennen alle die Folgeerscheinungen des Pendlerwesens. Diesbezüglich, Herr Landesrat, würde ich Sie ersuchen, die Dauer von zwei Jahren noch einmal zu überdenken. Ich verstehe schon, dass es hier in erster Linie um eine Kostenfrage geht. Man sollte aber nicht an der falschen Stelle sparen, weil dadurch möglicherweise andere Ausgaben entstehen, so beispielsweise der Transportdienst, aber auch einige soziale Folgekosten.

Auch was die Ordnung der Unterstufe bzw. der Grundschule anbelangt, gibt es wesentliche Neuerungen. Sämtliche bisher gültigen Lehrpläne werden mit der Genehmigung dieses Gesetzes abgeschafft und außer Kraft gesetzt. Ich habe das gesamte 267 Seiten umfassende Kompendium betreffend den Lehrplan für die Grundschulen der Autonomen Provinz Bozen mitgebracht. Ich habe mir die Mühe gemacht, es teilweise durchzulesen und zu prüfen. Dieses gesamte Kompendium, werte Kolleginnen und Kollegen, wird nun außer Kraft gesetzt. Wir haben darüber viel diskutiert, denn ich war auch der Meinung, dass dem gesellschaftlichen Umbruch Rechnung zu tragen ist. Die Lehrpläne gehen zurück auf das Jahr 1989 und sind somit nicht einmal 20 Jahre alt. Wenn man sich diese Lehrpläne und deren Zielsetzungen genau anschaut, kann man ermessen, wie viel sich verändert hat. Darin wurden die Methoden der verschiedenen Fächer detailliert aufgelistet. Ich habe der Ansicht zugestimmt, dass diese Programme für die heutige Zeit zu umfassend sind und folglich überarbeitet werden müssen. Ich habe aber auch darauf verwiesen, dass einige wesentliche Kernpunkte enthalten bleiben müssen. Der Bezug auf die Menschenrechte bleibt aufrecht. In den Zielsetzungen wurde beispielsweise festgeschrieben: *"In Südtirol übernimmt die Schule neben staatsbürgerlichen und allgemein gesellschaftlichen Aufgaben auch solche, welche die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen."* Das ist sehr wichtig, auch wenn man aufgrund der Globalisierung anderer Meinung sein kann. Mit der sogenannten Globalisierung entsteht ein vermehrtes Bedürfnis nach Geborgenheit und nach Verwurzelung, um eine gewisse Sicherheit in der Persönlichkeitsentfaltung garantieren zu können. Deshalb verweist man auf die örtlichen Gegebenheiten. Es handelt sich hier um kein Kirchturmdenken, sondern es geht darum, sich geborgen, verwurzelt und ab-

gesichert zu fühlen. Erst dann kann man sich öffnen und anderen Einflüssen, anderen Kulturen und anderen Welten aussetzen bzw. sich gründlich damit auseinandersetzen, ohne Angst haben zu müssen, dass einem etwas von der eigenen Identität und vom eigenen Heimatbewusstsein genommen wird.

Besonders wichtig ist für mich die Liebe zur Heimat Tirol. Es handelt sich dabei um eine große Zielsetzung, die jetzt nicht mehr enthalten sein wird. Die Liebe zur Heimat Tirol, die bewusste Teilnahme an der heimatlichen Kultur und die Achtung vor der Überzeugung der Mitmenschen erhalten ein besonderes Gewicht. Daraus folgt, dass auch der Wert der Religion, besonders jener des Christentums, für das Leben des einzelnen Menschen und der Gesellschaft besonders berücksichtigt wird. Vor 19 Jahren waren diese Kernbegriffe in der Formulierung der Lehrpläne und im Unterricht für die Grundschule enthalten. Natürlich hat man damals den Text nicht völlig neu geschrieben, er ging auf ältere Lehrpläne zurück, welche zwar überarbeitet, aber nicht vollständig neu geschrieben wurden. Jetzt wird der gesamte Text neu geschrieben und formuliert. Es bleibt kaum noch etwas vom alten Text übrig, soweit ich Einblick in die nun konzipierten Lehrpläne haben konnte. Diese Lehrpläne werden erst dann endgültig geprüft und beschlossen, sobald dieses Gesetz genehmigt ist. Natürlich kommen auch neue Lehrpläne für die Grundschule, das ist ganz klar. Soweit ich Einblick nehmen konnte, kommen sehr viele der zuvor genannten Kernpunkte nicht mehr im selben Ausmaß zum Tragen.

Wichtig ist auch der Hinweis auf das primäre Erziehungsrecht der Familie. In die Erziehungs- und Unterrichtsplanung werden die Kulturgüter, die Anregung der Familien und der Umwelt sowie die Angebote der verschiedenen Institutionen des Landes einbezogen. Auch dieser Passus wird aufrecht bleiben, genauso wie der Hinweis auf das demokratische Zusammenleben. Aber ein besonderes Kernziel ist immer noch, dass sich die Schule in der Erziehung dafür einsetzt, dass das Kind den Wert der eigenen Gemeinschaft und der Muttersprache erkennt und darin gefestigt wird. Es ist für mich das Um und Auf, dass dieser Verweis als Zielsetzung erhalten bleibt. Wir werden dann im Zusammenhang mit der Artikeldebatte noch die Möglichkeit haben, darauf einzugehen. Gerade im Zusammenhang mit Artikel 1, wenn es um die wesentlichen Zielsetzungen geht, hat es viele Auseinandersetzungen, Diskussionen und Streit in der Kommission gegeben. Dieser Punkt wird sicherlich einen Schwerpunkt in der Artikeldebatte bilden. Wie gesagt, hier geht es um grundlegende Neuerungen im Zusammenhang mit der Organisation und den Inhalten des Unterrichts. Deshalb ist es notwendig, sich damit auseinanderzusetzen. Auch deshalb hat sich die Kommission so gründlich damit befasst.

Ein weiteres Schwerpunktthema in der ganzen Diskussion war die Individualisierung und Personalisierung des Unterrichts. In diesem Landtag befinden sich einige ehemalige Lehrpersonen, wie beispielsweise Kollege Pius Leitner und andere, die Erfahrungen im Unterrichtswesen gesammelt haben. Auch ich - Kollegin Stirner Brantsch hat ursprünglich gedacht, dass das Schlagworte, Übernahmen aus dem deut-

schen Bildungsprozess und aus anderen europäischen Bildungsvorgaben wären - habe mit Grundschullehrern gesprochen, mich eingehend mit ihnen unterhalten und bin zum Schluss gekommen - das wird natürlich nicht für alle gelten -, dass wir den heutigen Unterricht absolut nicht mehr mit den damaligen Erfordernissen und Voraussetzungen vergleichen können. Ich denke an die Situation, in der wir noch Lehrer waren. Frau Stirner Brantsch war bis vor acht Jahren, Frau Kury war bis vor fünfzehn Jahren und Kollege Pahl und ich waren bis vor ungefähr fünfundzwanzig Jahren das letzte Mal im Schuldienst. Insofern sind viele Jahre vergangen. Aber ich habe tatsächlich gesehen und kann nachvollziehen, dass sich die Situation wirklich grundlegend geändert hat. Diesbezüglich bedarf es einer Reform der Schule. Dies ist vielleicht nicht so sehr in den Bergschulen der Fall, aber es gibt zum Beispiel auch Orte wie Aldein, wo es viele Ausländerfamilien gibt, weil sie dort gute Wohnmöglichkeiten haben. Es hängt vom Angebot der Gemeinden ab, wie die Wohngelegenheiten sind. Im jeweiligen Gebiet werden sie dann ihre Kinder in die Schule schicken. Gerade das Beispiel Aldein zeigt, dass in der Schulklasse beinahe ein Fünftel oder ein Viertel Ausländerkinder sind. Dies ist auch in manchen Talschulen der Fall. Der Gesamtunterricht in der Klasse ist nicht mehr notwendig, weil die Schüler ganz unterschiedliche Einstiegsniveaus haben. Man muss dem jeweiligen Niveau der Schüler gerecht werden, wenn man alle fördern will. Natürlich kommen dabei die Kinder der eigenen Muttersprache in der Förderung sehr häufig zu kurz, aber man kann die anderen Schüler nicht sich selbst überlassen und sagen, sie sollten sich in der Zwischenzeit mit dem Malen oder dem Anschauen von Bildern beschäftigen. Man muss die Schüler bildungsmäßig dort abholen, wo sie sich befinden. Dieser Satz eines erfahrenen, lang gedienten Lehrers, der diese Umstellung vollzogen hat, ist mir in Herz und Verstand haften geblieben: Man muss alle Schüler dort abholen, wo sie sind. Wir haben allerdings eine ganz andere Situation erlebt und die praktische Herausforderung nicht in der Weise mitvollzogen. Selbstverständlich ist es gerade in der Grundschule wichtig, dass sich die Lehrer darauf einstellen. Das verlangt unglaubliche Flexibilität von Seiten der Lehrer. Es bedarf unglaublicher Vorbereitung, Intensität, Verständnis ... Freilich, Frau Kollegin Stirner Brantsch, es gehört zu ihren Aufgaben dazu, aber dazu kommt die gesamte Dokumentation, verstärkte Beratungen, verstärkte Kollegialaufgaben, Schul- und Klassenratssitzungen, Lehrerkollegien, Elternsprechtage usw. Ich muss zugeben, dass die Lehrer heutzutage sehr viel größere Herausforderungen zu bewältigen haben, als es noch zu unserer Zeit der Fall war. Insofern, Herr Landesrat Saurer, ist es sehr wichtig - ich glaube, es hat diesbezüglich neue Verträge gegeben -, dass Sie uns darüber informieren. Nur zufriedene Lehrer können auch gute Lehrer sein! In der Schule gibt es sehr viele Idealisten unter den Lehrern, aber vom Idealismus allein werden auch die Lehrer nicht satt. Insofern ist es sicherlich ganz wichtig, dass dieser Mehrleistung in den Kollektivverträgen Rechnung getragen wird. Es ist eine Mehrleistung, die die Lehrer heute zu erbringen haben, auch wenn es die Ganztageschule in den deutschen Schulen nicht in jenem Ausmaß gibt, wie es beispielsweise im italienischen Schulwesen der Fall ist. In der deutschen Schule

gibt es wenige Ganztageschulen. Auch wenn es die Ganztageschule in der deutschen Schule kaum gibt, so ist es doch so, dass sehr viele Lehrer die Ganztageschule praktizieren, um die Kinder, die schlechte Voraussetzungen haben, in Bezug auf Sprache und Ausbildung soweit zu bringen, dass sie dem Unterricht in der Klasse folgen können. Die Lehrer müssen danach trachten, die schwachen Schüler oder die Ausländerkinder, die meinetwegen erst vor wenigen Monaten in die Schule gekommen sind, so weit zu bringen, dass sie in der Klasse alle mehr oder weniger das gleiche Unterrichtsniveau haben. Deshalb ist das untrennbar damit verbunden, dass die Mehrleistung der Lehrer in den Kollektivverträgen berücksichtigt wird. Die Lehrer müssen merken, dass ihre Arbeit und ihre Leistung honoriert werden, denn eine gute Schule gibt es nur mit guten Lehrern und guten Schülern, die man nicht einfach herzaubern kann. Die Lehrer kann man durch Ausbildung, durch günstige Voraussetzungen und durch das Honorieren ihrer Leistung soweit bringen, dass sie einen Ansporn haben. Sie sollten nicht den Eindruck haben, dass ihre Leistungen von der Gesellschaft nicht honoriert werden. Deshalb ist das ein sehr wichtiger Punkt. Wie gesagt, gerade im Kindergartenwesen und in der Grundschule müssen wir in allen Bereichen dem absoluten Umbruch Rechnung tragen. Insofern, Frau Kollegin Stirner Brantsch, habe ich durch eingehende Diskussionen mit Lehrern endlich verstanden, was die Begriffe "Individualisierung" und "Personalisierung" des Unterrichts konkret und praktisch bedeuten.

Einen wesentlichen Punkt bilden die Zusammensetzung und die Aufgaben des Landesschulrates. Wir wissen alle, dass Landesrat Saurer und möglicherweise auch Landesrätin Gneccchi bei den nächsten Wahlen nicht mehr kandidieren werden. Insofern werden Sie nicht mehr zuständige Landesräte für die Schulen sein können. Frau Gneccchi ist sich noch nicht sicher, aber man versteht schon, dass Landesrat Saurer diesen Gesetzentwurf unbedingt noch verabschieden will. Er hat diese Aufgabe übernommen, mit dem Vorsatz, die notwendigen Anpassungen zu tätigen und zumindest die Grundmauern bzw. das Fundament dafür zu legen. Dann müssen weitere Anpassungen erfolgen, so auch die Reform des Landesschulrates bzw. der Mitbestimmungsgremien insgesamt. Im Moment ist natürlich auch die Zusammensetzung des Schulrates schullastig. Jetzt bekommen auch die Kindergärten ihre Autonomie. Die Autonomie der Schulen wird auf die Autonomie der Kindergärten übertragen. Dem muss auch in den Mitbestimmungsgremien über kurz oder lang Rechnung getragen werden. Außerdem werden die Musikschulen im Rahmen der Wahlpflichtfächer bzw. der zukünftigen Wahlfächer in das Bildungswesen miteinbezogen. Wahrscheinlich kommt eines Tages die Erwachsenenbildung dazu. Es handelt sich um mehrere Bereiche, an die wir vielleicht heute noch nicht denken. Landesrat Saurer war nicht mehr imstande, diese Anpassungen zu tätigen, weil die Oberschulreform noch nicht absehbar ist. Wir wissen noch nicht, wann es dazu kommen wird. Ich sehe, dass meine Redezeit bald zu Ende geht. Es gäbe zu diesem Thema unglaublich viel zu sagen. Man sollte das Ganze nicht aus den Augen verlieren. Die Kindergärten bekommen zwar

ihre Autonomie, aber dass im Landesschulrat nur eine Kindergartenvertreterin vertreten sein wird, ist viel zu wenig. Das muss noch geregelt werden.

Ein letzter Satz sei mir noch im Zusammenhang mit der 20-Prozent-Regelung gestattet! Die Schulen können von den bisher 15 Prozent der verfügbaren Zeit nun 20 Prozent frei gestalten und darüber entscheiden. Ich ersuche, dass man die Zeit nicht bei den Kernfächern abzwackt. Irgendwo wird man sie wegnehmen müssen. Die Deutsch- und Mathematiklehrer mahnen an, dass man bei ihren Fächern nicht noch weiter kürzen sollte. Man ist nicht mehr in der Lage, das vorgesehene Programm durchzubringen, wenn immer mehr Zeit gekürzt wird. Deutschunterricht in der Oberschule besteht nicht in Form eines Frontalunterrichts aus Lesen oder Literaturgeschichte, sondern auch aus Sprechen, Schreiben, Übungen und Korrekturen. Man sollte hier mit viel Sorgfalt vorgehen und nicht aus den Augen verlieren, wie wichtig die Vermittlung, die Sicherung und der Unterricht der Muttersprache sind. Die jungen Leute sollten das Gefühl haben, wenigstens in einer Sprache sicher zu sein. Goethe selbst hat gesagt, dass nicht ein Leben genügt, um eine Sprache, die Muttersprache, wirklich perfekt beherrschen zu können. Das soll man sich zu Herzen nehmen und darauf achten, dass es für die Persönlichkeitsentfaltung und für das Erwachsenenleben unglaublich wichtig ist, dass sich die Leute in einer Sprache sicher fühlen und in einer Sprache gut ausdrücken können. Dann werden sie auch andere Sprachen mit viel mehr Freiheit und Offenheit lernen können.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zum gestern vorgelegten Omnibusgesetz sehen wir hier einen der gut diskutierten Gesetzentwürfe. Man muss tatsächlich feststellen, dass dieser Gesetzentwurf von den verschiedenen Gremien ausgiebig diskutiert wurde und dementsprechend viele Änderungsanträge präsentiert wurden. Ich weiß, dass Landesrat Saurer jetzt stöhnend sagen wird, dass wir ungefähr bei der 90sten Entwurfsvorlage angelangt sind. Insofern ist das ein Beweis, dass man sich bemüht, den vorgebrachten Einwänden Rechnung zu tragen. Das Ergebnis ist aus unserer Sicht aber noch nicht zufriedenstellend. Ich werde später darauf noch eingehen.

Mit gutem Grund, denke ich, diskutiert man ausführlich über Bildungsgesetze. Ich zitiere den vortrefflichen Vortrag von Rainer Brockmeyer, der bei der Anhörung darauf verwiesen hat, dass halb Europa eine Baustelle sei. In halb Europa reformiert man Schulen und versucht sie an die neuen Erfordernisse anzupassen. In Europa versucht man sich auf europäische Bildungsziele zu einigen. Es handelt sich um einen äußerst mühsamen Prozess, weil hier unterschiedliche Kulturen, das heißt englisch-germanische und italienisch-spanische, aufeinanderstoßen. Hier muss um einen Konsens gerungen werden, um in Europa in großen Zügen einheitliche Bildungsziele zu entwerfen. Mit gutem Grund bemüht man sich auch auf europäischer Ebene um eine Reform. Ich möchte Ex-Ministerin Schmidt zitieren, die auch Sie, Landesrat Saurer, letzten Samstag gehört haben. Sie hat uns allen eine bekannte Weisheit trefflich for-

muliert: Die heutige Schule beseitigt die Chancenungleichheit nicht, sondern setzt sie perpetuiert fort. Wer einen Funken sozialer Gerechtigkeit in seinen Adern fließen lässt, dem muss dieser Umstand absolut zu denken geben. Kinder von Minderbemittelten schaffen es auch durch die öffentliche Schule nicht, mit Kindern von bemittelten Eltern mitzuhalten. Kinder von Minderbemittelten verlassen die Schule früher mit schlechten Ausbildungen und haben in ihrem Leben geringere Chancen als Kinder von bemittelten Familien. Dieser Umstand sollte uns wirklich zu denken geben. Man muss alle Anstrengungen unternehmen, dem entgegenzuwirken. Insofern ist der europaweite Ansatz absolut positiv. Wir sollten aber auch in Südtirol über das Bildungswesen ausgiebig diskutieren, um einerseits Chancengleichheit zu schaffen und andererseits den jungen Leuten die besten Voraussetzungen zu bieten, um ihr Leben meistern zu können. Es war immer schwierig, das Leben zu meistern, aber in einer globaleren, pluraleren Gesellschaft ist die Findung des individuellen Weges noch schwieriger. Prof. Brockmeyer hat Qualifikationen aufgezählt, die den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln wären. Ich kann mich hundertprozentig damit identifizieren, wenn er sagt, dass wir die Einbindung in ein Wertesystem anstreben und den jungen Leuten Orientierung mitgeben sollten. Sie sollten die Fähigkeit haben, individuelle Selbstbestimmung auszuüben, und die Lust mitzubestimmen. Sie sollten sich die Fähigkeit aneignen, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen usw. Am Ende sollten natürlich auch ein bestimmtes Wissen vorhanden sein und die Fähigkeit, mit diesem Wissen umzugehen. Ich denke auch, dass die Fähigkeit, dieses Wissen zum Wohle aller Demokraten einzusetzen, wichtig ist. Wir könnten noch lange über diese Ansätze reden. Wir haben bereits anlässlich der Behandlung des Bildungs-Omnibusgesetzes über das Gesamtkonzept "Schule" diskutiert. Dabei hatte ich die Gelegenheit, meine Vorstellungen einigermaßen zu deponieren und die Rolle der Politik und der Schule zu definieren. Es gibt Tendenzen, die Politik aus der Schule auszuklammern. Gerade im Hinblick auf die Aufgabe der Schule, Chancengleichheit herzustellen, ist die Politik in der Schule selbstverständlich massiv gefordert. Es ist die Aufgabe der Politik bzw. unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Schule Chancengleichheit bietet bzw. zumindest den Weg dahin ebnet. Insofern ist die Politik eminent wichtig. Die Politik muss die Rahmenrichtlinien setzen, um dies zu erreichen. Sie muss kontrollieren, dass diese Prinzipien auch umgesetzt werden. Aber danach - das ist mein großer Wunsch - sollte sich die Politik zurückziehen und die Umsetzung dieser Prinzipien den autonomen Bildungseinrichtungen übertragen. Das wäre meine Vorstellung. Das würde bedeuten, dass sich die Politiker in dem Augenblick, in dem wir ein Bildungsgesetz verabschiedet haben, mehrheitlich auf die großen Bildungsziele einigen. Wir sollten diese Ziele per Gesetz klar definieren und anschließend formulieren, wie die Evaluation zu erfolgen hat. Den Rest können wir den autonomen Schulen delegieren. Ich verweise hier auf den Begriff "autonome Schulen" und nicht auf irgendwelche autonomen Sprachgruppenerfindungen. Die Delegierung der Rahmenrichtlinien an die Sprachgruppen ist in dem Konzept, das ich mir vorstelle, der falsche

Weg. Die Autonomie der Sprachgruppen darf nicht zum Alibi der Autonomie für Bildungseinrichtungen werden.

Ich wiederhole kurz noch einmal! Die Politik legt die Rahmenrichtlinien per Gesetz fest und setzt klare Regeln für die Kontrolle der Einhaltung und Umsetzung der Prinzipien. Danach sollte sie sich zurückziehen. Man hat sehr lange und ausgiebig, zum Teil auch in sehr positiver Form, über dieses Thema diskutiert. Bei der Anhörung gab es zwei exzellente Vorträge, die ich mir herausgesucht habe. Wir haben gemeinsam mit den Professoren Brockmeyer und Fiorin diskutiert, was sehr positiv zu bewerten ist. Lediglich das Ergebnis war mager. Im Grunde genommen waren wir nicht imstande, all das, was wir theoretisch alle verstanden und angestrebt haben, in ein Gesetz zu kleiden. Der vorliegende Gesetzentwurf ist zum einen hoch ideologisiert - Artikel 1 -, was für eine Konsensbildung schwierig ist, und zum anderen - vor allem ab Artikel 15 - inhaltlich leer. Man beginnt den Gesetzentwurf mit Ideologie - beinahe als Ablenkungsaktion, sollte man etwas Böses unterstellen wollen - und entleert ihn dann in der konkreten Umsetzung bzw. in den konkreten Formulierungen. Ich beginne mit Artikel 15. Auf Artikel 1 komme ich später zu sprechen, weil meine Redezeit knapp wird.

Artikel 15 ist aus meiner Sicht ein Knackpunkt von der positiven-theoretischen Diskussion bis hin zum Gesetz. Man tut nicht das, was ich mir vorhin gewünscht hätte, sprich klare Ziele ins Gesetz zu schreiben und den Bildungseinrichtungen dann freie Hand bei deren Umsetzung zu geben. Man tut hier im Grunde genommen nichts anderes, als hoch ideologisierte Phrasen ins Gesetz zu schreiben und der Landesregierung einen Blankoscheck für die Erstellung der Rahmenrichtlinien auszustellen. Ich bedauere das, weil Bildungsziele - damit sie auch fruchtbringend sind - auf den größtmöglichen Konsens angewiesen sind. Der Landtag sollte die Bildungsziele einigermaßen bindend und längerfristig formulieren. Wir können den Konflikt nicht auf eine andere Ebene verlagern. Das ist mein Problem. Die Rahmenrichtlinien sind hier sozusagen ein Blankoscheck und stehen - dies wurde schon bei der Diskussion im Landeschulrat gesagt - im Widerspruch zum Schulautonomiegesetz. Letzteres besagt in Artikel 5, dass das Land diese Curricula per Gesetz definiert. Im Jahre 2000 haben wir beschlossen, dass diese Materie durch ein nachfolgendes Landesgesetz geregelt wird. Dieses Nachfolgesetz sagt, dass diese Bereiche durch die von der Landesregierung erlassenen Rahmenrichtlinien festgelegt werden. Das nächste große Problem ist, dass zum ersten Mal per Gesetz festgeschrieben ist, dass die Festlegung nach Sprachgruppen getrennt erfolgt. Dieser Artikel 15 sagt es in der italienischen Version noch deutlicher: "... *approva distintamente per le scuole dei tre gruppi linguistici le indicazioni provinciali.*" Zum einen ist man nicht fähig, hier einen mehrheitlichen Konsens zu den Curricula zu finden und eine Aufgabe, die uns das Autonomiegesetz gestellt hat, umzusetzen. Zweitens besteht die aus Sicht der Grünen generell nicht die zukunftsweisende Absicht, das Schulsystem in Südtirol sozusagen in differenzierte Schulsysteme für die drei Sprachgruppen zu trennen. Das steht im Widerspruch zu dem, was vorher

gesagt wurde und was in vielen öffentlichen Diskussionen vorgebracht wurde. Ich erinnere Landesrat Saurer an KSL. Europa ringt um einheitliche Bildungsziele und wir in Südtirol schleichen uns aus der Verantwortung. In unserem Land mit kaum 500.000 Leuten schaffen wir es nicht, einheitliche Bildungsziele für unsere drei Sprachgruppen zu definieren. In Europa kämpfen die Engländer mit den Portugiesen und wir in Südtirol lösen das Problem, indem wir sagen: Das regelt die Landesregierung, und zwar Landesrätin Gneccchi für die Italiener, Landesrat Mussner für die Ladinier und Landesrat Saurer für die Deutschen. Das ist zum ersten Mal per Gesetz verpflichtend festgeschrieben. Ich empfinde dies als eine Bankrotterklärung für die Südtiroler Schule. Nach meinem Konzept gibt es eine Südtiroler Schule mit gemeinsamen Bildungszielen für alle. Natürlich sollte es kein Einheitsbrei sein, aber die Differenzierung der Umsetzung sollte aufgrund der Bedürfnisse der Schulen und nicht aufgrund der Sprachgruppen erfolgen. Ich denke, dass eine deutschsprachige Schule in Bozen vielleicht ähnliche Bedürfnisse hat wie eine italienischsprachige Schule in Bozen oder jedenfalls ähnlichere als die Grundschule in Sarnthein. Diese Differenzierung, für die ich sehr plädiere, muss auf Schulebene bzw. im Rahmen der Schulautonomie gestaltet werden. Nur bei einer Differenzierung - hier können auch die Schlagworte "Personalisierung", "Flexibilisierung" usw. erwähnt werden - ist es möglich, diese großen gemeinsamen Bildungsziele zu erreichen, indem auf die Bedürfnisse der Schüler eingegangen wird. Die Schulgemeinschaft hat die Verantwortung, die Bedürfnisse der Schüler zu berücksichtigen und sie zu den vereinbarten politischen Bildungszielen hinzuführen und zu evaluieren. Also ein Nein zum Missbrauch der Schulautonomie und für eine Autonomie der Sprachgruppen, weil das längerfristig für unser Schulsystem ganz schlimme Konsequenzen hat. Die Schulsysteme haben sich bereits voneinander entfernt. Wir wissen, dass es manchmal schwierig ist, miteinander zu kommunizieren. Aber im Hinblick auf eine Zukunftsfähigkeit müssen diese Schulsysteme aneinander herangeführt werden. Schüleraustausch, Lehreraustausch und gemeinsame Projekte sind die Zukunft. Wir können nicht sagen: "Ich pflege mein Gärtchen in Ladinien und du deines! Wir wollen nichts voneinander lernen, wir wollen gar nicht wissen, was du tust, weil wir nur für uns denken." In diesem Zusammenhang würde ich dafür plädieren, dass wir diesen Evaluationsbeirat zusammenführen. Es ist gerade im Hinblick auf die europäische Bildungsdiskussion absurd, dass die Deutschen die Deutschen evaluieren und die Italiener die Italiener. Die Deutschen kommen so zum Beispiel nicht in Kontakt mit dem, was in den italienischen Schulen positiv abläuft. Landesrat Mussner, von den ladinischen Schulen könnten beispielsweise Deutsche und Italiener sehr viel lernen, wenn sie sich einmal damit auseinandersetzen würden. Leider will man das nicht. Das scheint mir nicht europäisch und zukunftsfähig zu sein. Der Hauptpunkt meiner Kritik ist Artikel 15, und zwar in zweifacher Hinsicht, zum einen betrifft meine Kritik die Delegation nach oben und zum anderen die Trennung der Schulsysteme.

Artikel 17/bis verschlägt mir fast den Atem. Ich habe ihn gar nicht mitbekommen, da ich den Gesetzentwurf noch so, wie er im Landesschulrat und bei der Anhörung vorlag, in Erinnerung hatte. So wie besagter Artikel aus der Kommission gekommen ist, geht er, zusammengefasst oder spitz formuliert, in Richtung Auslagerung des Unterrichts an private Bildungseinrichtungen. Im Zusammenhang mit der Privatisierung - es ist einfach eine Ironie des Schicksals - muss ich feststellen, dass unter der Führung des "roten Otto" und der "roten Luisa", Ex-Sekretärin der GGL, ein Generalangriff auf die öffentliche Schule stattfindet. Ich kann das nicht nachvollziehen. Ich kann auch nicht verstehen, was der Hintergrund ist. Ich verstehe die Lobbys usw., aber ich möchte Sie ersuchen, über Artikel 17/bis noch einmal nachzudenken! Ich möchte darlegen, worin die großen Probleme liegen. Bei den Wahlfächern wird nicht alles in den Schulen angeboten, sondern man muss mit privaten Bildungseinrichtungen Kontakt aufnehmen. Meine großen Bedenken liegen darin, dass laut Artikel 17/bis Absatz 4 die Pflichtquote, also jener Teil, der für alle Schüler verpflichtend ist und unter die Bildungspflicht fällt, nicht mehr an den Schulen betrieben, sondern ausgelagert wird. Die Landesregierung akkreditiert dazu Bildungseinrichtungen.

Es ergeben sich eine ganze Reihe von Fragen, die im Gesetzentwurf nicht beantwortet werden. Wenn ich Schuldirektorin wäre, würde ich mir Gedanken über die Organisation machen, wenn der Erste in den Sprachunterricht von Alfa & Beta geht, der Zweite sich für das Turnen bei einem Turnverein entscheidet und der Dritte die Musikschule absolviert. Die erste ganz konkrete Frage ist, wie man organisieren will, dass individuelle Bildungsangebote draußen wahrgenommen werden können. Wie komme ich zu einer Gesamtbewertung dieser Person? Lade ich bei dieser einheitlichen und die gesamte Person betreffenden Bewertung dann den Direktor der Musikschulen, den Direktor des Turnvereins und den Direktor des Sprachinstituts ein? Veronika, die Pflichtquote der Bildungspflicht wird hier de facto ausgelagert! Ich habe zuerst auf die organisatorischen Probleme bzw. auf die Bewertungsprobleme hingewiesen. Die nächste Frage lautet, wer diese Zusatzeinrichtungen bezahlt. Bezahlen das die Schüler selbst? Wenn es im Rahmen der Bildungspflicht liegt, werden es die Schüler wohl hoffentlich nicht bezahlen müssen. Das steht nirgends geschrieben. Wenn die Schüler dafür nicht bezahlen, dann werden die Kosten indirekt von der öffentlichen Hand übernommen, weil diese akkreditierten Bildungseinrichtungen ihren Dienst logischerweise nicht gratis leisten. Nach geleistetem Dienst werden die Bildungseinrichtungen am nächsten Tag in der Früh das liebe Land bitten, diesen Dienst zu 100 Prozent mit Beiträgen abzudecken. Wie würden sie auch dazu kommen, die Schulpflicht sozusagen zu ihren Lasten zu erfüllen! Letztendlich haben wir ein öffentliches Bildungssystem mit einer bestimmten Finanzierung. Können wir uns diese Bildungseinrichtungen überhaupt leisten bzw. können wir es uns leisten, zwei Bildungssysteme parallel zu finanzieren? Ich halte diese vage Formulierung für äußerst gefährlich. Ich stehe nicht allein mit dieser Meinung da. Ich ersuche Landesrat Saurer, Landesrätin Gnechchi und Landesrat Mussner, noch einmal darüber nachzudenken und hier Klarheit zu schaffen,

worum es geht. Dass das Wahlangebot außerhalb der Pflichtquote an akkreditieren Bildungseinrichtungen stattfinden kann und von diesen angeboten wird, könnte ich sehr wohl akzeptieren. Es ist aber unsinnig, dass jede Schule einen Fotokurs, einen Ballettkurs und dergleichen anbietet, wenn diese Kurse den Bedürfnissen der Schüler entgegenkommen. Aber, bitte Hände weg von der Pflichtquote! Sonst können wir gemeinsam das hohe Lied der Privatisierung singen, und zwar in einem Bereich, in dem allgemein bis hin zu Mitte-Rechts gesagt wird, dass zumindest Garantien für einen einheitlichen Qualitätsstandard in der öffentlichen Schule gewährleistet werden müssen. Soweit zu den ganz großen Einwänden, welche Artikel 15 und Artikel 17/bis betreffen. Ich möchte Sie ersuchen, noch einmal darüber nachzudenken und eventuelle Änderungsanträge bis zum Dienstag einzubringen.

Zwei Dinge noch zur Methode! Es handelt sich um die 70ste oder 90ste Fassung. Ich weiß nicht mehr genau, wie viele es waren, da es ein "work in progress" war. Am Dienstag sollte dieses "work in progress" jedenfalls abgeschlossen werden. Sehr unangenehm ist aufgefallen - das ist jetzt nicht meine Kritik, sondern die Kritik der Gewerkschaften, aber auch des Landesschulrates -, dass Texte, die mit den Sozialpartnern vereinbart worden sind, wieder einseitig geändert wurden. Diese Vereinbarungen wurden loyal durchgehalten und der Landesschulrat, aber auch die Gewerkschaften haben zum Großteil ein positives Gutachten abgegeben. Das ist keine gute sozialpartnerschaftliche Praxis. Deswegen sollte man wieder zum ursprünglichen Text zurückkehren. Das bezieht sich vor allem auf jenen Passus, der besagt, dass die Pflichtcurricula einen Wahlbereich in den Schulen vorsehen können. Die Schulen hatten hier Autonomie und konnten diese Curricula mit dem Wahlbereich ergänzen. Dann ist hier aber die Autorität darüber gefahren und der neue Artikel 15 besagt, dass die Rahmenrichtlinien des Landes einen Wahlbereich vorsehen können. Somit ist die Kompetenz von der Schule auf das Land übertragen worden, was dem widerspricht, was ich versucht habe darzulegen. Das Land möge sich bitte zurückziehen! Über die Organisation und das Angebot der Schule sollen die autonomen Schulen entscheiden. Wir möchten im Konsens mit Gewerkschaften und anderen ersuchen, die neue Version des Passus laut Artikel 15 Absatz 5, die in der Kommission getroffen wurde, wieder rückgängig zu machen. Die Autonomie der Schulen sollte nicht beschränkt werden, sondern den Schulen sollte Verantwortung und Kompetenz übertragen werden. Erst wenn sie die Kompetenzen für etwas haben, werden sie auch die entsprechende Verantwortung dafür tragen.

Ich habe bereits gesagt, dass Artikel 1 hochideologisiert ist und sehr viele Reizwörter enthält. All das, was von Kollegen Pahl und Frau Klotz aufgezählt wird, wie der Verweis auf die lokale Geschichte, die christlichen Wurzeln usw., ist im Grunde genommen ein Sturm im Wasserglas. Die Schule wird sich in dieser Hinsicht nicht ändern, aber die Signale erschrecken. Ich würde wetten, dass keine einzige Schule jetzt ihr Verhalten ändern wird, nur weil diese Wörter in Artikel 1 enthalten sind. Ist es der Mühe wert, diesen Sturm im Wasserglas heraufzubeschwören? Könnte

man - das wäre meine nächste Bitte - den Artikel 1 nicht streichen, wie es schon der Landesschulrat gefordert hat? Ich weiß, dass in einem Gesetz Ziele formuliert werden müssen, aber wir wissen alle, dass diese ganz generellen Ziele in dem Augenblick konzipiert wurden, in dem man einen größeren Wurf starten und auch die Oberschulreform in dieses Gesetz miteinbeziehen wollte. Jetzt werden für beide Bereiche, sowohl für den Kindergarten als auch für die Unterstufe, die Ziele eigens definiert, während aber die generellen Zielsetzungen fehlen, da die Oberschulreform nicht mehr im Gesetz enthalten ist. Könnten wir nicht auf die Formulierung der Ziele bzw. auf den ideologischen Ballast verzichten und Echauffierungen und Aufregungen vermeiden, indem wir sie einmal kurz weglassen? Soviel zu Artikel 1! Er bringt nichts außer ein Schattenboxen und lenkt von den wesentlichen Dingen, die tatsächlich anzugehen wären, ab. Es gibt viele Detailfragen, zum Beispiel, wie die Unterrichtszeit berechnet wird, ob es eine Pause geben soll usw. Dieses Stundenkontingent betrifft vor allem die Kindergärtnerinnen. Was heißt das für die Kindergärten? Bedeutet das, dass beispielsweise das Angebot von 7 reduziert werden muss? Diese vielen kleinen Detailfragen möchte ich dann in der Artikeldebatte behandeln, weil ich die letzte Minute meiner Redezeit noch für einen Appell verwenden möchte.

Das, was wir jetzt reformieren, ist ein kleines Stückchen. Es ist positiv, dass der Kindergarten an die Unterstufe herangeführt wird. Es ist höchste Zeit, dass der Kindergarten seine Autonomie hat. Vielleicht erleben wir es noch, dass auch die Berufsbildung eine Autonomie bekommt. Die primären Kompetenzen des Landes sind bei dieser Autonomiegewährung nicht unbedingt sehr großzügig, auch das eine Ironie des Schicksals! Die Kindergärten haben jetzt eine Autonomie, Kindergarten und Unterstufe sind besser verknüpft. Beschränken wir uns darauf, keine großen ideologischen Debatten zu führen, sondern diese beiden Bereiche so gut und so konkret wie möglich per Gesetz zu lösen! Wir sollten darüber nachdenken, worauf die Direktoren verwiesen haben. Ich denke an den Blankoscheck im Zusammenhang mit der Rahmenrichtlinie, den wir streichen sollten. Wir sollten einige Prinzipien festschreiben, wie es Artikel 5 des Schulautonomiegesetzes vorsieht. Wir sollten auch daran denken, die Verpflichtung der Trennung des Schulsystems herauszustreichen. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir wirklich Teile der öffentlichen Schule in private Hände auslagern wollen. Das sind die großen Wünsche, die ich hier deponiere. Ich hoffe, dass sie ein offenes Ohr finden.

URZÌ (AN): Abbiamo indicato i vizi e le virtù di questo disegno di legge già nel corso dell'articolato dibattito che si è svolto in commissione che, bisogna pur riconoscerlo, si è trattenuta per lunga parte nelle spirali del vortice di un confronto che ha toccato livelli più alti, quelli di ordine etico e morale, attorno ai contenuti dell'articolo 1, che solo successivamente è entrato nei termini di proposte di legge che intervengono nel merito della ridefinizione di compiti, attribuzioni, doveri del sistema formativo altoatesino. Vizi e virtù abbiamo indicato in questo disegno di legge. Non ci sfuggono

gli uni, non ci sfuggono gli altri, in relazione anche ad alcune considerazioni che abbiamo scorto in questo primo scorcio del dibattito generale. Non ci sfugge come ci sia stato, nel processo di definizione di questo testo di legge, un mutato atteggiamento rispetto al riconoscimento di peculiarità legate all'altrettanto peculiare realtà altoatesina nelle sue differenziazioni. È un po' paradossale il dover prendere atto di essere calati in un sistema dell'autonomia che è fondato sul riconoscimento di diversi gruppi linguistici e che quindi è strutturato anche nelle sue forme istituzionali secondo questo schema che parte dal riconoscimento di comunità linguistiche diverse, poi il problema che non vogliamo affrontare in questa sede su come migliorare questo tipo di società in relazione alla struttura organizzata che lo Statuto di autonomia determina. Però la particolarità del dibattito che si è svolto è che il sistema dell'autonomia è fondato su questo tipo di riconoscimento, quindi delle diversità che trovano un momento di incontro e che nello stesso tempo, nell'ambito del dibattito su questa norma, sorprenda che questo tipo di peculiarità e particolarità venga in un certo qual modo recepito anche in termini di proposta di legge, in termini funzionali per quanto riguarda l'organizzazione del sistema formativo.

Riteniamo che tentare di dare risposte rispetto alle esigenze delle diverse situazioni altoatesine possa costituire, se ben sfruttata, una straordinaria opportunità per la nostra comunità. Certo deve essere ben sfruttata questa opportunità della distinzione della differenziazione di percorsi laddove strettamente necessari a dare risposte alle diverse esigenze della nostra comunità e dei diversi gruppi linguistici, così come delle diverse scuole. Quindi virtù è prendere atto di una condizione, riconoscerne le particolarità e tentare di offrire delle risposte, vizio è quello di non avere il coraggio necessario e sufficiente per assumere quelle decisioni piene che possano dare delle risposte definite e certe alle tante domande che si alzano nella nostra società. Una delle domande più importanti, e lo sappiamo come il nostro futuro può essere solo questo, è la domanda di una adeguata formazione nel campo della competenza linguistica. Una società plurilingue non può esserlo solo sulla carta o sullo statuto, una società plurilingue lo deve essere nel vissuto, nel sistema formativo delle future generazioni, dei giovani, quindi partendo dalla scuola deve offrire le risposte che la nostra comunità si attende.

Alcune indicazioni vengono date, sono particolarmente significative, non ci sfuggono, il dibattito si è articolato su questo anche in Commissione legislativa, quindi non credo di dovermi soffermare troppo sugli articoli in cui alcune indicazioni precise rispetto alle indicazioni provinciali rispetto alla compilazione dei curricula vengono offerte. Il vizio è dato da un ruolo che anche in questa legge assume preminente la Giunta provinciale a cui viene riconosciuto un ruolo che ancora una volta si dimostra prevalente rispetto al concetto di autonomia delle istituzioni scolastiche, che tutto coordina, tutto definisce e tutto può limitare, una Giunta provinciale nella quale gli equilibri di ordine non solo politico ma linguistico sono proporzionati rispetto alla consistenza dei gruppi linguistici sul territorio della nostra provincia, quindi prevalenti per quanto riguarda il ruolo di un gruppo linguistico sugli altri, Giunta provinciale che come

organo arbitro in un certo qual modo assume la prevalenza nelle decisioni. Ecco qui il limite per quanto riguarda il coraggio delle scelte che determinano le scelte definitive, quelle che possono realmente garantire una sterzata, un cambiamento concreto che affermi in senso pieno e assoluto lo spirito di quella norma che pure abbiamo approvato in questo Consiglio, la legge sull'autonomia delle istituzioni scolastiche che vorremmo fosse talmente tale come legge che conosce l'autonomia delle istituzioni scolastiche, ma sulla quale pesa e grava, come già avemmo occasione di ricordare a suo tempo, il condizionamento, il potere di interdizione, di veto, di indicazione da parte dell'organo politico della Giunta provinciale, autonomia delle istituzioni scolastiche che peraltro dicemmo già a suo tempo si ottiene piena nel momento in cui si riconosce per esempio anche autonomia di carattere organizzativo, di carattere finanziario, autonomia per quanto riguarda lo sviluppo di determinate politiche didattiche.

Vizi e virtù quindi in questa legge in cui si ha il coraggio di proporre delle visioni innovative, ma poi non si ha il coraggio sufficiente di dare con chiarezza il segnale di una volontà di profondo cambiamento del sistema formativo per lo meno per quanto attiene settori delicati come quello all'educazione alle competenze linguistiche della lingua seconda. Non sono fra coloro che necessariamente ritiene di doversi scandalizzare sul percorso binario per quanto attiene le indicazioni che attengono le diverse scuole dei diversi gruppi linguistici, se questo percorso binario è necessario e sufficiente per garantire le risposte alle diverse esigenze dei gruppi linguistici. Se questo fosse, sarebbe un po' equivoco negare il riconoscimento di una condizione normale della nostra economia che è data dalla collaborazione di diversi gruppi linguistici che evidentemente hanno la necessità di parlarsi, confrontarsi, verificare i punti di equilibrio, ma che chiedono anche che la necessaria organizzazione politica e organizzativa sia capace di rispondere ad esigenze particolari che un gruppo linguistico ha ma che non necessariamente l'altro gruppo linguistico ha. Sarà in un certo qual modo un percorso futuro ad indicarci se questo sistema binario può produrre effetti positivi o se al contrario ridurrà gli spazi delle opportunità per qualcuno e magari per i gruppi linguistici più deboli. Io auspico di no, auspico che ci sia una spinta di carattere morale alla riflessione sulla necessità di dare dei segnali concreti alle risposte della nostra società e della nostra gioventù.

Su questo argomento si deve procedere con grande attenzione ed equilibrio, anche ponendo le basi per ottenere il massimo delle garanzie, che non si debba avere il timore nel ribadire come il ruolo primario esercitato dalla Giunta provinciale può essere una limitazione di questa opportunità se la Giunta provinciale applica al suo interno un metro di valutazione che non è legato al riconoscimento delle diverse componenti linguistiche della stessa Giunta provinciale ma ha la determinazione, l'assunzione da parte della stessa maggioranza linguistica della Giunta provinciale del diritto a poter decidere sulla minoranza. Questo è il problema cardine, chi decide su che cosa. Sul principio possiamo esprimere una valutazione di base positiva, un'apertura di credito, poi i principi devono essere applicati, e ad applicarli sono le persone, le parti politiche

nelle loro consapevolezze e nelle loro convinzioni. Se riconosciamo il diritto delle comunità linguistiche a poter seguire percorsi che diano risposte ad esigenze diverse, nell'auspicio di una costruzione di una società plurilingue che dialoga, non possiamo che alzare il monito ai soggetti politici affinché non prevalga poi, nel momento della sede decisionale attribuita in questa sede ancora una volta alla Giunta provinciale, la logica del gruppo etnico e del conto dei pesi e dei contrappesi dei gruppi etnici nella determinazione delle scelte, perché se un gruppo attraverso questa norma vede riconoscere a se stesso il diritto per decidere anche sull'altro gruppo, andiamo ad incidere profondamente sul principio dell'autonomia in senso generale e applicata alla scuola, che ha la necessità invece di essere rivendicata con forza dalle istituzioni scolastiche, ma mi viene da aggiungere, dei rispettivi gruppi linguistici. Non ci siano atti di forza, non ci sia la tentazione di poter riconoscere a se stessi un diritto, in quanto maggioranza di un gruppo linguistico, di poter comunque incidere in maniera profonda, radicale, sulle decisioni fondamentali che attengono l'altro gruppo linguistico. Altrimenti di cosa stiamo parlando? Autonomia di che cosa? Del gruppo linguistico italiano, nel caso specifico come gruppo di minoranza, o del gruppo linguistico ladino nel poter determinare che cosa per se stessi? A cosa servirebbe il sistema binario, l'indicazione di questo percorso, l'indicazione della possibilità di sviluppare didattiche nuove? E mi fa piacere che nel disegno di legge si sia superato il concetto delle sperimentazioni introducendo altri concetti che attengono invece l'introduzione di percorsi didattici. Bisogna superare il concetto della sperimentazione per cui tutto in Alto Adige, soprattutto nel campo della didattica linguistica, è affidato ad una continua sperimentazione di un modello, ma incominciare a tradurre questi modelli in didattiche ormai accertate nella loro valenza. Speriamo, dato che un ampio dibattito ha incominciato ad articolarsi su questo tema, il disegno di legge parla di "progetti innovativi", quindi non più di sperimentazioni, dice l'art. 14 che, data la particolare situazione linguistica in provincia di Bolzano, il primo ciclo di istruzione assicura lo studio della madrelingua tedesca o italiana, della seconda lingua nonché l'apprendimento di nozioni fondamentali della lingua inglese e che al fine di migliorare le conoscenze plurilingui delle alunne/degli alunni, le scuole possono avviare progetti innovativi. Io auspico che questo tipo di scelta lessicale voglia significare il superamento della provvisorietà, per cui tutto sembra, tutto sommato, qualcosa ancora da verificare anche in termini di importanza. Quanto è importante comprendere e imparare la seconda lingua? Quindi sperimentiamo questa o quella formula. Dobbiamo uscire, a 60 anni dall'introduzione dello statuto di autonomia, dalle fasi delle sperimentazioni e riconoscere un problema della nostra società, che è quello dell'apprendimento e della competenza nella seconda lingua, e dare delle risposte definitive. Ecco perché apprezzo la scelta lessicale dei progetti innovativi dell'insegnamento delle lingue rispetto all'ormai stanca utilizzazione del concetto della verifica su quali sperimentazioni sia meglio introdurre. Certo qui non c'è scritto in cosa consistono i progetti innovativi. Si è aperto un grosso dibattito nella nostra società, se è vero come è vero che anche in questa campagna elettorale per delle

elezioni politiche che sono lontane per certi versi da tante delle nostre questioni locali, esponenti autorevolissimi della maggioranza politica hanno fatto affermazioni importantissime rispetto alla necessità di affrontare senza ambiguità, al di fuori di ogni tipo di equivoco, il problema della competenza linguistica come il primo dei problemi della nostra provincia. Ma come, parliamo di una società che cresce nelle sue opportunità che sono date peraltro da un sistema di autonomia fondata sul riconoscimento dei gruppi linguistici, opportunità che è necessario condividere e che devono crescere in una società che sa al suo interno costruirle, dialogando e comprendendosi, e poi teniamo a margine il problema fondamentale sul fatto in che lingua ci comprendiamo? Questo è il problema detto in maniera molto semplificata! In quale lingua ci si comprende? Esiste in questa nostra società una competenza linguistica autentica? Se il dibattito politico ci propone talvolta delle provocazioni forti come quelle avanzate in Comune a Bolzano, applichiamo i test linguistici per evitare che i ragazzini di un gruppo linguistico si iscrivano alle istituzioni dell'altro gruppo linguistico? E questo ci crea un problema, ma il problema alla radice da dove nasce? Dalla difficoltà di rintracciare nel sistema formativo altoatesino gli strumenti adeguati a garantire la crescita nella competenza linguistica nella seconda lingua! È mai ammissibile che in una società, e mi stupisce che il dibattito su questo argomento sia stato non sotto tono ma un po' clandestino, che al suo interno rivendica il diritto di poter crescere assieme, si debba ancora risolvere oggi nel 2008 il problema fondamentale su come riuscire a comunicare al suo interno, quindi come imparare la seconda lingua? Questo non è ammissibile, non è concepibile! Non è compatibile con un sistema di autonomia sana. Questo è il primo problema della nostra terra, non dico sia l'unico, e risolto questo si risolve la maggior parte dei problemi. Allora quali risposte diamo? Di indirizzo, legate all'indicazione di volontà di avviare progetti innovativi, di sostenerli certo con la spada di Damocle che pende. Vizi e virtù, la virtù sta nel prendere atto di una questione aperta, il vizio sta nel riconoscere e riattribuire ancora una volta alla Giunta provinciale in termini molto espliciti il diritto di poter intervenire su quella autonomia pure invocata su quelle istituzioni scolastiche, perché si dice che spetta alle scuole avviare progetti innovativi però poi è la Giunta provinciale che dice se si possono fare oppure no. Allora che autonomia è? Questo è il vizio che forse ha la necessità di essere compreso nella sua portata e di essere lentamente superato. Non bisogna avere paura, nemmeno nell'affrontare queste tematiche, come non hanno avuto paura autorevolissimi esponenti della nostra scena politica, che ne hanno parlato con grande franchezza, penso all'on. Brugger, non dico coraggio perché non ci dovrebbe essere coraggio in Alto Adige nel parlare del problema più evidente a tutti, che è quello della conoscenza della seconda lingua. Sarebbe sciocco dire che in Alto Adige ci si debba dare coraggio anche in Consiglio provinciale per parlare del primo problema come se nascondendolo non ci fosse. Abbiamo la volontà di affrontare il problema con senso di responsabilità. Quando si chiede alle diverse componenti politiche di trovare il momento di incontro, è proprio su queste tematiche che esiste una volontà ampia delle comunità di

trovare i punti di contatto! Perché non sfruttare queste opportunità che ci dà il buon senso della gente, di cui noi, in termini anche politici, dobbiamo essere rappresentativi? Intercettiamo il valore positivo della volontà delle nostre comunità di costruire un percorso diverso, un futuro dato dalla possibilità di rompere lo schema della separazione mentale che poi determina la separazione linguistica. A proposito di processi di formazione di una coscienza c'è un passaggio del disegno di legge in cui si fa riferimento agli strumenti didattici di sostegno per coloro che sono in situazioni particolari di difficoltà, e fra quelle vengono indicate anche le difficoltà di inserimento etno-culturale, per esempio ci riferiamo agli stranieri, e si danno delle indicazioni che aiutano a costruire un percorso. Ma in questo disegno di legge si deve avere il coraggio di comprendere come, a differenza di quanto vale per le comunità altoatesine autoctone, le comunità di immigrazione hanno bisogno di far leva su strumenti che non siano esclusivamente di carattere linguistico in quel caso, e l'etica non centra nulla. C'è la necessità di creare forme di formazione adeguate, riconosciute di mediatori linguistici o culturali, persone competenti nella lingua del destinatario, quindi l'immigrato, ma anche competenti nella lingua della scuola in cui l'immigrato svolge il suo compito di alunno, ma che abbiano competenze ulteriori che siano di carattere sociale e culturale, perché c'è bisogno, per le nuove comunità di immigrazioni, di entrare in contatto con la nostra realtà non solo sul piano linguistico, ma sul piano dell'integrazione dei valori della nostra società. Certo, questo è un tema di carattere spirituale che ha tentato di essere raccolto in maniera poco coordinata nell'articolo 1, forse in maniera poco adeguata a saper esprimere tutte le volontà, se è vero come è vero che è stato stralciato anche un concetto che aveva la necessità di essere mantenuto, all'art. 2, che è il riferimento alla nostra società come società plurilingue. Non è stato un bel segnale che la Commissione legislativa abbia cassato il riferimento alla nostra società come società plurilingue, perché c'è stata una maggioranza che si è espressa per dire no, non esiste una società plurilingue, non bisogna fare riferimento a questa società, e questo mi spaventa.

Ma torniamo al discorso immigrati, su cui c'è bisogno di fare un lavoro di assistenza, formazione, accompagnamento, che non sia esclusivamente linguistico. Bisogna formarli ai valori della società e della civiltà classica ai valori della società europea. Formulo meglio il concetto: bisogna permettere la creazione di un sentimento di appartenenza alla cittadinanza europea, che riconosca gli elementi di diritto e di identità sui quali si è formata la società europea e che hanno delle proprie radici, se non vogliamo anche in questo settore una condizione che è nelle cose. Le radici affondano nella cultura classica e nella civiltà cristiana. A queste nuove generazioni di futuri cittadini, che però hanno provenienze diverse, si devono affiancare personalità formative che non abbiano però solo competenze linguistiche. Non basta uno straniero che parla italiano o tedesco, è necessario uno straniero che vive in un suo contesto culturale, che sia accompagnato nei valori della società che ospita, perché sono proprio i ragazzini di

otto anni che sono i migliori educatori, formatori culturali nell'ambito delle loro famiglie.

E poi c'è il tema che affronterò in discussione articolata, perché il tempo è tiranno, legato all'affidamento a privati di una quota della formazione pubblica attraverso un subappalto che peraltro prevede un riferimento esplicito legato alle scuole di musica. Non c'è un adeguato piano di sostegno rispetto allo sviluppo per esempio delle scuole riconosciute di musica, i licei, le scuole medie musicali, c'è però il riconoscimento di funzioni di docenza nella scuola pubblica di strutture private. Noi non siamo fra coloro che dicono che non debbono esistere sistemi binari di formazione pubblica, di formazione privata, anzi proprio il contrario, credo che questo riguardi la libertà della scuola. Ma credo che questo crei una situazione un po' curiosa e tutta da verificare nelle prospettive e conseguenze nel momento in cui la scuola pubblica delega e subappalta parti del proprio impegno formativo a strutture terze private e nelle quali il personale docente non è necessariamente titolato in termini di qualità professionale per la docenza. Non posso pensare che questa prospettiva sia di miglioramento della professione, penso che sia dettata da altre regioni e forse bene ha fatto la collega Kury a porre una domanda semplice: chi paga? Quindi ci si dà risposta a queste altre ragioni e poi, per motivi diversi, a quelle per cui questo disegno di legge dovrebbe essere scritto, ossia quello di dettare obiettivi forti di carattere formativo. Approfondirò nel corso del dibattito sull'articolato.

Mi fermo qua per dire che questo disegno di legge propone aspetti positivi e aspetti critici, vizi e virtù che non mancheremo di rilevare nel corso del dibattito. Auspico un atto di volontà più forte avendo anche il coraggio della scelta, di una scelta di parte a favore della costruzione di una società plurilingue, penso alle parti del disegno di legge che riguardano la didattica della seconda lingua, di una scelta di parte, perché la parte maggiore della nostra società ci chiede questo, e se c'è una minoranza che non è una minoranza italiana, tedesca o ladina, ma è una minoranza sparsa, un po' di italiani, un po' di tedeschi e un po' di ladini, che vuole essere, rimanere e affondare nelle sabbie mobili di una società trasformata in un museo, non aiutiamo questa provincia a chiudersi in un museo! Cerchiamo di aprire degli spiragli, delle prospettive per il futuro, che partono dal riconoscimento degli strumenti adeguati formativi per le nostre future generazioni che hanno bisogno di questo, perché la questione della competenza della seconda lingua è la questione della competenza dell'Alto Adige. Tutto il resto viene dopo.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Ich möchte mich in meiner Stellungnahme auf zwei Punkte beschränken und mit Artikel 14 beginnen. Ich zitiere, was darin steht: *"Die Unterstufe baut auf dem von der Familie und dem Kindergarten eingeschlagenen Weg auf, fördert die Entfaltung der Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler und schafft die Rahmenbedingungen für ein ganzheitliches, fächerübergreifendes und dialogisches Lernen.* - ich zitiere weiter und betone - *Sie geht auf individuelle Stärken und*

Unterschiede ein, einschließlich jener, die durch Beeinträchtigungen bedingt sind, und schätzt Vielfalt als Wert." Dann möchte ich darauf verweisen, was der Schulamtsleiter gesagt hat und aus dem Bericht hervorgeht: *"Der vorliegende Gesetzentwurf sieht das individualisierte und personalisierte Lernen als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung und Ausbildung der Schüler. Dabei muss berücksichtigt werden, dass jedes Kind unterschiedlich, aber mit Erfolg lernen kann. Die Rolle des Lehrers ändert sich damit natürlich. Er muss sich bemühen, jedes einzelne Kind in der Klassengemeinschaft auf seinem individuellen Lernweg zu begleiten und weiterzubringen. Auch wird darauf verwiesen, dass schon seit längerer Zeit massiv in die Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals investiert wird."* Ich hoffe, dass gerade diese Punkte besondere Berücksichtigung finden, denn leider Gottes schaut die Realität in der Schule momentan anders aus. Ich möchte jetzt in meiner Stellungnahme absolut keine Schuldzuweisungen machen, möchte aber ein Fallbeispiel bringen, um aufzuzeigen, wie schwerwiegend manche Situationen sind. Ein Junge besucht die Volksschule und besteht die ersten fünf Jahre mit Ach und Krach. Er hat also große Schwierigkeiten, ist aber imstande, die Volksschule abzuschließen. Die Eltern machen die Lehrer immer wieder darauf aufmerksam, dass der Junge Schwierigkeiten hat. Die Lehrer sagen, dass der Schüler einfach etwas länger braucht und es schon irgendwie gehen würde. Das Kind hat nicht nur Misserfolgs- und zahlreiche Frustrationserlebnisse, sondern wird in der Klassengemeinschaft zunehmend isoliert. Er bekommt schlechte Noten und fällt irgendwann einmal dadurch auf, dass er den Klassenkasper spielt. Irgendwo muss er ja eine Möglichkeit haben, sich zu äußern oder sich bemerkbar zu machen. In der Mittelschule verschlimmert sich die Situation. Der Schüler wird aggressiv und die Situation wird immer schlimmer. Nachdem die Eltern darauf bestehen, dass etwas zu tun ist, wird nach einem fünfjährigen Leidensweg endlich die Diagnose des Aufmerksamkeitsdefizitsyndroms gestellt. Die Lehrer wissen nicht, wie sie damit umgehen sollen. Sie wissen teilweise gar nicht, worum es sich handelt. Der Schüler bekommt eine Funktionsbeschreibung und hat nicht einmal Anrecht auf einen Integrationslehrer. Er wird zwar betreut, aber zunehmend verhaltensauffällig, aggressiv und noch aggressiver. Er wird von Klassenausgängen ausgeschlossen und irgendwann einmal ist die Situation nicht mehr tragbar. Man ersucht die Mutter, den Schüler von der Schule zu nehmen und in irgendeine Institution zu geben, wo er betreut wird. Die Situation hat sich zunehmend verschlechtert und mittlerweile handelt es sich um einen 15-jährigen Jungen, der in eine psychiatrische Anstalt nach Österreich überwiesen werden soll. Das ist ein dramatisches Beispiel, aber es soll veranschaulichen, was passiert, wenn bestimmte Störungsbilder nicht rechtzeitig erkannt und behandelt werden. Wir haben ähnliche Fallbeispiele auch im Bereich der Teilleistungsstörung. Ich weiß, dass ich immer wieder dieselbe Thematik aufgreife, aber ich habe gerade letzthin sehr viele neue Fälle in Erfahrung gebracht. Das zeigt, wie groß der Handlungsbedarf in diesem Bereich ist. Ich möchte Artikel 12 des Landesgesetzes Nr. 20 aus dem Jahre 1983 zitieren: *"Jedes Kind hat ein grundlegendes Recht auf Erziehung und Bil-*

dung, das nicht durch Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigungen geschmälert werden darf." Wir haben zahlreiche Gesetze und Artikel, aber auch viele Aussagen, die immer wieder darauf hinweisen, dass Kinder dort abgeholt werden müssen, wo sie sind.

Ich habe bereits gesagt, dass die Realität eine andere ist. Wir haben leider Gottes auch im Bereich der Teilleistungsstörungen immer noch viel Unwissenheit. Was kann man tun, ohne eine Schuldzuweisung zu machen? Zu dieser Thematik haben bereits zahlreiche Gespräche mit Verantwortlichen des Schulamtes sowie dem Schulandesrat stattgefunden. Die von mir geleitete Arbeitsgruppe ist der Meinung, dass im Bereich Schule sehr viel getan werden muss. Es kann nicht sein - in der Volksschule ist die Situation etwas besser -, dass ein Lehrer oder eine Lehrerin nicht weiß, was eine Teilleistungsstörung ist. Ein Kind, welches dieses Störungsbild aufweist, wird dann womöglich als faul, unerzogen und verzogen abgetan, oder man sucht vielleicht nach Schwierigkeiten im Elternhaus. Man sieht aber nicht, dass dieses Kind überhaupt nichts für sein Verhalten kann. Deshalb geht es in erster Linie darum, eine ganz gezielte Fortbildungskampagne zu starten, welche verpflichtende Fortbildungen enthält. Es gibt sehr viele Lehrer, die sich engagieren und sich selbst auf den Weg gemacht haben, weil sie mit dieser Situation konfrontiert worden sind. Es geht in erster Linie darum, die Symptome zu erkennen und früh anzusetzen, denn die Sekundärstörungsbilder bzw. die Sekundärproblematik, die Komorbiditäten, die später irgendwann einmal auftreten, sind viel schwieriger in den Griff zu bekommen. Obwohl ich mich grundsätzlich gegen verpflichtende Fortbildungen ausspreche, muss ich sie in diesem Fall für notwendig erachten, damit Lehrer und Lehrerinnen fähig sind, mit dieser Situation umzugehen. Während des Studiums haben sie dies nicht gelernt. Früher war es nicht unbedingt ein Thema, jetzt ist es sehr wohl ein Thema! Lehrer sollen befähigt werden, die Symptome zu erkennen, damit eine Früherkennung möglich ist. Die Kinder sollten dann aufgefangen und dementsprechend betreut werden. Aber auch nach einer Diagnosestellung, wenn es zu einer Funktionsdiagnose oder zu einer Funktionsbeschreibung kommt, müssen Lehrer befähigt werden, mit dieser Situation umzugehen. Dafür brauchen sie die notwendige Unterstützung. Es bedarf einer größeren Vernetzung zwischen den Sozialsprengeln, Psychologen, Ergotherapeuten und Logopäden. Wir haben zwar die pädagogischen Beratungszentren - ich habe sie schon öfters erwähnt - in den verschiedenen Sprengeln bzw. Bezirken, aber sie sind personell dermaßen unterbesetzt und haben unterschiedliche Aufgabenbereiche, dass sie in keinsten Weise den wirklichen Bedürfnissen der Lehrer und Eltern nachkommen können. Was tut ein Lehrer, wenn er mit dieser Situation konfrontiert ist? Er ist überfordert. Es kann ein Teufelskreis werden, aus dem Eltern, aber besonders die Betroffenen, sprich die Kinder, überhaupt nicht mehr herauskommen. Ich möchte an die Verantwortung appellieren. Ich habe selbst 18 Jahre lang unterrichtet und muss zugeben, dass ich in jenen Jahren nicht mit dieser Problematik konfrontiert wurde. Mittlerweise ist es eine Problematik und ich glaube, dass sich die Lehrerschaft den veränderten Rahmenbedin-

gungen anpassen muss. Jetzt geht es darum, den Lehrern und Eltern eine Anlaufstelle zu bieten, an die sie sich wenden können. Ich habe schon ein paar Mal darauf hingewiesen, dass es absolut notwendig wäre, den Lehrern und Eltern Schulpsychologen zur Verfügung zu stellen. Herr Landesrat, ich weiß, dass Sie davon Kenntnis haben und daran arbeiten, aber es ist mir wirklich ein Anliegen, dass man nicht nur wichtige und schöne Sätze in den Bericht und in die einzelnen Gesetzesartikel schreibt, sondern dass man sie auch umsetzt und ernst nimmt.

Ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass ich an der letzten Versammlung des Landesbeirates der Eltern teilgenommen habe. Die größte Gruppe hat sich mit Lernschwierigkeiten von Kindern auseinandergesetzt. Dabei haben sich dramatische Szenen abgespielt. Mütter sind in Tränen ausgebrochen. Es gibt Familien, die an solchen Situationen teilweise fast zerbrechen. Wie ist die Weiterentwicklung? Die Weiterentwicklung endet wirklich damit, dass manche dieser Kinder - ich war auch in der Villa Winter - nicht nur soziale und familiäre Probleme haben, sondern auch psychische Probleme bekommen, und zwar aufgrund einer völlig fehlgeschlagenen Schulentwicklung. Deshalb müssen sich die Lehrer ihrer Verantwortung bewusst sein, aber auch jegliche Hilfestellung erhalten, um mit diesen veränderten Rahmenbedingungen fertig zu werden. Die Lehrer sollen nicht reine Wissensvermittler sein, sondern sollen sich mehr ihrer pädagogischen Aufgaben bewusst werden, dies nicht nur mit Hilfe der Integrationslehrer.

Ich möchte dazu nur eine kurze Bemerkung machen. Wir haben schon sehr oft darüber diskutiert, dass die Lehrer nicht genug ausgebildet sind. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, das mir vor zwei Tagen zu Ohren gekommen ist. In einer Oberschule in Meran ist ein ausgebildeter Sportwissenschaftler - was ja toll ist - beauftragt worden, - was dann weniger toll ist - zwei teilleistungsgestörte Schüler zu betreuen. Jetzt frage ich mich, welche Vorbereitung ein Sportlehrer oder ein Naturkundelehrer hat, um zwei Schüler zu betreuen, die meinetwegen nicht nur Teilleistungsstörungen, sondern auch andere Problematiken aufweisen. Irgendwo stimmt das Ganze nicht, deshalb noch einmal mein Appell: Wenn wir wollen, dass alle Kinder mitgenommen werden, wenn alle die gleichen Chancen haben sollen - Kollegin Kury hat von dieser Chancengleichheit zwar in einem anderen Zusammenhang gesprochen, aber auch das gehört zur Chancengleichheit -, dann müssen wir dazu beitragen, dass wirklich alle mitgenommen werden und kein Kind durch den Rost fällt. Soviel zu den schönen Wörtern "Personalisierung" und "Individualisierung". Ich möchte noch einmal meine Bitte anbringen: Denken Sie darüber nach, ob es nicht sinnvoll wäre, irgendwann einmal die Figur eines Schulpsychologen institutionell vorzusehen! Die pädagogischen Beratungszentren können diese Aufgabe der Beratung, der Vorbeugung, der Fortbildung usw. nicht wahrnehmen.

Ich möchte nun auf Artikel 17/bis betreffend die Anerkennung außerschulischer Bildungsangebote eingehen. Ich sehe diesen Punkt absolut nicht so dramatisch wie Kollegin Kury. Ich sehe das auch nicht als einen Schritt in Richtung Privatisierung

schulischer Dienste. Ich möchte das Beispiel Obermais, das ich schon ein paar Mal zitiert habe, bringen. Im Schulsprengel Meran/Obermais läuft das Experiment, dass eine Stunde an außerschulischen Tätigkeiten anerkannt wird. Es gibt genau festgelegte Kriterien, was unter die außerschulischen Tätigkeiten fällt. Man erkennt beispielsweise eine Stunde Musikschule oder eine Stunde Sport beim Fußballverein, beim Handballverein oder bei einem anderen Sportverein als Wahlpflichtfach an. Dieses Experiment funktioniert recht gut. Es ist nicht so, dass Dienstleistungen in der Schule bzw. ein Fächerangebot privatisiert werden sollen. Ich bin der Meinung, dass es der Schule dient, wenn sie Kontakt nach außen hat, wie zum Beispiel mit Sportvereinen, aber auch mit Musikschulen. In diesem Zusammenhang ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Der Artikel ist nicht genau definiert, was auch gut so ist, denn man kann es nicht jedem Verein überlassen. Ein Verein, der sich eventuell zur Zusammenarbeit mit der Schule anbietet, muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen und in gewisser Weise eine Akkreditierung vorweisen. Ich muss immer wieder das Beispiel Obermais zitieren, da es dort gut funktioniert. Es gibt mittlerweile eine mehrjährige Tradition in diesem Bereich. Die Sportvereine haben sich damit auseinandergesetzt. Es gibt Treffen zwischen Schule und Sportvereinen, aber auch Treffen zwischen Schule und Musikschulen. Dies erfolgt zur Zufriedenheit der Eltern. Es gibt eine Arbeitsgruppe, die die Modalitäten festlegen soll. Die Arbeitsgruppe arbeitet daran und besteht aus Vertretern des Schulamtes und der Sportvereine, welche meiner Meinung nach nicht ausreichend vertreten sind. Ich wäre der Meinung, dass es mehrere Vertreter der Sportgruppe in dieser Arbeitsgruppe bräuchte. Das habe ich bereits in einer Anfrage angesprochen. Es gibt dafür Möglichkeiten. Wieso sollte man diese Möglichkeiten nicht ausschöpfen? Ich sehe dies nicht als eine Beschneidung der Lehrtätigkeit und sehe auch nicht die Gefahr, dass die Qualität der Schule angegriffen wird. Meiner Ansicht nach ist es eine Chance, den Kontakt nach außen zu schaffen und Experten aus anderen Bereichen in die Schule hereinzuholen. In Obermais wird eine Stunde wöchentlich - das sind 34 Stunden im Jahr - anerkannt und das funktioniert gut. Ich würde auch einmal vorschlagen, Kollegin Kury, dass Sie sich mit der dortigen Situation näher befassen und mit der Direktorin sprechen, denn es ist ein tolles Projekt, welches dort durchgeführt wird. Ich teile auch nicht die Meinung der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang, die hier von einer Beschneidung der Schulautonomie sprechen. Es liegt im Ermessen der Schulgemeinschaft, diese Entscheidung zu treffen. Es ist nicht so, dass dieser Artikel den Schulen etwas aufoktroziert, so, als wären sie dazu gezwungen. Jede Schulgemeinschaft kann selbst entscheiden, ob sie diese Angebote wahrnehmen und sich außerschulische Partner suchen will oder nicht. Ich sehe hier keine Beschneidung der Schulautonomie.

Das wären eigentlich die beiden Punkte, die ich in meiner Stellungnahme hervorheben wollte. Ich möchte trotzdem noch etwas anbringen, was mir am Herzen liegt. Da wir momentan von der Schule und den Lehrern sprechen, möchte ich auf ein Ungleichgewicht verweisen, worauf ich bereits in der Vergangenheit einmal verwiesen

habe. Es geht um die Ungleichbehandlung im Zusammenhang mit der Pensionsregelung zwischen Lehrern, die an sogenannten staatlichen Schulen unterrichten, und Lehrern, die an den Landesschulen unterrichten. Die jetzige Situation kann keine Lösung sein. Sie trägt dazu bei, dass die Lehrer zusätzlich zur ganzen Arbeitsbelastung und zu den veränderten Rahmenbedingungen auch noch ein ganz hohes Frustrationspotential zu bewältigen haben. Ich kann es gut nachempfinden, dass man es einfach nicht einsehen, weshalb Berufsschullehrer 200 oder 250 Euro mehr an Pensionsentschädigung erhalten als Lehrer staatlicher Schulen. Wieso werden die Berufsschullehrer im Sommer voll entlohnt, während die Staatslehrer wieder auf das Gehalt zurückgestuft werden, welches der Staat vorsieht. Es gibt noch andere Dinge, die zu kritisieren sind. An Landesschulen ist die Vorauszahlung für die Abfertigung möglich, an Staatsschulen nicht usw. Dieser Bereich liegt in unserem Kompetenzbereich. Deshalb sollten wir uns dieser Angelegenheit annehmen, damit wir dieses Ungleichgewicht beseitigen können. Danke!

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: La seduta è sospesa.

ORE 12.52 UHR

ORE 15.04 UHR

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Proseguiamo con il dibattito generale sulla legge provinciale n. 147/07. Ha chiesto di intervenire il consigliere Leitner, ne ha facoltà.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich möchte zu diesem Gesetzentwurf ein paar Gedanken anbringen, weil es sich zweifelsohne um ein Gesetz handelt, das von enormer Bedeutung und Wichtigkeit ist. Wir haben bereits einige Diskussionsbeiträge gehört, die teilweise sehr kontrovers waren, weil man sich unter Bildungszielen verschiedene Dinge vorstellen kann. Nicht nur aufgrund der ideologischen Ausrichtung von Parteien, sondern auch aufgrund der grundsätzlichen Ausrichtung von Personen besteht hier zweifelsohne Diskussionsstoff in Fülle. Man kann mit verschiedensten Sichtweisen an dieses Thema herangehen. Der Gesetzentwurf

nennt sich: "*Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe*". Es geht also um die Kindergärten und um die Grundschulen. Dort wird das Fundament für die jungen Menschen gelegt, damit sie sich in der Gesellschaft und in der eigenen Umgebung zurechtfinden sowie das Erlernen, was man als Rüstzeug für das spätere Leben braucht. Ich möchte in diesem Zusammenhang einfach betonen, dass man - weil man von europäischen Bürgern und von der Hinführung zur europäischen Ausrichtung spricht - definieren müsste, was man wirklich darunter versteht. Europa stellt sich heute nach seiner Erweiterung und nach seiner grundsätzlichen Neuausrichtung nicht mehr so dar wie vor 15 oder 20 Jahren. Ich möchte hier nicht einmal so sehr vom Reformvertrag sprechen, sondern von einer Werteordnung, die dem Gebilde Europa zugrunde liegt. Man sollte klar definieren, was man darunter versteht, was man davon ableitet und nach welchen Kriterien man sich grundsätzlich ausrichtet. In diesem Gesetzentwurf sind zwar einige Ansätze gegeben, aber man hält sich sehr allgemein, sodass man alles und nichts hineininterpretieren kann. Das gilt auch für jene, die das Gesetz umsetzen müssen. Es bleibt sehr viel Interpretationsspielraum, wobei ich dazusage, dass ich als freiheitlich denkender Mensch nicht dagegen bin, dass man auch Spielräume haben soll. Die Zielsetzung aber muss so sein, dass sie auch eine allgemeine Verbindlichkeit in irgendeinem Sinne hat, gerade dann, wenn es um die europäische Ausrichtung geht. Die Verbreitung und Festigung der europäischen Gesinnung und Kultur, die auf christlichen Wurzeln aufbaut und ... Ich bin zwar kein Mitglied der Kommission, aber ich habe die Diskussionen im Vorfeld verfolgt und weiß, was in der Kommission vorgefallen ist. Es hat einen öffentlichen Disput um die christlichen Werte gegeben. Ich stelle dies ganz bewusst an vorderster Front. Wenn man von Europa spricht und das Christentum ausklammern würde, würde man die Geschichte Europas nicht so darstellen, wie sie sich entwickelt hat. Es ist sicherlich richtig und wichtig, dass dieser Verweis gemacht wird. Aber die Begriffe "europäische Gesinnung" und "Kultur" bedeuten nicht nur Christentum, sondern auch Aufklärung. Es sind also Werte, die nicht alle, die heute in Europa leben, zur Kenntnis nehmen, und nicht so leben, wie es sich die Gesellschaft erwartet. Ich spreche an diesem Punkt ganz klar das Problem "Mensch mit Migrationshintergrund" an, wie es heute schon so schön formuliert wurde. Um es klar auszudrücken, geht es um die Ausländer. Die Zahlen sprechen in diesem Zusammenhang eine klare Sprache. Was diesbezüglich auf Südtirol zukommt, wird teilweise verdrängt, teilweise unterschätzt und teilweise auch ganz falsch eingeschätzt. Die Zahlen allein belegen, dass man in diesem Bereich viel mehr tun müsste. Wenn das eintritt, was das ASTAT voraussagt, nämlich, dass im Jahre 2020 75.000 Ausländer in Südtirol leben werden, dann können wir in nur 12 Jahren mehr als eine Verdoppelung der heutigen Zahl feststellen. Das Jahr 2020 liegt nicht in weiß Gott welcher Zukunft. Der vorliegende Gesetzentwurf trägt den Herausforderungen, die mit dieser Problematik auf uns zukommen werden, nicht Rechnung. Wir haben diese Kritik schon einmal geäußert. Damals hat meine Kollegin Ulli Mair die Problematik anlässlich der Behandlung des sogenannten "Bildungs-Omnibusgesetzes"

ausgeführt. Entweder man hat den Mut dazu oder nicht. Ich weiß nicht, wie ich das formulieren soll. Ich verstehe nicht, dass man sich an einem Problem, welches auf der Tagesordnung steht und welches jeder sieht, so vorbeidrücken möchte. Es nützt nichts, noch so hehre Ziele in ein Gesetz zu schreiben, wenn wir nicht imstande sind, dieser Problematik ganz konkret zu begegnen und sie endlich in den Griff zu bekommen. Das fängt auch damit an, dass man denjenigen, die einer Sprache nicht mächtig sind, den Zugang zu den Kindergärten und zur Unterstufe verweigert. Wie soll das funktionieren? Wir haben heute in den Schulen einiger Gemeinden einen Ausländeranteil, der viel höher ist, als es die statistischen Daten der Ansässigkeit von Ausländern sagen. Salurn ist sicherlich das klassischste Beispiel, wo die erste Klasse Volksschule gleich viele Ausländerkinder wie einheimische Kinder besuchen. Kollegin Klotz hat es heute Vormittag schon gesagt. Ein Ausländeranteil von 20 Prozent ist keine Seltenheit mehr. Dies wird in Zukunft noch viel stärker zum Vorschein kommen, gerade in Tourismusgemeinden, wo ausländische Arbeitskräfte ansässig sind. Wir haben derzeit in Südtirol einzelne Gemeinden, in denen der Anteil der Ausländer viel höher ist. Aber wir werden morgen feststellen müssen, dass es eine grundsätzliche bzw. allgemeine Situation sein wird. Man hat keine Antworten darauf, wie man diesem Problem begegnen will. Meine große Sorge ist jene, dass die Kindergärtnerinnen oder die Lehrpersonen an den Grundschulen sich mehr oder weniger selbst überlassen sind und danach trachten müssen, wie sie mit dieser Situation zurechtkommen. Aus diesem Gesetz geht zu wenig hervor, dass man auch ganz klar auf die Ausbildung in der Muttersprache setzt. Das wird einfach hintangestellt. Es handelt sich aber um den elementarsten Punkt, den eine Minderheit, wie wir sie sind, verfolgen muss. In diesem Zusammenhang hat man keine Akzente gesetzt. Es gibt nur eine verschwommene Formulierung, unter der man sich alles und nichts vorstellen kann. Eine Bestimmung dieses Gesetzes verweist auf die Mehrsprachigkeit in diesem Lande. Es werden allgemeine Formen dargestellt, die nicht klar definiert sind und bei denen man befürchten muss, dass Artikel 19 des Autonomiestatutes verwässert wird. Man kann dies auch davon ableiten, dass die Südtiroler Volkspartei beispielsweise bei diesen Wahlen wiederum mit Kräften zusammenarbeitet, die eine Aushöhlung des Artikels 19 des Autonomiestatutes verfolgen. Man kann jetzt nicht so tun, als wäre man plötzlich blockfrei, weil man sich im Großteil des Landes zwar selbst präsentiert, aber wenn es darauf ankommt, nämlich im Senatswahlkreis Bozen/Unterland, mit Kräften kooperiert - das muss man den Menschen vor den Wahlen sagen -, die die Aushöhlung des Artikels 19 anstreben. Deshalb handelt es sich hier um eine Täuschung der Wählerschaft bzw. der Menschen in diesem Lande. Das steht in den Grundsatzprogrammen. Man kann nicht einmal dafür, das andere Mal weniger dafür und dann sogar dagegen sein. Diese Dinge sind klar auf den Tisch zu legen. Die Formulierung in diesem Gesetz lässt auch die Möglichkeit von Versuchen im Zusammenhang mit der sogenannten Mehrsprachigkeit, die in Richtung Aushöhlung des Artikels 19 gehen, offen. Das muss man einfach feststellen. Es handelt sich um einen Angriff auf unsere Autonomie. Und dabei spricht man noch von autonomie-

freundlichen Kräften! Welche autonomiefreundlichen Kräfte? Hier trifft sich die italienisch-nationalistische Seite mit den italienischen Linken voll und ganz. Da erkenne ich keinen Unterschied. Bei jenen, die den Artikel 19 aushöhlen, die Ansässigkeit unterwandern und auch den Nicht-EU-Bürgern nach fünf Jahren das Wahlrecht geben wollen, von autonomiefreundlichen Kräften zu sprechen, meine Damen und Herren, das ist Zionismus pur! Da öffnet man auf legale Art und Weise eine Unterwanderung der eigenen Identität bzw. der eigenen Volksgruppe. Diese Gefahr wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht gebannt. Man versucht nicht einmal ansatzweise, an diese Sache heranzugehen. Das finde ich äußerst bedenklich.

Wir haben in diesem Gesetz zwei grundsätzliche Ausrichtungen. Es geht einerseits darum, die eigene Kultur zu stärken, was wir für sehr wichtig erachten, und andererseits um das Kindergarten- und Schulpersonal, also die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten müssen. Ich denke, dass auch andere politische Gruppierungen mit diesen Themen konfrontiert werden. Wir erleben heute eine teilweise frustrierte Lehrerschaft, aber auch Kindergärtnerinnen, die vor Ort nicht selten allein gelassen werden. Sie müssen selbst mit der Situation und den Anweisungen klarkommen. Leider Gottes ist ein häufiges Phänomen in Südtirol, dass wir uns nicht trauen können, das zu sagen, was uns eigentlich bewegt. Das Schlimmste in einem Land ist, dass man Angst haben muss, die eigene Meinung zu sagen. Das gilt nicht nur für diesen Bereich, Landesrat Saurer, sondern das ist in Südtirol grundsätzlich der Fall. Die Menschen können nicht ihre eigene Meinung kundtun, da sie Angst vor einem System haben, in dem sie dafür bestraft werden könnten. Gerade in diesem Bereich ist die Situation besonders schlimm. Kollegin Klotz hat heute bereits darauf verwiesen, dass es in unserem Land viele Kolleginnen und Kollegen gibt, die zeitweise für kurze oder längere Zeit unterrichtet haben. Ich gehörte auch zu diesen Personen und habe nur vier Jahre lang unterrichtet, was schon sehr lange zurückliegt. Ich könnte mir heute beim besten Willen nicht mehr vorstellen, zu unterrichten. Das sage ich ganz klar und deutlich. Ich könnte mir das Unterrichten bei diesen ganzen Bestimmungen und Mitbestimmungsgremien nicht mehr vorstellen. Von Unterrichten im eigensten Sinn des Wortes kann man hier nicht mehr sprechen. So wie wir in der Sanität nicht mehr so sehr Ärzte, sondern Beamte haben, so haben wir auch in der Schule nicht mehr so sehr Lehrpersonen, sondern Beamte. Das ist das große Problem unserer Gesellschaft. Wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin nicht die Autorität hat, wirklich zu unterrichten, kann die Schule nicht funktionieren. Wenn man für alles und jedes eine Ausrede findet, wenn man Nachsicht haben und die Gesellschaft berücksichtigen muss, allerdings nicht mehr das Individuum als solches im Mittelpunkt steht, nämlich das Kind, dann haben wir ein Problem. Wie soll sich eine Lehrperson heute mit einem einzelnen Kind auseinandersetzen, wenn Zeit und Mittel dazu fehlen? Gerade der hohe Anteil an Ausländerkindern wird dazu führen, dass die eigentliche Aufgabe des Lehrers in den Hintergrund rückt. Die Kindergärten werden wahrscheinlich Experimentierfelder für das Erlernen der Sprachen. Wir haben genügend Beispiele, bei denen die Kinder im Kindergarten

weder Deutsch noch Italienisch sprechen können. Ich finde es richtig, dass man in der Gesetzgebungskommission dafür gesorgt hat, dass das Element des Spielens, welches im ursprünglichen Text gefehlt hat, hineingekommen ist. Heute darf man nicht mehr Kind sein! Man fragt sich, weshalb Jugendliche heutzutage im Alter von 14 Jahren schon mit Alkohol und Ähnlichem in Kontakt kommen und im Zusammenhang mit der Sexualität schon erwachsen sind. Die Antwort darauf ist, dass man den Kindern das Kind-Sein schon in frühester Zeit nimmt. Man gönnt dem Kind nicht mehr die Entwicklung als solches. Die Beispiele in der Gesellschaft sind nun einmal so, dass man nicht mehr Kind sein darf. Das ist schade! Den Jugendlichen fehlen dadurch elementare Erlebnisse in der eigenen Kindheit. Das heutige Gesellschaftssystem, bei dem beide Elternteile berufstätig sind oder dies aus finanziellen Gründen sein müssen, führt dazu, dass die Betreuung eines Kindes weder im Elternhaus, noch im Kindergarten, noch in der Schule stattfindet. Das sind die größten Herausforderungen, die ein kleines Land wie Südtirol nicht allein in den Griff bekommen kann. Es handelt sich wahrlich um eine internationale bzw. globalisierte Entwicklung, welche Probleme schafft, die wir in Zukunft zu bewältigen haben.

Ich möchte hier nicht ein altes, verklärtes Weltbild ausgraben. Wenn wir aber ehrlich sind, dann müssen wir zugeben, dass dieses System versagt hat. Das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein! Wenn wir gerade im Zusammenhang mit der Einwanderung die Augen verschließen, dann werden wir Situationen wie in den Niederlanden und in Frankreich bekommen, wo die Kinder in der dritten Generation kein Französisch können, wo Parallelgesellschaften entstehen usw. Die Anzahl allein lässt es erahnen. Man kann über diese Statistiken lächeln und sie ignorieren. Wenn wir aber lesen, dass im Jahre 2050 keine deutsche Großstadt mehr eine deutsche Mehrheit haben wird, dann kann man nicht einfach wegschauen und sagen: "Das sind die Bundesdeutschen, die uns nichts angehen." Bei uns geht die Entwicklung in die gleiche Richtung. Zu sagen, dass uns das nicht interessiert, und es einfach als von Gott oder Mohammed gewollt hinzunehmen, ist fahrlässig. Wir müssen uns fragen, in welche Richtung wir gehen und was wir unseren Kindern antun wollen!

Das Elementarste - und damit schließe ich meine Wortmeldung - ist die Muttersprache. Wir reden von Zweisprachigkeit und Mehrsprachigkeit, aber das Wesentliche für uns als Minderheit ist immer noch die Muttersprache. Wir haben im Landtag zwar Beschlussanträge vom Kollegen Pahl, von uns und anderen Kollegen genehmigt, aber was passiert in der Praxis? Wer spricht heute in Südtirol noch gut Deutsch? Ich beziehe mich nicht auf die Sms-Sprache, sondern auf ein gut gesprochenes Deutsch. Das oberste Ziel ist immer noch unsere Muttersprache und nicht die Mehrsprachigkeit, wobei ich dafür bin, dass wir mehrere Sprachen beherrschen, aber nicht Mehrsprachigkeit im Sinne von Vermischung usw. Wir konnten auch heute wieder ganz klar diese Diskrepanz, die hier besteht, feststellen. So sind beispielsweise die Kollegen der Grünen für die gemischte Schule. In diesem Zusammenhang stehen sich zwei Philosophien gegenüber, wobei niemand dagegen ist, dass die Menschen mehrere Sprachen

beherrschen. Aber wie man Sprachen lernt und wie man als Minderheit mit der eigenen Muttersprache umgeht, ist immer die Zukunftsfrage einer politischen oder ethnischen Minderheit. Davon abzugehen, wäre sträflich. Wenn man mit der Besinnung auf die eigene Identität nicht schon im Kindergarten beginnt, wird man darüber hinaus wenig Chancen haben. Dort wird der Grundstein dafür gelegt. Die Entwicklung beginnt zunächst in den Familien und geht von den Kindergärten über die Schule ins spätere Leben hinein. Wir müssen diese Dinge ernster nehmen, als es aus diesem Gesetzentwurf hervorgeht. Ich bemängle darin, dass man den beiden folgenden Argumenten zu wenig Rechnung trägt: der eigenen Muttersprache und der eigenen Identität sowie der massiven Zuwanderung und der damit zusammenhängenden Probleme in den Kindergärten und Schulen. Da müssen wir den Lehrpersonen und den Kindergärtnerinnen zur Seite stehen und sie nicht alleine lassen. Immer mehr Lehrpersonen müssen die Zeit, die sie eigentlich dazu verwenden müssten, die Kinder zu unterrichten, dafür aufwenden, um andere Kinder nachzuziehen, die die Sprache gar nicht kennen. Letztere kommen oft erst während des Schuljahres in die Klasse. Dann fehlt den Lehrpersonen oft die Zeit, um mit dem vorgesehenen Unterrichtsstoff fortzufahren oder auch Kinder zu betreuen, die aus anderen Gründen Lernschwierigkeiten haben. Wenn man von Integrationsunterricht spricht, hat man früher darunter den Unterricht von lernschwachen Kindern verstanden. Heute geht es dabei in erster Linie um die Ausländerkinder. Diese Situation hat sich gewaltig geändert und wirkt sich so aus, dass wir nicht mehr genügend Ressourcen haben. Somit macht man alles ein bisschen und schwindelt sich ein wenig durch. Wie gesagt, man muss die Lehrpersonen vor Ort tatkräftig unterstützen und sie nicht alleine lassen. Eines sind die Kinder, etwas anderes sind die Menschen, die unterrichten sollen. Aus diesen Gründen habe ich einige Vorbehalte gegenüber diesem Gesetz, auch wenn es insgesamt notwendig ist. Wenn man von Bildungszielen spricht, dann wird gerade in der Politik deutlich, in welche Richtung Parteien denken und wie sie ideologisch geprägt sind. Da gibt es natürlich Bruchlinien, keine Frage, aber alle sollten darum bemüht sein, unsere Kinder zu befähigen, in der sehr vielfältigen Gesellschaft von morgen zu bestehen, und zwar in ihrer Identität, aber auch mit ihrem Können.

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

ROSA THALER ZELGER

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda):

Ringrazio il collega Pasquali che mi ha ceduto il posto per poter parlare, perché poi devo riprendere le mie funzioni di presidente dell'aula, mentre in qualità di consigliere provinciale vorrei intervenire su questo argomento che merita tutta l'attenzione da parte di ciascuno di noi.

Vorrei iniziare dall'articolo 1 perché i colleghi che mi hanno preceduto, compreso il collega Leitner, hanno parlato della questione riguardante l'apprendimento delle lingue, quindi parto da qui. Nel disegno di legge c'è un accenno alla possibilità di sperimentazioni laddove queste sono limitate da due paletti che fra l'altro vengono messe sullo stesso piano, cioè che siano in accordo con lo statuto di autonomia e con le indicazioni della Giunta provinciale. Cioè la Giunta provinciale si mette sullo stesso piano dello Statuto di autonomia che è una legge costituzionale, sembra che la mania di grandezza della Giunta provinciale abbia raggiunto limiti troppo elevati!

Siamo d'accordo sul rispettare lo statuto, ma quando le scuole si muovono all'interno del dettato dello statuto, la Giunta provinciale dovrebbe rispettare maggiormente l'autonomia delle scuole. Ci sono delle leggi, dei quadri generali, non capisco da questo disegno di legge che cosa voglia dire autonomia delle scuole. Ho contato tutte le volte che viene rimandato qualcosa a decisioni della Giunta provinciale e ho notato che in 23 pagine per 39 volte altrettanti punti rimandano alle decisioni della Giunta provinciale. Sostanzialmente se si elencano via via le competenze della Giunta provinciale, la possibilità che la Giunta provinciale si attribuisce di intervenire sugli aspetti minimi della vita della scuola, credo che non si possa parlare di autonomia scolastica in provincia di Bolzano, ma di autonomia della Giunta provinciale di guidare quasi nei dettagli giornalieri la vita delle nostre scuole. Questo è un problema fondamentale nel senso che o cominciamo a pensare che questa autonomia, come tutte le altre istituzioni, riconosce il fatto che la sovranità è nei cittadini e cittadine e le istituzioni servono solo a regolare elementi che i cittadini o le istituzioni di grado più basso non riescono a regolare, altrimenti rischiamo di andare avanti con una dimensione dell'autonomia tutta concentrata in un centralismo della Provincia. Non è possibile aver combattuto contro il centralismo di Roma e poi ritrovarsi un centralismo della Giunta provinciale che non so se preferire a quello di Roma, perché a volte nei Ministeri ci sono dei funzionari che hanno una cultura giuridica ecc. molto più raffinata dei nostri funzionari. Credo che l'autonomia vada devoluta ai cittadini, alle scuole, vadano definiti dei contesti generali entro cui vada lasciata l'autonomia per tutto quello che deve essere lasciato alle scuole. Più di una volta a pagina c'è un riferimento al trasferimento di un potere, di competenze, di decisioni alla Giunta provinciale. Una cosa che mi fa meraviglia per esempio è che la Giunta provinciale si tiene addirittura il diritto di indicare le modalità per la valutazione degli studenti. Vuol dire che la Giunta provinciale potrebbe indicare alle scuole sulla base di quale griglia, perché sappiamo che la valutazione viene fatta attraverso una serie di griglie con varie voci ecc., effettuare la valutazione ed entrare nelle relative decisioni fino a questo punto. Ho l'impressione che questo sia un po' troppo.

Detto quindi che a mio parere basta e avanza il riferimento allo statuto di autonomia per quanto riguarda la questione della sperimentazione delle lingue, credo che sull'apprendimento della scuola in provincia di Bolzano vada fatta una riflessione seria. Nei giorni scorsi ho letto un certo dibattito fra esponenti diversi del partito della SVP. Ho visto che, pur dando colpa agli italiani, l'on. Brugger sarebbe favorevole a delle classi con insegnamento plurilingue, sulla generalizzazione del modello ladino, e che il presidente Durnwalder sarebbe favorevole a creare delle sezioni interamente in lingua tedesca nelle scuole italiane. Si può discutere su queste proposte, però bisogna dire che si presuppone che questi due alti esponenti della SVP riconoscono che qualcosa non va, che un passo va fatto nella direzione in cui si è già mossa l'università che fa del trilinguismo la sua caratteristica, il suo fiore all'occhiello, la scuola Claudiana anch'essa trilingue, e che questo passo va fatto arricchendolo nella direzione in cui tante scuole private e alcune pubbliche attraverso le sperimentazioni stanno facendo.

Si pone il tema di offrire su base volontaria a chi vuole, a chi si sente pronto questo tipo di insegnamento, lasciando intatta la scuola di madrelingua, ma offrire una possibilità di una scuola bilingue o trilingue, e intendo una scuola dove tutto l'ambiente sia bilingue o trilingue. Apprezzo molto le sperimentazioni che si fanno nella scuola italiana, anche perché ho l'esperienza di tre figli che sono passati attraverso queste sperimentazioni. Certo c'è un limite con la classe dove si parla molto più tedesco e attraverso un insegnamento veicolare che però sia collocata in un ambiente scolastico che resta tutto di lingua italiana. So che questo è quello che si è potuto fare per gli equilibri politici e per i consensi che si sono potuti trovare, però voglio testimoniare il fatto che c'è un limite in queste classi, le quali simulano una scuola quasi bilingue, ma il resto della scuola è monolingue, quindi c'è un contesto culturale e linguistico intorno che rende un po' forzato, artificioso questo innesco di sezioni bilingui, e chi conosce la scuola sa che il contesto è fondamentale. La scuola insegna innanzitutto se stessa, insegna nel clima e nel contesto culturale e linguistico che c'è nella scuola, cioè se un bambino fa geografia in tedesco ma poi esce e tutto l'ambiente è italiano, tutti gli si rivolgono in italiano, il bilinguismo non è un fatto naturale, spesso succede che questo bambino assume anche l'insegnamento in "immersione" come una ennesima materia, cioè mi fanno studiare geografia e me la fanno fare pure in tedesco e non capisco perché, dato che tutti qui sono italiani. È chiaro che queste sperimentazioni sono molto positive e va dato atto alla scuola in lingua italiana di essersi mossa e all'assessore di aver difeso e sviluppato queste sperimentazioni, ma tutti sappiamo che è solo un esperimento precario che è dato dalle condizioni politiche che ci sono oggi, ma che domani potrebbe cadere, perché se nella scuola un'esperienza per troppo tempo è limitata, vincolata e spesso dà luogo a frustrazioni, non si evolve naturalmente, è chiaro che il rischio che cada, per esempio per volontà politica o perché cambia l'assessore, è reale.

Da una parte ci sono già delle scuole superiori, l'università, la Claudiana, che sperimentano il bilinguismo apertamente, sono istituzioni che fanno del bilinguismo il proprio fiore all'occhiello, dall'altra parte più che si scende nelle classi d'età, più c'è il

richiamo alla questione del monolinguisimo, della strategia linguistica dei due tempi per cui prima apprendo la mia lingua e poi mi confronto con quella degli altri. Questo nuoce e non ha niente di scientifico. Noi abbiamo un sistema dove si fa la scuola trilingue, l'immersione totale all'università, ma tutte le ricerche scientifiche fanno molto meno fatica ad avvicinarsi alle lingue. Non mi potete dire che non è vero, perché su 35 consiglieri che siamo vorrei sapere quanti hanno mandato il proprio figlio all'asilo e alla scuola elementare dell'altra lingua! Sono convinto che anche chi difende a spada tratta la scuola in madrelingua, a casa si è arrangiato. Ho sentito discorsi della domenica in difesa della scuola di madrelingua da parte di persone il cui figlio l'ho incontrato nelle scuole dell'altro gruppo linguistico. Significa che noi abbiamo una visione per cui bisogna rafforzare la madrelingua, l'identità linguistica per gli altri, per il popolo, mentre ci sono alcuni pochi eletti che faranno carriera nell'economia, della politica ecc., che avviano i propri figli in questo zig-zag fra scuole italiane e scuole tedesche proprio per renderli degli adulti vincenti. A me non piace l'espressione "mi impadronisco della lingua", non mi piace l'idea della lingua come elemento di competitività economica e di carriera con gli altri, ma questo è un fattore. E molti che nella politica difendono ufficialmente la scuola monolingue, poi a casa fanno in modo di apprezzare i propri figli. Bisognerebbe smetterla con la scissione fra il personale e il politico, come diceva il movimento femminista degli anni 70. Non si può scindere fra etica pubblica ed etica privata. Ci vuole coerenza e se io per mio figlio vorrei l'insegnamento bilingue e magari lo mando all'asilo e alla scuola elementare dell'altra lingua, devo assumermi una responsabilità che questa sia una possibilità offerta a tutti. Ho fatto l'esperienza personale, perché si dice che va in crisi la lingua madre se sono troppo piccoli e quindi l'identità. L'identità lasciamola perdere, la lingua madre mi interessa. Conosco molti bambini italiani e tedeschi che hanno frequentato la scuola dell'altro gruppo linguistico. È vero, ci sono dei momenti in cui i bambini hanno delle crisi linguistiche, ma sono crisi di crescita, per affrontare lo scalino nuovo, perché la lingua non è mai un elemento che si può dare per scontato, quindi si ritrovano di fronte a saltare uno scalino per esempio nel cominciare a costruire frasi complesse nell'altra lingua, periodi con subordinate, interrogativi ecc., e in quel momento tutti i linguistici dicono che chi apprende, sia bambino che adulto, anzi adulto è peggio, si ferma, va nel panico, ha un momento di caos linguistico. Dura circa un mese in cui si confonde. E del resto tutti qui mastichiamo un po' dell'altra lingua e tutti abbiamo fatto questa esperienza di avere dei periodi in cui la motivazione nostra è più forte e allora siamo più in grado di parlare l'altra lingua, periodi in cui non riusciamo a spicciare una parola e ci disperiamo perché pensiamo di aver dimenticato tutto, e poi si ritorna. Ma tra crisi, tra alti e bassi, la curva dell'apprendimento va verso l'altro. L'esperienza dell'apprendimento della lingua tedesca l'ho fatta, quando avevo 30 anni, con parecchia fatica. Fra l'altro la lingua era il mio strumento di lavoro, perché sono giornalista. Da quando ho studiato in maniera intensiva il tedesco, ho imparato meglio la lingua italiana, perché le lingue si imparano nel confronto fra le strutture. Prendiamo la virgola. I ragazzi

fanno parecchi errori con la virgola, ci sono ragazzi italiani che sbagliano tutte le virgole, perché le mettono dappertutto come si fa in tedesco. Riflettere su come funziona la sintassi tedesca e quella italiana, rendersi conto del confronto ti fa capire. Io ho imparato a scrivere meglio in italiano da quando ho imparato a scrivere in tedesco, da quando studiavo la grammatica e la sintassi tedesca e cercavo di parlare con i miei colleghi del giornale in tedesco. Così si impara e si diventa cittadini di questa terra. È uno spreco di risorse, di ricchezze, di possibilità il fatto che noi per una questione ideologica vietiamo ai nostri figli di fare questo e costringiamo le famiglie allo zig-zag, alla sauna, doccia freddissima, doccia caldissima, asilo tedesco, elementari tedesche, medie inferiori italiane, poi ce la farà, poi non ce la farà! Poi si alza Ellecosta e si inventa strane cose che sono al limite della violazione della legge sulla privacy e se vengono fatte finiscono in tribunale, tipo quelle di dire che adesso si studia gli elenchi degli alunni per vedere quanti italiani ci sono nelle scuole di lingua tedesca. Sarebbe lo stesso discorso che qualcuno di lingua italiana volesse vedere quanti ragazzi di lingua tedesca sono iscritti nelle scuole italiane. Non so con quale criterio si possa accettare questo! Se qui esce un numero qualcuno può andare in Tribunale e fare accertare da un giudice come si è arrivati a quel numero, perché l'appartenenza "razziale", purtroppo l'appartenenza linguistico etnica è citata così nelle leggi, è un dato sensibile, e nessuno ha il diritto di sindacare se il signor Frasnelli o il signor Peterlini o il signor Magnago siano una persona di lingua italiana o di lingua tedesca, e nessuno ha il diritto di farsi dei censimenti privati sulla base dei quali fare proposte politiche ecc. Lo dico qui perché ci sono delle persone che sono compagni di partito di chi nei giorni scorsi ha fatto questo discorso. Avvertite queste persone che se viene fuori in dato numerico che pretende di essere preciso e basato su un'analisi di elenchi di iscritti di nostri bambini, non potrei tollerare che il nome di mio figlio sia stato manipolato in un partito e chiederei immediatamente al giudice di sapere come è venuto fuori questo numero, chi ha avuto gli elenchi, chi glieli ha dati e su quali basi una persona è suddiviso di lingua tedesca o italiana, perché è molto difficile stabilirlo da criteri così aleatori. Noi costringiamo la nostra popolazione, quelli che hanno bisogno come il pane di bilinguismo, a fare questo zig-zag che è diritto costituzionale. Nessuno glielo può togliere, la libertà di iscrizione - lo ha detto sempre anche il presidente Durnwalder - è un diritto assoluto che nessuno può violare. Io non sono d'accordo con quelli che in famiglia parlano solo italiano e iscrivono il loro figlio nella scuola tedesca. Conosco alcuni amici che sono stati "rovinati" da questa esperienza, che mi raccontano sempre di essere stati un anno intero a piangere, poi sono diventati cattivissimi perché hanno imparato. Ma è un'esperienza abbastanza dura che si può fare solo se già in casa c'è un certo bilinguismo, cioè con precauzione. Ma noi, visto che non possiamo vietare la libertà di iscrizione, costringiamo le famiglie all'arte di arrangiarsi, al bilinguismo "fai da te". E qual è la differenza fra l'istituire un'offerta bilingue pensata, fatta in collaborazione fra le due sovrintendenze ecc.? È che si hanno bambini italiani nella scuola tedesca e bambini tedeschi nella scuola italiana e che ce ne siano tantissimi. Non importa che Ellecosta conti

e vada a scartabellare negli elenchi che non so chi glieli ha dati, basta andare vicino alle scuole Goethe e sentire come parlano i bambini quando giocano nel cortile al momento della ricreazione, ci sono tanti bambini che parlano italiano, o alla scuola Pestalozzi nel quartiere Europa. Anche lì ci sono tanti bambini che parlano italiano. Andate a Silandro a sentire come parlano i bambini della scuola in lingua italiana! Se non sono cinesi parlano in tedesco. Qual è la differenza adesso? C'è stato un allegro e libero travaso nelle nostre scuole dell'obbligo. La differenza sta nel fatto che noi questo fenomeno lo vogliamo affrontare istituendo una scuola che fa di questo tema, dell'educazione bilingue il proprio tema fondamentale, quindi fa la didattica linguistica integrata, fa quello che io ho fatto da solo perché avevo 30 anni. Io ero laureato e avevo studiato latino e greco, e francese e inglese all'università, ma i bambini non sanno cosa è una struttura linguistica, li si mette in una scuola tedesca o italiana, succede che due ce la fanno e 5 affogano. Succede che si stressa la scuola, gli insegnanti, e questo è tutto giusto, ma la soluzione non è vietare questa cosa, perché questo è il bisogno di bilinguismo che è un fatto che noi dovremmo valorizzare anziché umiliare, ma lo si valorizza offrendo a queste famiglie e a questi bambini una scuola che faccia del confronto interculturale e interlinguistico la propria missione fondamentale. E questo si farà, ne sono convinto. Si possono anche piantare bandiere ideologiche in questa sala, ma una certa evoluzione della società non la fermate neanche se costruite un altro "muro di Berlino" a Salorno e Brennero. Non si ferma questo sviluppo della società. A parte le famiglie dove il marito e la moglie sono di due madrelingue diverse, ci sono sempre più famiglie che vogliono prendere da questa terra ciò che questa terra è in grado di offrire loro. Sarebbe come vivere qui e non essere mai stati a fare una passeggiata in montagna, sarebbe come vivere qui e non essere mai stati a Innsbruck, Vienna o Trento. Questa è una terra che offre tante possibilità, se le sappiamo sfruttare. Queste famiglie, questa società le vuole queste possibilità! Quindi io capisco centellinare le parole ecc. però mettetevi la mano sulla coscienza: qui c'è troppa gente che parla in un modo in pubblico e in privato fa un'altra cosa. Tutti hanno diritto di fare quello che quelli in privato fanno, cioè dare un'educazione bilingue per i propri figli. E questo è il compito primario della nostra scuola, mentre qui viene messa come se fosse un problema.

Poi dite che i ragazzi odiano il patentino, che ci sono un sacco di bocciati. Se anche voi, quando in uno dei primi articoli sulla scuola primaria c'era scritto che si deve tener conto, ossia "Rechnung tragen", della realtà plurilingue della nostra terra, avete cancellato questo passaggio in commissione legislativa! È vergognoso che si cancelli la citazione del fatto che questa è una terra plurilingue. Se noi raccontiamo questa cosa sull'asse Berlino-Palermo non ci crede nessuno. Nessuno crede che una commissione legislativa ha cancellato la constatazione che qui c'è una realtà plurilingue, e poi avete messo altre due o tre radici cristiane, non ne bastava una sola! Avete introdotto una cosa ideologica, astratta, una bandierina che nessuno ha chiesto di inserire, fra l'altro in maniera talmente esclusiva, perché certo ci sono le radici cristiane in

Europa, come quelle dell'ebraismo. I numeri che voi usate li hanno portati gli arabi che li avevano presi dagli indiani, per esempio! Aristotele, attraverso la cui logica molti nella politica continuano a ragionare - per esempio è logica aristotelica quella di dire "o madrelingua o seconda lingua" - Aristotele lo hanno salvato gli islamici! E scusate la battuta. Avete messo questa forzatura di cui a me importa poco, però avete cancellato il fatto che la scuola deve fare i conti con la realtà plurilingue. Ma chi ci crederebbe in giro per il mondo?

Avevo tante altre cose su cui parlare, ma mi interessa talmente tanto questo che ho dedicato tutto il tempo, e adesso concludo. Se ci si vergogna del fatto che siamo una realtà plurilingue, se si fa finta "vizi privati e pubbliche virtù", qui siamo al rovescio, "vizi pubblici e virtù private", perché quelli che parlano di impedire la scuola bilingue poi mandano i figli nella scuola dell'altro gruppo linguistico. Fanno bene privatamente e lo vietano a tutti gli altri. È chiaro che poi inventate la storia delle indicazioni separate per gruppo linguistico. Non capisco come mai sulla questione della valutazione, degli orari ci devono essere indicazioni separate per gruppi linguistici. Togliete questa cosa, perché separati per gruppo linguistico lo potete fare anche se lo togliete, ma se lo scrivete siete obbligati a farle separate. Togliete queste parole "separate per gruppo linguistico" un po' perché è vergognoso, è un'ammissione di impotenza e di incapacità di lavorare insieme, ma nessuno vi toglie come Giunta provinciale di fare queste indicazioni. Questo è l'indicatore di qual è l'idea di questo territorio in cui viviamo. È un'idea che è rimasta alle vecchie trincee o è l'idea di un territorio moderno, autogovernato che non ha paura di nessuno e che usa tutte le proprie possibilità, innanzitutto il bilinguismo e il trilinguismo, per creare dei cittadini europei, per essere davvero un'esperienza avanzata in Europa. Purtroppo prevale ancora l'idea che qui ognuno ha un gruppo linguistico, prevale la logica di gruppo che è rimasta aristotelica, che si vieta di pensare con le categorie della logica della cittadinanza moderna ed europea.

PAHL (SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass ich die Aussagen der geschätzten Kollegin, Frau Dr. Klotz, in jedem Punkt teile und darum in meiner eigenen Stellungnahme darauf nicht mehr Bezug nehme. Alles, was sie gesagt hat, erkenne ich ausdrücklich als richtig an.

Wir haben bereits in der Gesetzgebungskommission zu dieser Frage oft und ernsthaft gesprochen. Landesrat Saurer hat sich nach sehr vielen Diskussionen mit Fachleuten, der Schule, Gewerkschaften und anderen der Angelegenheit sehr intensiv angenommen und einen Gesetzentwurf, nach dessen Verabschiedung in der Kommission, vorgelegt, der - so mag man zunächst meinen - in jeder Hinsicht eine zukunftsweisende Neuerung darstellt. Das trifft besonders auf den technischen Teil und bestimmte Ausrichtungen durchaus zu. Ich möchte aber, nachdem es eine geistige kulturelle Neuorientierung ist, auf einige weltanschauliche Wendepunkte hinweisen, die auch in der Diskussion der Opposition zum Ausdruck gekommen sind. Ich muss bei

der Opposition natürlich von einer Partei zur anderen inhaltlich unterscheiden, weil es ganz unterschiedliche Standpunkte sind.

Ich habe in der Gesetzgebungskommission - um das nur kurz zu wiederholen - darauf hingewiesen, dass hier - und ich gebe Frau Dr. Klotz ausdrücklich Recht - ein fundamentaler Abschied genommen wird von dem, was eine kulturpolitische Ausrichtung im Vergleich zu dem vor 20 Jahren ist. Was wird in Zukunft nicht mehr Grundlage des Unterrichts in den Schulen sein, wenn man von dem Gesetzestext und seinen Leitlinien ausgeht? Wir wissen alle, dass ein Gesetz und seine Leitlinien - auch Richtlinien der Landesregierung, die noch erlassen werden bzw. schon vorbereitet sind - in der Alltagspraxis nicht automatisch 1:1 umgesetzt werden. Ein Gesetz ist jedoch eine geistige und politische Leitlinie, die einen Verpflichtungscharakter beansprucht. Wenn man davon ausgeht, so kann ich nur feststellen, dass der Abschied von der Vergangenheit vollzogen ist. Die Frage ist, was dieser Abschied bedeutet. Ich glaube, man darf es der Südtiroler Bevölkerung ohne Vorbehalte sagen, dass hier den Südtirolern - ich meine vor allem als Vertreter der deutschen Gruppe die deutschen bzw. die ladinischen Schüler - nicht mehr die weltanschauliche und historisch-politische, geschichtliche Grundlage vermittelt wird, die laut Gesetzeszweck bisher Grundlage war. Das, was als geistige Grundauffassung für die Südtiroler Schule in Bezug auf die Interpretation der Südtiroler Geschichte war und galt, ist in diesem Gesetzentwurf ganz entschieden relativiert, und zwar deshalb, weil sie gestrichen wird. Wenn man wesentliche Passagen einer geistigen Ausrichtung streicht, bedeutet das, ob zugegeben oder nicht, dass man sie nicht mehr will. Das soll die Südtiroler Bevölkerung wissen. Die Südtiroler Volkspartei und alle in der Schule verantwortlichen Kräfte haben diese Ausrichtung vorgenommen. Was diesen Punkt betrifft, bin ich strikt gegen die Ausrichtung, die in diesem Gesetz vorgegeben ist. Wenn ich aus anderen Gründen, die ich noch erklären werde, in der Gesetzgebungskommission und, nach dem Willen der SVP, auch im Landtag für das Gesetz stimme, weil ich mich an die Vereinbarungen halte, so ist das eine andere Sache. Wenn auf diesen deutlichen Verpflichtungsbezug auf Tirol, seine Geschichte und damit auf die kulturelle, geschichtliche, sprachliche Identität der deutschen Schule nicht mehr eindeutig, sondern nur mehr halbdeutig bzw. zweideutig in Nebensätzen Bezug genommen wird, dann ist dieser Verpflichtungscharakter nicht mehr gegeben. Dann ist auf lange Sicht - nicht mittelfristig, nicht kurzfristig - der Abschied von der bisherigen Interpretation der Rolle der deutschen Schule als identitätsstiftendes Merkmal gegeben. Diese Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung nimmt die Landesregierung, vertreten durch die Südtiroler Volkspartei, auf sich. Südtirol soll es wissen, auch wenn die Leute mehr oder weniger oder auch gar nicht damit einverstanden sind. Das ist eine andere Sache, die ich hier nicht länger diskutieren kann. In diesem Sinne gebe ich Frau Dr. Klotz völlig Recht. Ich habe dies bereits in der Gesetzgebungskommission gesagt, und zwar deshalb, weil ich vor 20 Jahren in der gleichen Gesetzgebungskommission war und wir damals im Einvernehmen mit den Vertretern der Landesregierung eine ganz andere Richtung vorgege-

ben haben. Es ist etwas anderes, was der einzelne Lehrer dann daraus macht - viele werden das Gesetz, wie es üblich ist, gar nicht lesen -, aber es ist ein Grundzug eingeleitet. Das heißt, der Abschied von identitätsstiftenden Merkmalen der Südtiroler Schule im Sinne einer früheren historischen Interpretation unserer Identität ist im Gesetz aufgegeben. Jeder Lehrer, der sie ausdrücklich aufgeben will, kann sich auf die Maßnahme des Gesetzes berufen. Hier ist also eine neue Zielrichtung eingeleitet, die ich in diesem Punkt nicht teile, sondern verurteile.

Nun haben wir in Artikel 1 - er war eine lange Diskussion wert - mit Zustimmung der Landesregierung - zuletzt, aber nicht von ihr ausgehend - Folgendes als Grundzielsetzung hineingebracht: "*Der Kindergarten* - in der Zielsetzung ist automatisch auch die Schule gemeint - *soll von den Bedürfnissen ausgehen und die affektive, kognitive, soziale, ethnische und* - das haben wir eingefügt, weil es früher auch drinnen war - *religiöse Entwicklung fördern.*" Hier sind wir mitten im Problem. So waren wir in einem Problem, das bereits von Kollegin Klotz, dem Kollegen Leitner und anderen - wenn auch im gegnerischen Sinne - angesprochen wurde. Das ist jetzt der Grundkern, der Kern der gesellschaftlichen Auseinandersetzung für die Zukunft, an dem sich nicht nur die weltanschauliche Ausrichtung der deutschen Schule - die italienische Schule ist ein Bereich, der vor allem die Italiener angeht, wozu ich auch noch Stellung nehmen werde -, sondern auch die kulturelle Identität Südtirols als deutsche und ladinische Bevölkerung langfristig entscheiden wird. Eines ist, ob die Politik, ganz generell gesehen - es geht mir überhaupt nicht um Schuldzuweisungen -, und die Gesellschaft mit all ihren verantwortungsvollen Kräften überhaupt in der Lage sind, diese neue Grundentwicklung zu sehen. Aber wir sind mitten in einer historischen Auseinandersetzung, die sich in ganz Europa abspielt und die unter dem Begriff - ich will es deutlich nennen - "islamische Zuwanderung" wesentliche Auswirkungen auf das Identitätsverständnis der Schule haben wird. Wenn im Artikel 1 - diesmal noch mit der Zustimmung der Landesregierung, übrigens auch auf persönliches Bemühen von Landesrat Saurer hin - noch der Begriff "religiöse Entwicklung" hineingekommen ist, so geschah dies gegen den Widerstand der agnostischen laizistischen Kräfte, vertreten durch Landesrätin Gnecci, von der italienischen Seite. Als Agnostikerin - da sei ihr Freiheit belassen - hat sie natürlich keine Ahnung vom Wesen und der Tiefe bzw. den geistigen Folgerwirkungen dessen, was mit dem Begriff "Religion" generell gemeint ist. Daraus folgend, wenn wir nun die Begriffe "religiöse Entwicklung" hineingeschrieben haben, so war bisher in der Südtirol-Geschichte unumstritten und selbstverständlich ohne weitere Beschlüsse ausgesagt, dass es eine christliche Erziehung, eingeschlossen in den Religionsunterricht als Angebot, geben sollte. Jetzt sind wir mitten im Kernproblem, das in Zukunft zu einer Auseinandersetzung führen und im Alltag alle gesellschaftlichen Bereiche erfassen wird. Welche religiöse Erziehung wird es in Zukunft sein? Was ist Religion und welche Rechte wird Religion haben? Welche Religion wird welche Rechte haben? Ich möchte gleich vorweg klären - und ich erkläre das nicht aus irgendeiner Modeerscheinung heraus, sondern aufgrund eines Studiums, das ich betrieben habe -

dass eine religiöse Erziehung bedeutet, dass sich die christliche Erziehung - in unserem Bereich wird sie im Wesentlichen automatisch katholisch sein, aber das schließt das Evangelische natürlich nicht aus - auf die grundlegenden christlichen Werte beruft. Eine Einschränkung muss ich allerdings hinzufügen. Als Bürger, die eine unteilbare Freiheit ihres Gewissens haben, kann das nicht bedeuten - und das war auch in der Vergangenheit nicht so -, dass alle amtskirchlichen Erklärungen automatisch einen Pflichtglaubensgegenstand bilden, aber das religiöse Angebot an sich als Sinndeutung des eigenen Lebens ist auch in einer Demokratie und in einer pluralistischen Gesellschaft unverzichtbar. Wenn der heutige orthodoxe Islam - da sind wir beim Kernproblem, welches schon von den Kollegen Klotz und Leitner genannt wurde - als einzig dominierende islamische Richtung ... Wir sind längst entfernt vom Rationalismus des 6. bis 13. Jahrhundert im Islam, die den Koran in wesentlichen Teilen rational und unter den Richtlinien der Vernunft in Frage stellten. Unter dem Begriff "religiöse Erziehung" darf auf keinen Fall eine islamische Erziehung, wenn sie einmal gefordert wird - das ist heute noch nicht der Fall, aber es wird mit Berufung auf die Begriffe "religiöse Erziehung" kommen -, in der Schule stattfinden, weil die orthodoxe Ausrichtung des Islam - und es gibt leider keine andere - automatisch zu einer Abwertung der Rolle der Frau führt. Dies würde auch zu einer Aufgabe und radikalen Infragestellung des Gewissensprimats - diesen gibt es im Islam nicht - und einer Relativierung der Freiheit und Würde der Person führen, deren angebliche Freiheit nur darin besteht, sich den koranischen Grundlagen restlos und willenlos zu unterwerfen und damit auch jeden Begriff von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat auf diesem Wege in Frage zu stellen. Das sage ich als persönliche Meinung dazu, weil diese Auseinandersetzung auf alle Fälle auch auf uns zukommen wird. Es wurden bereits Forderungen gestellt - zwar nicht bei diesem Gesetzentwurf, aber generell in der Gesellschaft -, welche die Tendenz zur Gleichsetzung der Religion beinhalten: Religion ist Religion, Religion ist gut, also sind alle gleich und alle gut. Natürlich ist dies ein bedenklicher Irrtum. Ich will jetzt nicht lang und breit über den Islam reden. Das wäre für mich mittlerweile ein sehr einfaches Thema. Aber es ist hier nicht Gegenstand der Diskussion und ich möchte es nur angeschnitten haben. Wir sind auch noch in einer anderen Auseinandersetzung, und zwar in der Auseinandersetzung mit dem agnostischen Laizismus, vertreten durch Landesrätin Gnecci. Selbstverständlich - ich wiederhole das - bleibt es ihr unbenommen, ihre Weltanschauung zu haben. Das gehört zu einer Grundfreiheit in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat. Aber ich verweise darauf, dass, nachdem die Südtiroler Volkspartei derzeit hier die Mehrheit stellt - das Volk wird entscheiden, ob dies immer so sein wird, was ich persönlich mir natürlich wünsche, aber dem kann man nicht vorgreifen - ein Laizismus automatisch auch dazu führt, dass kein Verständnis mehr für Inhalt und Religion als geistige Wesensfundierung des individuellen und gesellschaftlichen Lebens mehr möglich ist. Hier gibt es keine Diskussionsbasis auf der Grundlage eines Begriffsverständnisses von Sinndeutung des Lebens, sowohl individuell als auch gesellschaftlich, durch das, was die Religion aussagt, natürlich auch

nicht durch die christliche Religion. Hier spreche ich die Grünen an, welche die gleiche - es bleibt ihnen unbenommen, aber ich bekämpfe diese Position - Grundrelativierung bzw. Infragestellung dessen vornehmen, was wir mit dem Begriff "christliche Erziehung" meinen. Ich brauche nicht unterstreichen, dass damit keine Totalunterwerfung unter amtskirchliche Verfügungen gemeint ist bzw. gemeint sein kann. Ganz im Gegenteil, der Rechtsstaat muss die Sicherheit bieten, dass die Freiheit des Gewissens in jedem Fall gerade zum Zweck der Respektierung der persönlichen Würde, die unantastbar ist, gewährleistet bleibt. Ich glaube, da verstehen wir uns in der Südtiroler Volkspartei und deren Vertreter in der Landesregierung ganz eindeutig. Aber die Politik der Agnostikerin Landesrätin Gneccchi führt dazu, dass diese Grundpositionen in Frage gestellt werden. Das hat zur Folge, dass den jungen Menschen, beginnend mit dem Kindergarten, in einfacher Form, fortgeführt über die Grundschule, kein Anhaltspunkt mehr gegeben wird, um eine eigene Deutung des Sinnes des Lebens vorzunehmen. Das bedeutet aber andererseits, dass mittel- und längerfristig durch die religiös-radikalen Grundforderungen, die der Islam auch in Südtirol längst erhoben hat - viele haben dies nur noch nicht begriffen-, die Generation, welche erzogen werden soll, wenn es nach der Agnostikerin Landesrätin Gneccchi geht, de facto nicht mehr zu einer eigenständigen geistigen Lebensdeutung fähig ist. Aber Landesrätin Gneccchi will natürlich etwas anderes, was längst schon zum Teil mit vollem Erfolg betrieben wird. Landesrätin Gneccchi, ich nehme hier jede Diskussion mit Ihnen auf, bei allem demokratischen Respekt, der Sie und mich in dieser Frage immer ausgezeichnet hat, denn wir sind ja alle Demokraten. Aber wenn ich jetzt in Bezug auf die deutsche Schule immer mehr Immersionsformen, das heißt Vermischungsformen, vornehme und man mit Zustimmung der Landesrätin, das heißt der Südtiroler Volkspartei in der Landesregierung, immer mehr zulässt, dass diese Immersionsformen zunächst als Pilotprojekt bzw. als sogenannte Versuche und dann stillschweigend, zum Teil sogar ausdrücklich autorisiert, zum Teil de facto resignativ zur Kenntnis genommen, um sich greifen, dann ist das Prinzip der deutschen Schule als deutsche bzw. ladinische Schule in ihrer Grundlage in Frage gestellt. Das soll die Südtiroler Bevölkerung wissen, damit sie dann ihre Meinung äußern kann. Sie darf in dieser Weise nicht hinters Licht geführt werden. Dieser Prozess ist seit Jahren im Gange. Ich nehme heute nur die Gelegenheit wahr, es zu sagen, weil dieser Prozess in diesem Gesetz - nicht so sehr durch den Wortlaut des Gesetzes als vielmehr durch die damit verbundene politische Zielrichtung von Seiten der Landesrätin Gneccchi - mit inbegriffen ist. Ich verwahre mich dagegen, dass die Südtiroler Bevölkerung bzw. die Südtiroler Jugend langfristig in ihrer kulturellen Identität de facto ausgehöhlt wird, weil man auf dem Wege der Mischschulen eine kulturelle Selbstaflösung der deutschen bzw. auch der ladinischen Volksgruppe zulässt und keinen Widerstand mehr leistet. In diesem Sinn klage ich an, dass die Südtiroler Volkspartei in der Landesregierung entgegen den offiziellen Ankündigungen immer weitere Schritte zurück macht, und auch das - das traue ich mich zu sagen - ist der Ausdruck davon, dass die weltanschaulichen Überzeugungen bzw. die grundlegen-

den politischen Überzeugungen nicht mehr die nötige Festigkeit aufweisen. Wenn man das tut - und es wird mit diesem Gesetz erfolgen -, dann kläre ich das hier in diesem Landtag vor der Südtiroler Bevölkerung, damit es zumindest in den Wortprotokollen des Landtages festgehalten ist. Das wird sicherlich nicht in der Tageszeitung "Dolomiten" erscheinen, die - wie alle wissen - eine sehr selektive Wertung dessen vornimmt, was die Politiker sagen. Wenn es - wie in meinem Fall - der falsche Politiker ist, ein Politiker, der die hauspolitischen Interessen der Athesia in Frage stellt, dann ist die selbstverständliche Folge immer - in meinem Fall seit sechs Monaten - die Abstrafung durch das radikale Verschweigen selbst wichtiger politischer Handlungen gewesen. Das ist nicht nur das Problem der Athesia, sondern das ist in diesem Sinne auch ein Problem der Demokratie und der Selbstverständlichkeit, der Selbstachtung der Politik in Südtirol. Ich weiß nicht, ob eine Vertretung der Tageszeitung "Dolomiten" heute da ist. Andernfalls hoffe ich, dass man ihr das Manuskript zuleitet, damit sie den Wortlaut dessen, was ich gesagt habe, festhalten kann.

Abschließend nehme ich noch Stellung zu den Aussagen der Kollegin Kury bzw. des Kollegen Dello Sbarba. Ich schicke voraus, was gar nicht nötig ist, dass ich sie selbstverständlich als Demokraten schätze und dass ich keine Zweifel darüber habe, dass sie von der Grundeinstellung her genauso demokratisch sind wie wir. Nur, die geistige Grundausrichtung, was den Punkt "Aufwertung der deutschen Schule" anbelangt, ist zumindest radikal verschieden von dem, was ich bisher der Meinung war, dass es die Südtiroler Volkspartei auch in der Landesregierung verfolgen würde. Landesrat Saurer, dem seit 25 Jahren meine größte Wertschätzung gilt, wird dann zu dieser Frage noch Stellung nehmen. Wenn Kollegin Kury und Kollege Dello Sbarba von einer abstrakten Ideologie, also von "base ideologica astratta", und vom Begriff "radici cristiani" sprechen, die man relativieren könne, weil es noch andere "radici" gäbe, dann möchte ich dazu sagen, dass ich das natürlich weiß. Kollegin Kury sagt, dass man letztendlich praktisch darauf hinaus will, die deutsche Schule aufzulösen. Das ist zwar jetzt nicht *expressis verbis* die Zielsetzung, aber es sollten Maßnahmen gesetzt werden - das ist Ihre Forderung, im Augenblick hat es die Landesregierung nicht getan -, die zur Auflösung der deutschen Schule und damit zur Auflösung der kulturellen Substanz der Volksgruppe selbst führen würden.

Ich möchte abschließen und noch kurz erklären, warum ich für das Gesetz stimme. Es ist klar, dass die Meinung absolut frei sein muss. Das ist auch nie in Frage gestellt worden, in meinem Fall nicht und in keinem anderen Fall. Ich würde es sowieso niemandem raten, dies in Frage zu stellen, aber es ist diesbezüglich auch nie der Versuch gemacht worden. Es ist klar, dass eine Fraktion handlungsfähig bleiben muss und eine Abstimmung in der Gesetzgebungskommission die SVP-Vertreter bindet, und dass, wenn eine Fraktion in gleichem Sinne offiziell und stillschweigend entscheidet, das gleiche geschehen muss. Viele Dinge in diesem Gesetz, was die technischen Änderungen und neue Maßnahmen betrifft, sind lobenswert. Sie sind ein Erfordernis der Zeit. Aber meine Kritik wendet sich nicht gegen diese Dinge, die notwendig und

durchaus vernünftig sind. Man könnte vielleicht da und dort noch etwas darüber diskutieren, aber dies ist sehr relativ. Meine Kritik wendet sich gegen eine gewisse historische Zeit, in der eine geistige Umwertung der Werte vorgenommen wird. Ich sage das in aller Deutlichkeit, um das Kernproblem deutlich zu machen. Danke!

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Kury, ne fa facoltà.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Ich beziehe mich auf die Unterstellungen von Kollegen Pahl! Ich möchte den Kollegen Franz Pahl nur ersuchen, im Wortprotokoll nachzulesen, worüber ich heute Vormittag gesprochen habe. Er war nicht anwesend. Ich möchte kurz zwei Schwerpunkte zusammenfassen, und zwar zum einen die Auslagerung des Pflichtunterrichts und zum anderen den Blankoscheck an die Landesregierung. In diese Richtung gingen meine Ausführungen. Wenn Sie etwas anderes gehört haben, dann tut es mir Leid, denn entweder saßen Sie nicht hier oder Ihr Gehör funktioniert nicht gut. Im Übrigen bedauere ich, dass Fundamentalismus, der zwar zu Recht bekämpft werden soll, in diesem Fall genauso fundamentalistisch bekämpft wird.

PASQUALI (Forza Italia): Prendiamo atto che la proposta di legge nel suo complesso è fatta bene e apre degli spiragli nuovi sulla convivenza fra i gruppi etnico-linguistici conviventi nella nostra terra. Senza la pretesa di promuovere una vera e propria rivoluzione in un delicato settore come quello della scuola, che è fondamentale per il progresso e lo sviluppo della nostra provincia e le future generazioni, vi è da fare sicuramente qualche considerazione.

C'è bisogno di rivedere, a distanza di 35 anni, lo Statuto di autonomia che risale al 1972 e che regola anche la scuola con il famoso articolo 19 che è fondato sul concetto della separazione fra i gruppi linguistici. Si parla sempre di più di terzo statuto di autonomia. Credo che i tempi siano maturi per avviare queste trattative che devono riguardare necessariamente anche la scuola. Di fatto la situazione dal 1972 ad oggi è profondamente cambiata. Allora si parlava di divisione, che è tuttora valida sotto il profilo giuridico, fra i gruppi linguistici tedesco, italiano e ladino. Oggi come oggi abbiamo il grosso problema dell'immigrazione. Leggevo pochi giorni fa sulla stampa che ci sono ufficialmente 30.500 immigrati residenti in Alto Adige, il che significa che sono molti di più. Sappiamo che c'è un abusivismo diffuso che dovrà essere regolato nei tempi, anzi sono uscite delle leggi per regolare questo concetto. Ci sono poi 50 mila persone mistilingui che sono a cavallo fra i tre gruppi ufficialmente riconosciuti e che difficilmente possono essere inquadrati in un gruppo o nell'altro. Tutto

questo per dire che anche nella scuola bisogna fare un cambiamento. I ladini della val Gardena e Badia ci hanno insegnato qualcosa. Ci sono delle scuole ladine che sono miste, dove si insegna in italiano e in tedesco. Si discute sempre sul fatto che questi alunni è vero che imparano le due lingue ma le imparano male, e non hanno una precisa identità linguistica. Ebbene, questo potrebbe anche essere vero, ma bisogna mettere sulla bilancia questi due fattori: è meglio avere un bilinguismo o è meglio avere uno che sa perfettamente la propria lingua? Oltre al resto un fatto non esclude l'altro. Come ha detto prima il presidente Dello Sbarba, il confronto tra due lingue può migliorare anche la propria lingua. Il fatto di imparare presto, a 3-4 anni, ambedue lingue può portare in un secondo momento ad un approfondimento della propria lingua madre e quindi a rafforzare la propria identità linguistica. Ma è troppo importante il bilinguismo per la vita in Alto Adige, è fondamentale per la convivenza. Se non si vuole arrivare a questo ci sono state delle sperimentazioni nelle scuole di lingua italiana dove si insegnano alcune materie in lingua tedesca. Mi pare che si sia aperto uno spiraglio in questo senso con questo nuovo disegno di legge. È giusto che si arrivi a questo risultato, anche a scapito di una non perfetta conoscenza nei particolari della propria lingua. Il bilinguismo è un traguardo troppo importante per essere sacrificato alle esigenze dei gruppi. Seguiamo l'esempio che hanno fatto alcune scuole private in provincia di Bolzano per insegnare le due lingue.

Dicevamo che a livello europeo si cerca un indirizzo unitario della scuola. Questo non significa fare un attentato all'autonomia della scuola. Si parlava di autonomia delle singole scuole, di lingua italiana, tedesca e ladina, però ci vorrebbe un indirizzo di carattere generale, perché sono troppe le differenze anche nell'insegnamento. Se si vuole arrivare all'unità europea sentendosi cittadini europei, non si può dedicare un anno allo studio di Andreas Hofer da una parte o di Garibaldi dall'altra e, laddove si parla di geografia, parlare dei vari settori della val Venosta da una parte e dall'altra parlare delle province italiane. Ci vorrebbe un indirizzo generale, che non significa affatto un attentato all'autonomia della scuola che deve rimanere tale.

Ho letto quanto è stato scritto sull'articolo 1 del disegno di legge e, mentre condivido ampiamente i due primi obiettivi che si pone: *"sviluppo culturale, sociale ed economico della popolazione, realizzazione di assetti sociali che garantiscano la convivenza fra i gruppi linguistici nella salvaguardia delle rispettive peculiarità e tradizioni"*, non sono molto d'accordo sull'espressione *"fondata su radici cristiane"* non solo per un rispetto alla libertà religiosa che la nostra Costituzione disciplina, ma anche perché se ne è occupata la Costituzione europea, e se non l'ha inserita c'è stato un motivo! Se si vuole salvaguardare questo principio di fronte alla possibile invadenza religiosa dell'islam, e sappiamo che esiste, potevamo usare un'altra espressione, per esempio *"i valori etico-morali e religiosi dell'Europa"*. Questo era un concetto che sarebbe potuto essere messo al posto delle *"radici cristiane"*.

L'altro punto riguarda la conoscenza della storia locale. Anche questa è importante, ma con giudizio e con il senso della proporzione. Che uno conosca la storia locale e poi non sappia nulla di Carlo V, di Napoleone Bonaparte, della prima e della seconda guerra mondiale, mi sembra assurdo. Si potrebbe anche parlare di conoscenza, sia pure generica, della storia e della geografia, perché è importante. La storia locale è giusto che la si conosca, ma tutto proporzionato.

Ho letto quanto è stato detto dal collega Urzì in Commissione dove dice: *"D'accordo sui valori culturali europei nonché di quelli cristiani, tuttavia andrebbe rivista la formulazione del passaggio in questione per riuscire a conciliare meglio i necessari consolidamenti di principi etico-morali con le relative riserve delle parti laiche della popolazione. Una questione centrale è l'approvazione dell'apprendimento della seconda lingua chiesta più volte nell'ambito dell'audizione. L'attuale formulazione del disegno di legge è troppo restrittiva e non corrisponde in alcun modo alle straordinarie capacità dell'apprendimento linguistico degli alunni e delle esigenze della moderna società altoatesina"*. E questo è veramente il fattore numero uno che dobbiamo perseguire: il bilinguismo, il plurilinguismo che è un'opportunità unica per la nostra società provinciale. Dobbiamo dimostrare al mondo intero le possibilità che attraverso il bilinguismo si aprono anche per lo sviluppo e il progresso della nostra provincia che potrebbe assurgere a diventare la provincia modello d'Europa.

GNECCHI (Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit): Essendo peraltro una di quelle che nella legge elettorale avrebbe voluto l'incompatibilità fra consigliere e assessore/assessora, utilizzo questa volta l'opportunità di parlare come consigliera, anche perché i tre assessori hanno a disposizione mezz'ora per rispondere e la sollecitazione arrivata da alcuni colleghi su alcuni argomenti è importante, e mi interessa intervenire come consigliera e cittadina nata in questa provincia. Faccio parte di quelle persone che sono nate più di 50 anni fa, che hanno da un certo punto di vista teorizzato il valore del bilinguismo passivo, pagandolo poi, perché abbiamo pensato per tanti anni che fosse già sufficiente in questa terra capire la lingua dell'altro, e questo forse ci ha penalizzato, perché nel momento in cui il nostro livello di conoscenza ci garantiva di poter leggere un giornale, di poter seguire un film, di poter andare a teatro e di capire l'altro. Non abbiamo fatto il salto in più che serve per avere il coraggio di parlare, di sbagliare e di praticare l'altra lingua. Io ho frequentato la scuola e in quarta e quinta ginnasio si faceva il tedesco e la letteratura tedesca in lingua italiana. Come nel resto d'Italia si faceva la lingua straniera con le stesse regole che esistevano in Italia, con l'incapacità assoluta di imparare qualsiasi altra lingua oltre che la lingua italiana. Penso che il discorso sulla seconda lingua in questa provincia sia culturale e vada ad inserirsi in convincimenti tanto più profondi che non solo quello dell'insegnamento e dell'apprendimento. Vediamo che chi è arrivato da un'altra regione e non ha fatto tutto un percorso, e il presidente del Consiglio provinciale ne è la dimostrazione, come il nostro, con molta più tranquillità ha scelto

ed è stato anche capace di affrontare la seconda lingua in un modo più creativo che può anche suscitare un po' di invidia da parte nostra che abbiamo avuto un percorso diverso. Per questo le scelte di molti italiani - adesso Donato Seppi non è in aula, ma spesso ci siamo sentiti dire che in fin dei conti imparare l'altra lingua non è poi così importante - hanno sicuramente condizionato la storia di questo territorio. Però invece adesso di sicuro tutte le famiglie vogliono e chiedono che i propri bimbi imparino la seconda lingua, sia le famiglie italiane che le famiglie tedesche. Voglio cogliere l'occasione per ricordare alcuni passaggi legislativi e pareri rispetto all'art. 19 dello Statuto, che mi sembrano utili alla riflessione, anche per inquadrare quello che le scuole italiane stanno cercando di fare.

Nella scorsa legislatura Sabina Kasslatte Mur ha iniziato e promosso un'ora di italiano in prima elementare e la collega Klotz ha fatto ricorso alla Corte Costituzionale perché l'art. 19 dello Statuto prevede l'insegnamento obbligatorio della seconda lingua dalla seconda o terza elementare. La Corte Costituzionale l'ha respinto con delle motivazioni interessanti. La sentenza dice: *"La previsione di cui all'art. 19, primo comma, dello Statuto speciale deve essere interpretata, al contrario di quanto ritenuto dal ricorrente, quale norma volta a garantire che l'insegnamento obbligatorio della seconda lingua abbia inizio al più tardi dalla seconda elementare e che inoltre la Provincia osserva che l'art. 9 del DPR 89 del 1983 le riconosce il potere di adottare le modifiche dei programmi e degli orari di insegnamento e di esame, ivi compresa l'introduzione di nuovi insegnamenti per le scuole di ciascun gruppo linguistico"*.

La sentenza poi va avanti specificando che *"l'insegnamento della seconda lingua deve essere impartito in misura tale da assicurarne un'adeguata conoscenza e fa parte integrante del piano di studi di ciascun tipo di scuola. L'art. 9 del DPR n. 89 riconosce alla Provincia il potere di individuare i percorsi didattici più idonei e rispondenti alle esigenze culturali e linguistiche dei gruppi medesimi nel quadro dell'unitarietà dell'ordinamento scolastico provinciale definito dall'art. 19 dello Statuto."* Grazie a questa sentenza la scuola in lingua tedesca è andata avanti, però è stato interessante il fatto che il collega Saurer abbia chiesto alle famiglie, in attesa della sentenza, di dire se volevano avere questa ora di seconda lingua dalla prima elementare. Praticamente quasi tutte le famiglie hanno chiesto l'ora di italiano. Questo dimostra che le famiglie vogliono che i bambini/le bambine imparino la seconda lingua. È importante avere presente anche che la vicina Provincia di Trento ha fatto un protocollo di intesa tra la Provincia autonoma di Trento e il Land Tirolo per la creazione sperimentale di sezioni di scuola bilingui con programmi scolastici integrati a Innsbruck e a Trento. La convenzione dice in modo esplicito: *"La Provincia autonoma di Trento e il Land Tirolo decidono di promuovere la creazione in una scuola pubblica rispettivamente a Trento e Innsbruck di una classe con insegnamento bilingue."* Questo era nell'aprile 2005, ed era una classe. Adesso sono arrivati a 18 classi che praticano questa esperienza con insegnanti di Trento e di Innsbruck che collaborano e vengono "imprestati" a Trento e a Innsbruck. Questo dimostra come tutti si rendano conto che impa-

rare e avere familiarità con una seconda lingua fin dai primi anni di vita è comunque importante e significativo. Se Trento ha pensato di fare un protocollo con Innsbruck, se anche la scuola tedesca ha scelto di iniziare già dalla prima elementare, la scuola italiana, dove già da 15 anni si insegna la seconda lingua, sta cercando di intensificare quello che si fa. Nel 1997 c'è stata la delibera sulle linee guida per l'insegnamento e l'apprendimento del tedesco seconda lingua nelle scuole in lingua italiana. È la delibera n. 5053 del 6.10.1997, ed in essa si punta molto sull'uso veicolare della lingua, perché altra situazione che non possiamo continuare a proporre ai nostri scolari è quella di continuare ad aggiungere ore di tedesco. Ormai siamo nella realtà in cui bisogna riuscire a fare ore in tedesco e trasmettere dei contenuti stimolanti per riuscire ad affrontare con interesse queste ore in seconda lingua. Già la delibera diceva in modo esplicito che si poteva rafforzare la presenza della seconda lingua in modo da creare una familiarità con la seconda lingua, che garantisse ai bambini di potersi esprimere, ed ha citato in modo molto chiaro il modello strumentale e veicolare. Dice quindi che "il modello strumentale e veicolare è un percorso di arricchimento linguistico che veicola in seconda lingua sia determinati contenuti di singole discipline, sia alcuni nuclei interdisciplinari attraverso una mirata programmazione collegiale dei consigli di classe". Questo è stato l'avvio per riuscire a pensare a come arricchire in termini di contenuti la seconda lingua, e in particolare questa delibera fa riferimento alle scuole in lingua italiana.

Apprezzo che il collega Urzì nel suo intervento e anche il collega Pasquali abbiano sottolineato che questo disegno di legge è un passo avanti nel superamento del concetto di sperimentazioni, per andare ad una individuazione di percorsi e di progetti innovativi sulla seconda lingua. Se guardiamo il comma 5 dell'art. 14 vediamo che si dice in modo esplicito che *"al fine di migliorare le conoscenze plurilingui delle alunne e degli alunni le scuole possono avviare progetti innovativi di insegnamento delle lingue"*. All'art. 15, comma 1, punto e) vediamo che i limiti di flessibilità temporale per realizzare compensazioni tra le discipline e attività nell'orario di insegnamento obbligatorio nonché per l'adozione di percorsi didattici, innovativi nell'insegnamento delle lingue", sono molto chiari. Al comma 4 dell'articolo 15 si dice ancora che *"l'articolazione e la flessibilità del curriculum possono esplicitarsi anche attraverso la costituzione di gruppi di alunni e di alunne provenienti da classi diverse per realizzare i necessari approfondimenti dell'insegnamento curricolare obbligatorio"*.

Il disegno di legge pone come obiettivo il fatto di organizzare i livelli di preparazione, di approfondimento, quindi garantire ai ragazzi e alle ragazze per singole discipline e quindi anche la seconda lingua momenti di approfondimento e possibilità di intensificazione.

Il punto significativo è al comma 4 dell'art. 17, che dice in modo molto esplicito che *"al fine di garantire l'unitarietà dell'insegnamento i docenti del consiglio di classe operano e svolgono le attività di programmazione collegialmente e sono conti-*

tolari della classe. Essi contribuiscono a creare un progetto didattico integrato e nella scuola primaria i singoli docenti insegnano di norma più discipline in più classi".

Quindi il passare dalle sperimentazioni in atto ai progetti innovativi e integrati per rafforzare la madrelingua in L2 e L3 è previsto per legge. Da questo punto di vista sono sicuramente dei passi avanti, perché il percorso di questa legge, usata insieme all'autonomia delle istituzioni scolastiche, che siamo contenti che in questi mesi di discussione sia stata fortemente sostenuta da tutte le scuole, avrà fatto sì che non esista più nessun insegnante o nessuna famiglia che non sappia che questa legge esiste, che ha un ruolo, e che le istituzioni scolastiche hanno un ruolo importante per rispondere ai propri ragazzi e ragazze, a quelli che frequentano quella scuola, non ad un universo non meglio identificato.

Va ricordato che questo processo di decentramento amministrativo ha avuto inizio dall'art. 21 della legge Bassanini del 1997, che ha visto passare delle competenze dal Ministero direttamente alle istituzioni scolastiche, un vero e proprio decentramento amministrativo in senso federale e di disponibilità nel dare alle istituzioni scolastiche delle competenze precise e specifiche in termini di possibilità, di programmazione e di scelte.

Arrivo a quello che i colleghi Kury e Dello Sbarba hanno sottolineato come punto di caduta, il fatto che le indicazioni provinciali siano divise per gruppi linguistici. Su questo sottolineo che la legge n. 12 del 2000 sull'autonomia delle istituzioni scolastiche è stata una legge unica, con indicazioni precise per tutte e tre le scuole, perché dava alla singola scuola di scegliere ed operare. L'esperienza che abbiamo fatto in questi ultimi anni ha dimostrato che i diversi interessi culturali, le diverse situazioni sulle quali si sono sviluppate le scelte sui tre sistemi scolastici vedeva il rischio di andare ad una omogeneizzazione che tendeva a ridurre gli spazi per l'una o per l'altra o la terza scuola. Da questo punto di vista quello che i colleghi di Alleanza Nazionale hanno spesso detto, che ha ribadito qui il collega Pasquali, addirittura il collega Seppi ha minacciato l'ostruzionismo in aula se non si arrivava a permettere che la scuola italiana potesse fare quello che vuole, ha dimostrato come non ci sia un'opinione unanime fra la gente. Fra i consiglieri che sono espressione dei cittadini, c'è una forte volontà che la scuola italiana decida per la scuola italiana, quella tedesca per la scuola tedesca e la scuola ladina decida per la scuola ladina. Chi ha un percorso in cui si pensava che cosa fondamentale sono i ragazzi e le ragazze, che questo territorio ha una fascia di giovani che sono "i giovani" qualunque lingua parlino e qualunque sia la propria madrelingua, immagina un sistema di istruzione e di formazione professionale che sia per tutti con le articolazioni del rispetto delle lingue diverse. Vediamo che comunque questi tempi sono maturi se si garantisce autonomia alla singola istituzione scolastica, ma sono ancora tempi nei quali è più importante per il singolo gruppo linguistico di essere sicuro e tranquillo di poter avere la scuola che pensa sia meglio come risposta alle proprie esigenze.

Questo è stato un discorso molto approfondito con i genitori fin dalla scuola per l'infanzia e se vediamo che tutti hanno apprezzato fortemente il fatto che in questa legislatura sia diventato gratuito per tutti i bimbi di cinque anni l'approccio ludico alla seconda lingua e che siano entrati a pieno diritto le insegnanti di madrelingua tedesca nell'organico della scuola in lingua italiana, se questo è stato un percorso apprezzato da tutti, c'è però anche l'esigenza, ancora confermata, di essere sicuri che, come è stato espresso più volte e anche stamattina dal collega Urzì, la volontà del gruppo maggioritario non influisca sul gruppo minoritario. Da questo punto di vista questo disegno di legge garantisce questa autonomia, e dobbiamo prendere atto che ancora la richiesta è di questo tipo e forse in futuro le cose potranno modificarsi.

Intervengo adesso sull'articolo 1. Penso che poteva anche non esistere, perché questo disegno di legge quando è entrato in elaborazione per la prima volta voleva essere un disegno di legge dalla scuola per l'infanzia a tutto il sistema, quindi scuola elementare, media, superiore e formazione professionale. Poi invece per tutta una serie di esigenze, anche per problemi che ci sono stati a livello nazionale e che hanno visto bloccare il decreto legislativo attuativo sulla riforma della scuola secondaria di secondo grado, è diventato poi un disegno di legge sulla scuola per l'infanzia, elementare e media. Penso che non fosse necessario un articolo 1 che va a definire i principi generali del sistema educativo provinciale di istruzione e di formazione, perché non è più un disegno di legge complessivo su tutto il sistema. C'è stato anche il parere, espresso a maggioranza, del Consiglio scolastico provinciale di stralciare l'articolo 1. Nello specifico non condivido più commi di questo articolo, soprattutto al comma 2 la specificazione del punto c) sulla diffusione e rafforzamento del pensiero della cultura europea fondata su radici cristiane perché, come ha detto il collega Pasquali, non è stato messo nella Costituzione europea, né nella Dichiarazione di Berlino adottata da 27 capi di Governo per i 50 anni dei Trattati di Roma. Si è detto in modo esplicito nella dichiarazione di Berlino che l'Unione Europea è salvaguardia dell'autonomia, delle diversità e delle tradizioni dei suoi membri. L'apertura delle frontiere, la vivace molteplicità di lingue, culture, religioni sono per noi un arricchimento. Molti obiettivi non possono essere perseguiti con un'azione individuale, la loro realizzazione ci impone un'azione collettiva, l'Unione Europea, gli stati membri e le loro regioni e comuni si dividono i compiti, e non sono state citate delle radici. Se poi andiamo a vedere la Carta dei Valori della cittadinanza e l'integrazione, vediamo che l'Italia ha scelto questa formula: *"L'Italia è uno dei Paesi più antichi d'Europa, che affonda le radici nella cultura classica della Grecia e di Roma. Essa si è evoluta nell'orizzonte del cristianesimo che ha permeato la sua storia e insieme con l'ebraismo ha preparato l'apertura verso la modernità e i principi di libertà e di giustizia"*. Su questi principi la Carta dei Valori aggiunge anche una spiegazione e dice: *"La Carta dei Valori si apre con un riferimento storico di ampio respiro, che vuole ricordare la formazione dell'identità culturale e della tradizione. Sono note le difficoltà incontrate in sede di elaborazione della Costituzione europea per inserire nel preambolo il richiamo alle radici religiose, cristiane"*

o ebraico-cristiane dell'Europa. La soluzione scelta per l'Italia ha un carattere storico e progressivo, si evocano le radici della cultura classica della Grecia e di Roma nonché il ruolo del cristianesimo che ha permeato la storia italiana, il ruolo che il cristianesimo ed ebraismo hanno avuto nel preparare l'apertura alla modernità e ai principi di libertà e di giustizia. Il richiamo congiunto alle due religioni si spiega non soltanto perché il cristianesimo è scaturito dall'alveo della religione giudaica ma perché il comune riconoscimento di cristiani ed ebrei nell'antico testamento ha comportato l'adesione ai valori e alla cultura che dalla Bibbia sono derivati per i popoli dell'occidente. Eminentissimi filosofi e storici hanno rilevato che dalla classicità greco-romana è derivata l'enunciazione del principio di libertà, mentre la tradizione ebraico-cristiana è stata la culla dei principi di uguaglianza e di giustizia nonché di solidarietà fra gli uomini che sono poi lievitati e si sono affermati pienamente con l'evolversi della storia della modernità." Quindi principi di solidarietà, giustizia, educazione alla libertà, al rispetto reciproco per noi sarebbero stati importanti in questo articolo 1. Vedo invece come riduttivo un concetto di diffusione e rafforzamento di una cultura europea fondata su radici cristiane.

Questo è il motivo per cui su questo articolo ho una posizione diversa dai miei colleghi. Però complessivamente voglio dire che complessivamente questo disegno di legge è un passo avanti per le scuole per l'infanzia molto significativo tant'è che anche il Consiglio scolastico provinciale ha dato parere favorevole all'unanimità sulle scuole per l'infanzia, perché riconosce l'autonomia a suddette scuole. È sicuramente un passo avanti per la scuola italiana rispetto ai percorsi innovativi sulla seconda lingua, perché si supera il concetto di sperimentazione per andare ad un percorso innovativo scelto dall'istituzione scolastica e sulla quale l'istituzione scolastica rispetto alla propria utenza può impegnarsi. È importante anche pensare alla possibilità di gruppi di ragazzi e ragazze per rispondere alle vocazioni dei nostri giovani e per dare un sistema di istruzione e formazione professionale che risponda alle esigenze dei ragazzi anche rispetto ai diversi livelli di preparazione.

Penso quindi che la discussione profonda che c'è stata anche all'interno delle scuole su tutto questo percorso con la definizione delle indicazioni vedrà il consolidarsi del percorso che si è avviato con la legge sull'autonomia delle istituzioni scolastiche e con la discussione ed elaborazione progettuale che è andata avanti in questi anni. Alcune modifiche che sono state proposte dalla Commissione legislativa le condivido, altre no, ma vedremo comunque come andrà il dibattito in aula, però può essere una discussione aperta che porta un ulteriore contributo al dibattito sulla scuola nella nostra provincia in una chiave di visione europea dell'istruzione.

DENICOLÒ (SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte einige grundsätzliche Überlegungen zum vorliegenden Gesetzentwurf einbringen. Ich möchte unterstreichen, dass ich diesen Gesetzentwurf durchaus in der Kontinuität jenes Landesgesetzes sehe, das wir als "Bildungsomnibusgesetz" verab-

schiedet haben. Es ist als ein Zwischenstück zu sehen, was noch als Folgegesetzgebung im Rahmen einer Realisierung eines organischen Bildungssystems in unserer Autonomen Provinz Bozen in Südtirol zu verwirklichen ist. Zunächst sehe ich den Artikel 1 nicht als etwas, auf das man verzichten könnte, sondern in meiner Vorstellung als jenen Grundraster an Grundsatzzielen, auf dem ein organisches Bildungssystem in Südtirol aufbauen sollte, damit alle Bildungseinrichtungen zu diesen Grundsatzzielen verpflichtet werden. Als zweite Folgerung aus einem solchen Grundsatzkonzept folgt dann die Erarbeitung von sogenannten Rahmenrichtlinien, die Lehrpläne ablösen. Diese Rahmenrichtlinien beziehen sich auf eine spezielle Bildungseinrichtung, wie zum Beispiel den Kindergarten, den Pflichtschulbereich oder den Oberschulbereich, und verpflichten letztendlich das gesamte Berufsbildungssystem auf diese Grundlage hin. Gerade in der Erarbeitung von Rahmenrichtlinien sollte man daran denken, dass sie die Beteiligten im Bildungssystem verwirklichen müssen. Von daher hat dieser Artikel 1 sehr wohl seinen Sinn und seinen Zweck und dürfte mittel-, wenn nicht sogar langfristig haltbar sein, so jedenfalls wie ich die Formulierungen verstanden habe. Ich möchte in diesem Zusammenhang speziell auch jenen Absatz ansprechen, in dem von den christlichen Wurzeln die Rede ist. In den Verfassungen der Staaten in Europa haben wir überall die Freiheit der religiösen Ausrichtung formuliert, was bedeutet, dass sich Religionen in ihrer Ausübung der öffentlichen Auseinandersetzung stellen müssen. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite die Garantie der Freiheit der Ausübung von Religion haben. Dieser Freiheit steht aber auch die Pflicht gegenüber, sich vor diesen Religionen in der Art, wie sie Ausübung einfordern, zu schützen. Ein Zweifaches liegt darin, auf der einen Seite die Verpflichtung, sich öffentlich darzustellen und zu verantworten, und andererseits, die Auseinandersetzung um die pluralistische Zusammensetzung unserer Gesellschaft einbeziehen und abprüfen zu lassen. Diesem konstitutionellen Pluralismus gegenüber sehe ich diese christlichen Wurzeln. Hier gehe ich wirklich an die Wurzeln dessen, was wir heute in diesem Absatz zu verzeichnen haben. Ich beginne nicht, mich mit dem auseinanderzusetzen, was mich selbst dazu verpflichtet, auch an diesen christlichen Wurzeln festzuhalten, und was sie für mich bedeuten. Ich möchte nur diesem konstitutionellen Pluralismus jenen Laizismus gegenüberstellen, der alles Religiöse bzw. die Ausübung von Religion ins Private zurückdrängen und privatisieren, aber auch der öffentlichen Kontrolle und der öffentlichen Auseinandersetzung entziehen will. Gerade dadurch wird alles, was mit Religiösem zu tun hat, abgeschoben, verdunkelt und dann auch anderen Möglichkeiten anheimgegeben, denen wir über die Aufklärung hinweg in Jahrhunderten dieser Art entkommen sind. Darin liegt auch die Bedeutung dieses konstitutionellen Pluralismus. Deswegen bin ich dafür, dass das drinnen bleibt. Auch im Zusammenhang mit dem Erziehungs- und Bildungsauftrag des Kindergartens hat die Gesetzgebungskommission die religiöse Entwicklung des Kindes genau unter diesem Aspekt mehrheitlich miteinbezogen. Man möge nicht missverstehen, willentlich oder unwillentlich, dass es sich hier um einen möglicherweise vorgezogenen Unterricht in katholischer Religion usw. handeln

könnte. Ich wiederhole, was ich in der Kommission gesagt habe: Religiöse Entwicklung geht vom Recht und vom Grundbedürfnis des Kindes aus. Sie bezieht sich auf diese Dimension, weil sie die grundlegende menschliche Dimension respektiert und diese in einen Zusammenhang mit der Familie bringt, aus der das Kind entstanden ist und in der das Kind immer wieder zurückkehrt. Soweit zu diesem Artikel 1, wie ich ihn auffasse!

Ich sehe weiterhin den Weg hin zu einem umfassenden Bildungssystem auch darin begründet, weil neben diesem künstlichen Konstrukt "Bildungseinrichtung" alles, was an Bildungsaufgaben und an Bildungsverantwortung im Territorium wahrgenommen wird, auch mit Kindergarten und Schule in Zusammenhang gebracht wird. Wir reden also von einer lernenden Gesellschaft insgesamt, von einer Wissensgesellschaft, die nicht nur innerhalb des organisierten Lernens im Rahmen von Schulen und Kindergärten stattfindet, sondern auch außerhalb. Wer weiß denn besser als die Familien selbst, wie schnell heute Kinder und junge Menschen vor allem außerhalb von Schulen lernen! Ich stehe nach wie vor hinter dem Auftrag, den die Schule aus meiner Sicht hat, insbesondere all das in der Schule sichtbar zu machen, was gerade Kinder und junge Menschen außerhalb dieser künstlichen Räume lernen, was ihnen begegnet und was ihnen Anlass zum Reflektieren gibt. Sie begegnen Wertungen. Deshalb sollten Kinder und junge Menschen gerade in den Bildungseinrichtungen erfahren und erleben können, wie Leben erklärbar wird, von all dem ausgehend, was sie selbständig lernen und was sie an individuellen und technischen Lehr- und Lernmöglichkeiten überhaupt zur Verfügung haben. Dies ist eine besondere Herausforderung für den gesamten Lehrkörper, wenn ich mir vorstelle, welche ungeheure Flexibilität und Methodenvielfalt hier erfordert wird. Ich denke auch daran, was in den wenigen Worten von "Personalisierung" und "Individualisierung" von Unterricht festgehalten wird. Da braucht es nicht viel Fantasie, um herauszufinden, was das bedeutet und welche ungeheuerere Herausforderung das für die lehrenden und gleichzeitig lernenden Fachleute in den Schulen selbst ist. Deswegen denke ich, dass gerade die Zusammenarbeit zwischen Schule bzw. öffentlicher Bildungseinrichtung und Bildungsaktivitäten im Territorium noch einen Vorteil für die Kinder und die Familien selbst bringt. Zudem ist das beschränkt auf sehr wenige Möglichkeiten, aber immerhin ein Anlass für die Schule, für die Schulräte und an die Programmierung, sich auch im eigenen Umfeld umzusehen und Kompetenzen von dort mit hereinzunehmen oder sie ganz einfach am eigenen Bildungsauftrag, an einer doppelten gegenseitigen Verantwortlichkeit zu beteiligen. Ich finde, das ist eine Bildungsvision, die ungeheuer viele Entfaltungsmöglichkeiten in unserem Lande beinhaltet, wenn man überhaupt dazu bereit ist, die bereits vorhandene Vielfalt von Bildungs- und Lernmöglichkeiten wahrzunehmen und miteinander zu vernetzen.

Was für mich besonders spannend ist, ist die Zuerkennung der Autonomie an die Kindergartensprengel, das heißt die Verantwortung, die wir den Schulen gegeben haben, wird jetzt auch den Kindergartensprengeln zuteil, und damit wird auch die Bil-

dungspartnerschaft im Kindergarten institutionalisiert. Allerdings - und das ist das Problem - muss sich das Ganze bis auf die oberste Ebene durchsetzen können. Ich nenne ihn einfach den "Landesbildungsrat", der sich irgendwann einmal in Sektionen aufgliedern hat, wie dem Kindergartenbereich, dem Pflichtschulbereich, dem Oberschulbereich und dem Berufsbildungsbereich. Alles zusammen gibt dieses große Beratungsgremium ab, welches ich "Landesbildungsrat" nennen möchte und welches wahrscheinlich wohl auch in der nächsten Legislatur zu verwirklichen sein wird. Daher kommen zum Teil auch die Spannungen, dass sich dieser Landesschulrat mit Bildungskonzepten oder Bildungsvorstellungen befassen muss, die nicht unmittelbar und direkt aus dem eigenen Kompetenzbereich heraus erwachsen, zum Beispiel Konzepte in Richtung Berufsbildung oder gar in Richtung Kindergarten. Ich finde, dass auch die Vorstellung des Eintritts in das Bildungssystem vom 26. Lebensmonat weg, der sogenannten Brückenfunktion, bis zum 36. Lebensmonat eine Vorgabe vorlegt, die den Kindern in diesem Alter einen ganz besonderen Wert zuweist, nämlich nicht nur jenen des Versorgt-Seins oder des Betreut-Werdens, sondern als lernende Persönlichkeit in ganz besonderer Weise zugeordnet sein muss, was auch Auswirkungen auf die entsprechende Qualifizierung von Personal und auch von Einrichtungen hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal unterstreichen, was es bedeutet, wenn dieses Gesetz grundsätzlich festschreibt, dass jedes Kind in Südtirol - ich betone jedes Kind - ein Recht auf einen Kindergartenplatz hat. Darauf kann man natürlich keine Pflicht der Eltern ableiten, weil das dann in eine ganz andere Dimension gehen würde, nämlich in die Schul- und Bildungspflicht. Die Institutionen sind verpflichtet, dem Recht so nahe wie möglich zu kommen, dass Eltern, die ihre Kinder in den Kindergarten schicken wollen, jede nur erdenkliche Erleichterung erfahren, um ihre Kinder in den Kindergarten bringen zu können. Das hat auch damit zu tun, dass die Kriterien, Kindergärten oder Sektionen einzurichten oder Sektionen zu streichen bzw. entsprechend der territorialen und familiären Situation auch kleinere Einheiten zu ermöglichen, genau dem entsprechen können, dass diese Verpflichtung da ist und der öffentliche Träger verpflichtet ist, diesem Recht entgegenzukommen. Das ist eine ganz starke Leistung des Gesetzgebers, der man nur zustimmen kann, vor allem auch deshalb, wenn ich daran denke, was es bedeuten wird, diesem Recht Genüge zu tun. Dies gilt auch für die Finanzierung, zum Beispiel der Gemeinden, wenn sie alles unternehmen müssen, um dies zu garantieren. Ich gehe noch einen Schritt weiter, wenn beispielsweise im Rahmen der Pflichtschule unter Einbindung der Bildungskompetenzen im gesamten Territorium auch das offene Lernen stärker hereingenommen werden kann, dass der Klassenverband auch aufgelöst werden und ein Wechsel stattfinden kann, dass man möglicherweise im Sinne von Begabungsförderung sogar einmal eine Stufe überspringen kann. Dann denke ich, dass hier sehr viel Möglichkeiten eröffnet werden, den Kindern und ihrem Lernweg die entsprechenden Chancen zu erweitern.

Mir fällt an diesem Punkt meine eigene Lehrtätigkeit in den 60er Jahren ein. Auch damals gab es schon völlig freiwillig von den Lehrkräften so etwas wie ein Schülerheft, in dem die Schülerkompetenzen und -möglichkeiten beschrieben wurden, also eine beschreibende Möglichkeit und gleichzeitig die Note. Ich finde es notwendig, dass sich Lehrkräfte auf diesen Lernweg ihrer Kinder einlassen, ihn erforschen, dahinter kommen, lernen, wie Kinder lernen, und dieses Lernen von den Kindern aus noch verstärken, indem sie sich immer mehr diesen unmittelbaren direkten Begabungen und Möglichkeiten ihrer Kinder widmen und sie auch entsprechend dokumentieren. Das kann man nicht einfach als bürokratischen Humbug umtun, der sozusagen den Lehrkräften ihre ureigene Möglichkeit oder ihren Auftrag, nämlich zu unterrichten und Kinder an ihre Leistungsmöglichkeiten heranbringen, eingrenzen würde. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich gebe allerdings zu, dass am Management solcher Aufgaben und eines solchen Bildungsauftrages an die Lehrkräfte durchaus Kritik angebracht ist.

Schließlich und endlich finde ich, dass diese sogenannte Bildungsreform auch den Weg aufmacht - ich gehe nochmals zurück an meine Ausgangsüberlegungen -, allen Kindern und Jugendlichen ihre eigenen Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten im öffentlichen Bildungssystem anzubieten, und dass von den Kindern und von den Jugendlichen aus der Auftrag zu bilden, zu formen und weiterzuentwickeln definiert werden muss. Natürlich gibt es Schwierigkeiten und unterschiedliche Interessen. Ich denke auch daran, wie sich morgen in Südtirol die sogenannte Ganztageschule organisieren lässt. Wir haben im Wesentlichen einen Lehrkörper, der selbst wieder darauf achten muss, wie er imstande ist, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Hier kann es Konflikte geben. Deswegen wird es auch die Dialogfähigkeit aller in diesem Zusammenhang herausfordern, wie - ausgehend von den Bedürfnissen der Eltern, der Familien, der Kinder und der Jugendlichen - Bildung bestens organisiert werden kann. Darum geht es und weniger darum, Institutionen aufrecht zu erhalten, in denen Bildung vor allem in Bezug auf die Vorstellungen der Erwachsenen zementiert wird und sich auch gegen entsprechende Veränderungen stemmt. In der Kommission ist über die Kontakte und die Beziehungen, die zu den Lehrerorganisationen, Gewerkschaften und anderen Bildungsorganisationen und -einrichtungen aufgebaut wurden, sehr deutlich herausgekommen, dass wir imstande sind, im Rahmen dieses Bildungssystems die Beteiligungsformen und die Mitgestaltungsverantwortung derart zu organisieren, dass hier tatsächlich all das passieren und geschehen kann, was im Artikel 1 grundsätzlich zum Ausdruck gebracht ist. Da wird es auch das mittlere Management brauchen, das in der Lage sein sollte, aus dem Lehrkörper jene Ressourcen herauszuholen, um auf diese Notwendigkeit der Begabungsförderung und der Lernentwicklung der Kinder effektiv einzugehen. Auch da wird es noch um einiges gehen, aber gerade die pädagogischen Institute, die Lehrerverbände und all das, was sich sonst an Weiterbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten aufgetan hat, können nur durch diesen Gesetzentwurf bestätigt und ermutigt werden, auf diesem Wege weiterzumachen. Ich bin grundsätzlich skeptisch, wenn man alle drei Jahre oder in weiß Gott welchen Rhythmen sogenannte Pisa-

Studien durchführt und das gesamte System ausschließlich an solchen statistischen Daten festmacht, sich also erfolgreich oder weniger erfolgreich kennzeichnen lässt. Die Erfahrung, aber auch der Vergleich mit anderen Bildungsregionen sind selbstverständlich notwendig und sinnvoll. Als Land Südtirol im Herzen bzw. im Kern Europas wird mit diesem Gesetzentwurf auch ein ganz besonderer Bildungsauftrag wahrgenommen, welcher besagt, dass die Menschen, die in diesem Lande leben, einen ganz besonderen Bildungsauftrag haben. Die Kinder und Jugendlichen, die hier aufwachsen, sollen diesen Bildungsauftrag aufnehmen, annehmen und weiterentwickeln. Gerade über ein solches Reformgesetz lässt sich ein moderner, zeitgemäßer und zukunftsfähiger Bildungsauftrag bis in die konkreteste Situation der einzelnen Klassen und der Beziehung zwischen Lehrkörper und Lerngemeinschaft ableiten.

SAURER (Landesrat für deutsche Schule, deutsche und ladinische Berufsbildung sowie Bildungsförderung - SVP): Herr Präsident, wir haben 30 Minuten Zeit für die Replik, diese teilen wir uns auf, nicht nach Proporz, sondern 10 Minuten ich, 10 Minuten mein Kollege aus den ladinischen Tälern und, *dulcis in fundo*, 10 Minuten meine Kollegin Gneccchi. Wir haben immer gesagt, dass dieses Gesetz auf das Gesetz für die Schulautonomie aufbaut. Dort sind die Grundsätze festgelegt und das Gesetz über die Schulautonomie bringt auch die beste europäische Schulentwicklung zum Ausdruck. Auch die Reform der Unterrichtsministerin Moratti bezieht sich auf eine klare europäische Schulentwicklung. Im Bereich des Kindergartens und der Berufsschule haben wir ausschließliche Zuständigkeit, im Bereich der Grund-, Mittel- und Oberschule konkurrierende Zuständigkeit, d.h. wir müssen uns an die Grundsätze der staatlichen Gesetzgebung halten. Das haben wir getan. Im Jahre 2004 haben wir im Rahmen des Haushaltsrahmengesetzes eine Norm verabschiedet, die besagt, dass wir in den darauffolgenden Jahren die Reform, die vom italienischen Parlament verabschiedet worden ist und die dann auch eine Durchführung über Legislativdekrete erfahren hat, erproben und dann am Ende der Reform ein organisches Gesetz machen. Im Rahmen der Diskussion ist schon darauf hingewiesen worden, dass uns durch die Vorstellungen der neuen Regierung etwas weggebrochen ist. Aufrecht geblieben ist die Reform des Kindergartens, der Grund- und Mittelschule und auch das entsprechende Legislativdekret ist aufrecht geblieben. Alle anderen Dekrete, ich glaube es sind 5 an der Zahl, sind bis Mai dieses Jahres aufgeschoben worden, und es wird an der kommenden Regierung liegen, darüber zu entscheiden, wie die Dinge sich weiterentwickeln. Wir haben aber versucht, unsere Meinung von der Weiterentwicklung unseres Bildungswesens zu Papier zu bringen, zu diskutieren. Ich erinnere, dass wir uns sehr viel Zeit genommen haben, zumindest was die deutschen Bildungsinstitutionen anbelangt, ein Bildungsleitbild zu entwickeln. Es sind dort wesentliche Eckpunkte der heutigen Entwicklung des Bildungswesen enthalten und zumindest die, die dort versammelt waren, haben sich im Großen und Ganzen auch einigen können, dass das für die weitere Entwicklung der Weg sein wird, den wir gehen. Ich habe sehr dar-

auf gedrängt, dass man, auch wenn ein Teil weggebrochen ist, in einem Artikel die Grundsätze festlegt, die Richtlinien festlegt, die unser Bildungswesen in den nächsten Jahren zu nehmen hat oder nehmen soll. Eine Beschränkung nur auf Kindergarten, Grund- und Mittelschule ist mir für eine grundsätzliche Diskussion also zu eng gewesen. Es ist nicht so, dass wir uns nicht auch mit der Oberschule und Berufsschule beschäftigt hätten. Ich würde empfehlen, dass die Beschäftigung mit diesem kleinen Heftchen "Lernen in der Oberschule - Perspektiven für eine Schule junger Erwachsener" ... Auch daran ist mehr als ein Jahr lang gearbeitet worden und in diesem Heftchen sind auch Grundsätze enthalten, wie wir uns vorstellen, dass sich der gesamte Bereich der Oberschule, einschließlich der Berufsschule, entwickeln sollte. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es, was die Berufsschule angeht, einen Mehrjahresplan der Berufsschulen gibt, in welchem die wesentlichen Grundsätze enthalten sind, und dass wir im Bereich des Lehrlingswesens doch auch die Reform Biaggi mit der Reform Moratti und mit unseren Vorstellungen, die aus Vorstellungen vor allem aus dem deutschen Sprachraum kommen, verbunden haben. Wenn ich auch nur wenig Zeit zur Verfügung habe, möchte ich trotzdem darauf hinweisen, dass dieses Bildungsschiff nicht ein Schiff auf dem Ozean ist, das nicht mehr weiß wohin es treiben soll, sondern dass hier schon eine Hand mit einem Kompass wacht, welche genau weiß, wohin die Fahrt zu gehen hat. Ich erwähne auch das Sprachenkonzept. Wenn gesagt wird, dass im sprachlichen Bereich nicht mehr die Wichtigkeit der Muttersprache erkannt werde, so möchte ich dem entgegen halten, dass im Gesetzentwurf klare Sätze enthalten sind, was die Wichtigkeit der Erstsprache angeht. Vor allem der konsequente Gebrauch des Hochdeutschen im Unterricht ist es, der Sprachentwicklung fördert. In gleicher Weise streben wir im Einklang mit dem Referenzraum für Sprachen dann auch eine funktionale Mehrsprachigkeit, eine mehrsprachige plurikulturelle Kompetenz an, und das auf allen Ebenen. Es sind immerhin 35 Maßnahmen meiner Vorgängerin vorgegeben worden, die fast alle durchgeführt worden sind, und wenn man Zeit gehabt hätte, hätte man die wesentlichen davon auch ungesetzt. Kindergarten, erste Bildungsinstitution. Ich glaube ich habe mich immer dafür geschlagen, dass der Kindergarten an die Grundschule herangeführt wird. Ich bin auch überzeugt, dass es, bei allen Schwierigkeiten, vernünftig ist, Kindergarten, Grund- und Mittelschule gemeinsam zu organisieren, und das ist zur Zeit mit sehr starken Schwierigkeiten verbunden, welche wir mit einer neuen Lehrerausbildung in den Griff kriegen wollen. Das ganze Bildungssystem hängt sehr stark, wie gesagt worden ist, von den Lehrern ab. "Zufriedene Lehrer, gute Schule" ist von Kollegin Klotz gesagt worden. Es muss aber auch die Lehrerausbildung gesamtheitlich reformiert werden, ansonsten rücken die Systeme nicht aneinander, wenn die Mittelschullehrer ganz anders ausgebildet werden als die Grundschullehrer. Über die Oberschulen sind schon klare Ideen von Seiten der Ministerin Moratti gekommen, die wir grundsätzlich teilen, die Lyzeen und die Berufsausbildung. Nachdem die entsprechenden Strukturen auf Staatsebene nicht da sind, hat man zwar die Lehranstalten beibehalten, aber nicht weil man davon überzeugt war, sondern aus der

Not heraus, weil sonst dieser Bereich nicht entsprechend entwickelt werden kann. Individualisierung, Personalisierung sind schon kurz angesprochen worden. Ich bin - das muss ich ganz klar sagen - für die Wahlfächer. In einem kleinen Rahmen von 1 - 3 Wahlfächer in der Woche werden, das glaube ich, die Kernfächer davon nicht beeinträchtigt. Ich bin auch für die Wahlpflichtfächer. Unsere Evaluation hat ergeben, dass gerade durch die Einführung der Wahlfächer die Schüler sehr motiviert sind, überhaupt in die Schule zu gehen. Wenn sie 2, 3 Wahlfächer haben, werden sie durch diese motiviert, und diese Motivation dehnt sich auch auf das andere aus. Kurz etwas zu diesem ominösen Artikel 17/bis. Wir möchten ja die Schule der Gesellschaft gegenüber öffnen. Die Kernkompetenz bleibt natürlich in der Schule. Die Schule entscheidet, was zu passieren hat, aber dass ich in Einzelbereichen die Angebote und die Möglichkeiten der Musikschulen, die ja öffentliche Schulen sind, gerade im Instrumentalunterricht mit herein nehme, dass ich die Sportvereine, die beste Angebote machen, die das eine und andere an Aktivitäten als Bildungsgut haben, anerkenne oder mit ihnen in einem bestimmten Rahmen Verträge abschließe, wobei das zur Zeit für die Wahl- und Wahlpflichtfächer gilt, also im Grunde genommen für einen ganz kleinen Teil, In diesem Zusammenhang von einer Privatisierung der öffentlichen Schule zu reden, ist - glaube ich -, nicht angebracht. Ich würde eher von einer Qualifizierung reden, von einer Spezialisierung der öffentlichen Schule, von einer Öffnung der Schule der Gesellschaft gegenüber, die die Schule sehr wohl braucht, vor allem, wenn man die gesamte Entwicklung anschaut, sei es im fachlichen Bereich als auch im gesellschaftlichen Bereich. Da braucht die Schule Öffnung, Öffnung und nochmal Öffnung! Dieses kleine Fenster müssen wir uns schon noch leisten können. Ich glaube, meine 10 Minuten sind jetzt vorbei, ich gebe das Wort jetzt an meine Kollegen weiter.

MUSSNER (Landesrat für ladinische Kultur und ladinische Schule sowie Bauten - SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich mich auch beim Kollegen Saurer für die Zeit bedanken, denn laut Proporz würden uns effektiv 78 Minuten und 66 Sekunden zur Verfügung stehen. Ich werde meine Wortmeldung wesentlich kürzer halten. Ich möchte mich bei meinen beiden Kollegen ganz herzlich bedanken.

Es stimmt, dass wir bereits im Jahr 2006 begonnen haben, über das neue Bildungsgesetz zu diskutieren. In der Zwischenzeit hat es eine gewisse Unsicherheit gegeben. Aber die Diskussionen zu diesem neuen Gesetzentwurf waren wichtig, um wiederum Sicherheit geben zu können. Ich bin sehr froh, dass es so gelaufen ist und wir den Gesetzentwurf in den nächsten Monaten genehmigen können, nachdem er im Landtag diskutiert wurde. Wir sehen die ladinische Schule als identitätsstiftend. Ich bin deswegen auch der Meinung, dass die Schule uns diesbezüglich weiterhin helfen wird. Das ist von großer Bedeutung. Bei der ladinischen Schule handelt es sich um eine kleine Schule, was die Zahlen der Schüler anbelangt, aber sicherlich um eine große Schule, wenn man bedenkt, was sie für uns bedeutet.

Dadurch, dass die Schule in Bezug auf die Zahlen eher klein ist, war es auch möglich, den Gesetzentwurf mit MitarbeiterInnen, DirektorInnen, SchülerInnen und Familien zu diskutieren. Der Gesetzentwurf hat eine große Akzeptanz gefunden. Unsererseits sehen wir keine Probleme, außer bei jenem Punkt, den wir noch im Rahmen der Artikeldebatte aufgreifen werden.

Wir möchten noch einmal auf die Grundsätze des Artikels 19 des Autonomiestatutes verweisen, die das Ladinische und den paritätischen Unterricht in Deutsch und Italienisch mit gleicher Stundenzahl und gleichem Enderfolg vorsehen. Die Bestimmung impliziert auch die Möglichkeit des Unterrichts anderer Sprachen, zum Beispiel des Englischen und jetzt auch des Spanischen, die aufgrund neuer Entwicklungen an Gewicht gewonnen haben und in das Bildungsprogramm einer modernen Schule Eingang finden. Bereits mit der Erprobung der Schulreform, die für die ladinische Schule seit dem Schuljahr 2005 und 2006 läuft und mit Beschlüssen der Landesregierung festgehalten worden ist, wurde Englisch in der vierten und fünften Klasse Grundschule mit jeweils zwei Wochenstunden eingeführt, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Was die ladinische Schule angeht, möchten wir auf dieses paritätische Modell verweisen, wobei die Kenntnisse in Ladinisch, Deutsch und Italienisch weiterentwickelt werden können. Dasselbe gilt auch für die grundlegenden Kenntnisse in der englischen Sprache.

Wir sehen diese Reform bzw. das neue Bildungsgesetz nicht nur als eine Arbeit für Sekretariate und neue Bürokratie, sondern wirklich als eine Verbesserung in jeder Hinsicht, auch was die Inhalte angeht. Man findet in diesem Gesetz sehr viel Positives und Notwendiges. Wir freuen uns, dass es soweit gekommen ist, und es als ladinische Schule auch so präsentieren zu können. Wir sehen wenige Merkmale, die uns von den Deutschen und Italienern unterscheiden. Aber jene Punkte, die wir jetzt schon haben, wollen wir auch für die Zukunft garantiert sehen.

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative - Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit): Proseguo con il discorso iniziato dai colleghi Saurer e Mussner dicendo che vorrei far presente quello che è stato il percorso rispetto a questo disegno di legge. Nel dicembre 2006 è stata mandata la bozza a tutte le istituzioni scolastiche, al Consiglio scolastico, alle organizzazioni sindacali ecc., prima che andasse in Giunta. È vero che le posizioni erano diverse fra le tre scuole e anche fra i tre assessori, però comunque sia si è dato spazio a tutti per fare delle proposte, per vedere il testo e poterlo discutere. C'è anche stato un periodo nel quale io ero contraria al disegno di legge per le cose che sappiamo, nel senso che la scuola in lingua italiana aveva utilizzato maggiormente la legge sull'autonomia delle istituzioni scolastiche, quindi vedeva in questa legge una limitazione della propria autonomia. Quando siamo arrivati a decidere che le tre scuole possono avere indicazioni diverse, possono seguire il percorso che hanno avviato in termini di speri-

mentazioni, di progetti di utilizzo dell'autonomia delle istituzioni scolastiche abbiamo anche trovato un equilibrio.

La cosa che vorrei sottolineare perché si capisca, e mi rivolgo in particolare al collega Pius Leitner, alla collega Klotz e al collega Pahl, è che tutto quello che la scuola italiana sta facendo rispetto alla seconda lingua andrebbe veramente apprezzato, perché è frutto di un percorso, di elaborazione e di lavoro anche sulla cultura e di una volontà anche del gruppo linguistico italiano di capire in che contesto si trova, qual è la storia di questo territorio, come riuscire ad apprendere l'altra lingua, come riuscire a diventare parte integrante di questo territorio. È stato un percorso culturale difficile e lungo. Nella scuola italiana c'è sempre un occhio di particolare riguardo nei confronti della scuola ladina, quasi una sorta di "invidia" positiva per la pariteticità delle lingue. Noi conosciamo l'art. 19 dello Statuto e quello che si fa nella scuola in lingua italiana tiene conto dell'art. 19, ma soprattutto tiene conto del fatto che l'articolo riconosce ad ogni ragazzo il diritto alla scuola nella propria madrelingua. Quando però c'è la voglia e l'intenzione delle famiglie e dei ragazzi di intensificare l'uso della seconda lingua, sempre all'interno della scuola italiana, questo va favorito. Sarebbe anche l'unico percorso per evitare che le famiglie italiane iscrivano i propri figli nella scuola di lingua tedesca. Ha ragione il collega Dello Sbarba quando dice che mandare, senza nessun paracadute, senza nessun salvagente, senza nessun percorso all'interno della famiglia di uso delle due lingue, di uso delle due culture, di conoscenza della cultura e della lingua dell'altro, nella scuola dell'altro gruppo linguistico è sicuramente sbagliato, perché le scuole non sono per imparare l'altra lingua scambiandosele, ma sono per un percorso di educazione, di istruzione, formazione, per garantire ad ogni ragazzo/a la realizzazione di un progetto di sé.

Quindi soprattutto ai colleghi che temono e hanno fatto presente questa paura che sperimentazione, progetti innovativi che si andrebbero a creare con questa nuova legge in qualche modo impoveriscano o rischino di mettere in discussione la scuola in lingua tedesca per i ragazzi di madrelingua tedesca, dico che questo non è assolutamente la nostra volontà e comunque non è il rischio e il pericolo che si vuole correre. Noi vogliamo consolidare una cultura del rispetto reciproco e della voglia di conoscere la cultura della lingua dell'altro. Questo è quello che vogliamo fare e su questo andiamo avanti e ci impegnamo.

La collega Kury è partita dalla legge sull'autonomia delle istituzioni scolastiche e io sono molto contenta che, anche se in ritardo, ormai tutti - la collega Kury l'aveva apprezzata fin da subito - la apprezzino. Credo che il dibattito che si è svolto in questi anni di rafforzare la legge sull'autonomia ha dato forza anche alle istituzioni scolastiche per utilizzarla. Credo che quella che forse era stata quasi una normale legge provinciale che ricade sulla scuola, anche se anche quella aveva avuto tutto un percorso di grande discussione, perché era stata inserita in rete, aveva visto 155 osservazioni, di cui 140 erano state recepite, quindi aveva avuto un percorso democratico di consultazione, però quella legge viene vista da tutti come una legge alla quale fare rife-

rimento. Siccome le scuole sono diverse, perché è ovvio che una scuola di lingua tedesca a Brunico è diversa da una scuola in lingua italiana a Brunico, la quale è diversa da una scuola a Bolzano, l'autonomia delle istituzioni scolastiche permette alla singola scuola di vedere qual è il suo consiglio di istituto, il suo collegio di docenti, e soprattutto chi sono i ragazzi che frequentano quella scuola, non un'altra. Questo è il grande valore dell'autonomia sulle istituzioni scolastiche. Il collega Saurer ha iniziato la sua replica dicendo che questa riforma poggia sull'autonomia delle istituzioni scolastiche. E ce lo dobbiamo sempre ripetere. Il fatto che poi per alcuni venga visto come punto di caduta la possibilità di indicazioni diverse e per altri sia stato visto come la possibilità di arrivare ad una legge che vada per tutte le scuole, su questo c'è in gioco la sensibilità individuale dei tre gruppi linguistici, delle tre scuole.

Possiamo garantire a tutti che comunque in questi anni con le discussioni più o meno vivaci e di confronto le scuole si sono comunque messe in confronto fra loro. Questo confronto, che sia stato con scontri, con incontri o raggiungendo punti di mediazione, comunque c'è stato. Sono scuole che hanno una storia veramente diversa, consolidata, se solo pensiamo all'articolazione dell'orario. Il giornale "Tageszeitung" aveva messo come titolo in prima pagina "Ganztage Schule" e la settimana di cinque giorni mettendo la foto del collega Saurer come copertina, perché la scuola di lingua italiana ha una tradizione di scuola a tempo pieno più che trentennale, anche se 30 anni fa c'era solo a Bolzano la scuola dei Piani che faceva tempo pieno alle elementari, mentre oggi abbiamo il 30% delle scuole italiane e il 30% delle scuole per l'infanzia italiane a tempo pieno. Da qualche anno anche le scuole tedesche propongono il tempo pieno e il collega Saurer con il pacchetto famiglia attraverso la Ripartizione 40 ha cercato di garantire la mensa come diritto a tutti i ragazzi che lo chiedono. È un percorso lungo perché, come tutti sappiamo, dare delle cose in più comporta comunque una ricerca di risorse, l'organizzazione degli insegnanti, tutta una serie di consolidamento di cultura, però è un percorso avviato.

Penso che questo disegno di legge abbia avuto una lunga gestazione, è arrivata adesso in aula, ci possono essere delle cose ancora da discutere, ovviamente l'aula è sovrana, però il percorso rispetto al fatto che le famiglie pensano alla scuola almeno dai tre anni in poi e che questo disegno di legge dica che ogni bimbo/bimba di tre anni ha diritto alla scuola per l'infanzia, è un passaggio significativo, tanto che i Comuni ne sono preoccupati, perché è un diritto dai tre anni alla scuola. Si pongono quindi le basi per costruire, a partire dai tre anni, questo "sistema" nel quale sappiamo, e lo abbiamo visto anche dal dibattito generale, ci sono tante sensibilità diverse. La collega Veronika Stirner Brantsch ha puntato molto il dito sul discorso handicap, attenzione alle diversità, attenzione alle disabilità e come lo sport e altre attività possono aiutare e garantire una ricerca di pari opportunità e ci sia bisogno di dare ai docenti maggiori strumenti perché possano interagire e svolgere bene il proprio ruolo. È stata una discussione ampia. Abbiamo visto che anche nella legge omnibus si è riusciti a tornare al calcolo di un docente di sostegno ogni 100 studenti invece che 108. Ringraziando tutta l'aula

pensiamo che sia un passo avanti nella direzione indicata. Sono tutti percorsi complicati che richiedono grande attenzione.

In sostanza pensiamo che essere arrivati comunque ad un disegno di legge che vede la scuola per l'infanzia, la scuola elementare e la scuola media insieme, che vede il diritto dei bambini dai tre anni, che vede percorsi già consolidati che hanno la possibilità di trovare il loro modo legislativamente previsto da una legge provinciale per continuare i propri percorsi, siano tutti punti positivi. Poi è ovvio che la legge sull'autonomia, questo disegno di legge, quella che sarà la riforma della scuola media superiore diventerà il completamento del lavoro che è stato fatto.

Va anche sottolineato che avere nella nostra provincia le facoltà di Scienza dell'Educazione e di Scienza della Formazione sono un'opportunità da cogliere per tutti, sono un'opportunità vera di mantenere l'innovazione della ricerca pedagogica didattica, della formazione continua dei docenti. Bisogna andare avanti, l'università è giovane, sta cercando di assolvere il proprio ruolo di ricerca anche nel rapporto con le associazioni, con chi nella scuola lavora, con le associazioni di insegnanti, le famiglie, le associazioni sportive, cercando di aumentare queste sinergie. Queste ricadute saranno positive anche sulla disabilità, sull'accoglienza dei ragazzi che vengono da altri Paesi, sul perfezionamento della didattica, sul migliorare l'attenzione alla seconda lingua, sullo specializzare gli insegnanti che escono da Scienza della Formazione anche sull'uso veicolare delle lingue con l'obiettivo di riuscire a dare loro anche l'abilitazione all'insegnamento dell'inglese, e sono tutte forme di arricchimento del nostro sistema complessivo di istruzione, di formazione e di università in questo territorio. In questa direzione ci siamo mossi anche con le difficoltà che erano state segnalate anche durante la discussione sulla legge omnibus. Pensiamo che questo possa essere un altro passo avanti, e che tanti altri se ne potranno fare nella direzione anche dei suggerimenti che molti colleghi hanno dato in quest'aula durante la discussione generale.

PRESIDENTE: Dichiaro chiusa la discussione generale. Ricordo che per accordo unanime della conferenza dei capigruppo il termine per la presentazione sia degli emendamenti che degli ordini del giorno è fissato per martedì 8 aprile 2008.

La seduta è tolta.

ORE 17.58 UHR

SEDUTA 169. SITZUNG

3.4.2008

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

DELLO SBARBA (55)
DENICOLÒ (73)
GNECCHI (68, 81)
KLOTZ (26)
KURY (32, 66)
LEITNER (49)
MUSSNER (80)
PAHL (60)
PASQUALI (66)
SAURER (78)
STIRNER BRANTSCH (44)
URZÌ (38)